Mit Sparhülsen auf Gegner schiessen

Kommentar

Mirko Plüss
Redaktor Stadt

Einen Tag nach dem ersten Advent beginnt für die Winterthurer Politik die unbesinnlichste Zeit des Jahres. Ab dem 30. November wird um das städtische Budget 2016 gerungen, und dabei ist sich traditionellerweise jede Fraktion selbst die nächste. Die Ausgangslage ist klar: Der Stadt droht ein Defizit von neun Millionen Franken. Eine Steuererhöhung um drei Prozentpunkte soll das verhindern, schlug der Stadtrat im September vor.

Einem Mantra gleich hallt es seither von den Wirtschaftsverbänden und den bürgerlichen Parteien wider: Eine Steuererhöhung darf es nicht geben. Auch im dritten Sparjahr in Folge werden selbst geringe Mehrabgaben an die Gemeinde kategorisch ausgeschlossen.

Wirklich stossend ist nicht die steuerkritische Prinzipientreue der Bürgerlichen, die als Umsetzung ihres Wählerauftrags durchgehen mag. Stossend sind vielmehr die aufgezeigten Sparalternativen, die eigentlich keine sind. So nahmen sie schon kurz nach Bekanntwerden des drohenden Defizits das Sozialdepartement ins Visier und schiessen sich immer stärker darauf ein. Die SVP preschte mit der abenteuerlichen Idee vor, den rund 5000 Winterthurer Sozialhilfebezügern nur noch Gutscheine statt Geld abzugeben, dadurch würden die Sozialkosten der Stadt sinken. Die Wirtschaftsverbände wollen Sozialpersonal einsparen und die Kriterien für Bezüger verschärfen, ins Detail gehen sie nicht. Und die FDP fordert mit einer überraschenden Vehemenz, dass SP-Sozialvorsteher Nicolas Galladé erst kürzlich bekannt gewordene neue nationale Richtlinien bereits im kommenden Jahr umsetzt. Namentlich geht es um eine Anpassung der Skos-Regeln und die Umteilung von Schmerzpatienten aus der Sozialhilfe in die IV. Dass Galladé auf den Zeitpunkt dieser Änderungen kaum Einfluss hat und sie frühestens für das Budgetjahr 2017 prognostiziert, kam bei den Liberalen offenbar nicht an.

Es sind blosse Sparhülsen, mit denen zurzeit von rechts auf die (oder den) politischen Gegner geschossen wird. Man kann das als Politgeplänkel im Vorfeld der Budgetdebatte abtun. Doch man sollte nicht. Denn dass bis jetzt keine nennenswerten Vorschläge zur Vermeidung eines hohen Defizits diskutiert wurden, heisst nicht, dass die neun roten Millionen stehen bleiben werden. Realistisch ist vielmehr, dass die Mehrheit des Gemeinderats wie in den Vorjahren auf Biegen und Brechen eine schwarze Null erreichen will.

So steigt das Risiko, dass nach der Hitze der Budgetdebatte erneut quer durch die meisten oder alle Verwaltungsbereiche gespart wird. Damit hätte der Gemeinderat dem Stadtrat erneut einen Knüppel zwischen die Beine geworfen. Die Regierung gleiste erst im März das umfassende und vor allem langfristige Sanierungsprogramm Balance auf. Gespart wird bereits massiv, doch ging der Stadtrat dabei mit Bedacht und Ausgewogenheit vor. Hitziges Spontansparen verträgt sich nicht mit diesem sorgsam aufgezogenen Sanierungsgebäude. Doch was ist die Alternative? Wie eine Aufstellung des «Landboten» zeigte, wäre eine Steuererhöhung für die Haushalte verkraftbar. Bis in hohe Lohnklassen läge der jährliche Mehrbetrag noch unter 200 Franken. Vielleicht winden sich die Grünliberalen, derzeit das Zünglein an der Waage, doch zu einem Ja durch. Noch darf auf ein Adventswunder gehofft werden.

Kein Eislaufen vor dem Manor

MERKURPLATZ Im Winter lässt sich in New York beim Rockefeller Center mitten in der Stadt eislaufen. Diesem Vorbild wollte die City-Vereinigung Junge Altstadt nacheifern und kündigte an der letzten Generalversammlung an, man wolle diesen Winter auf dem Merkurplatz beim Manor zwischen November und Januar zwei Kunsteisfelder aufstellen. Ziel war es, den Weihnachtseinkauf zu einem Erlebnis zu machen.

Daraus wird nun nichts. Gemäss Heinz Schudel, Geschäftsführer der Jungen Altstadt, scheiterte der Versuch an den Finanzen. «Keine der grossen Firmen, die wir angefragt haben, wollte die Idee sponsern. Immerhin ging es um eine sechsstellige Summe.» Ganz aufgeben will er die Idee jedoch nicht: «Wir probieren es wohl noch einmal, aber frühestens 2018.» Ein Ersatzprogramm auf dem Merkurplatz für die Vorweihnachtszeit ist nicht geplant. Die Winti-Alp im Stadtpark mit Käsespezialitäten wird jedoch wie gewohnt ab 19. November geöffnet sein. *mif*

Sanieren oder abreissen? Die Debatte ist lanciert

STADTTHEATER Die Zukunft des Theaters Winterthur gibt zu reden. Worüber wird genau gestritten? Wir haben vor der Podiumsdiskussion von heute Mittwochabend die entscheidenden Fragen zusammengetragen.

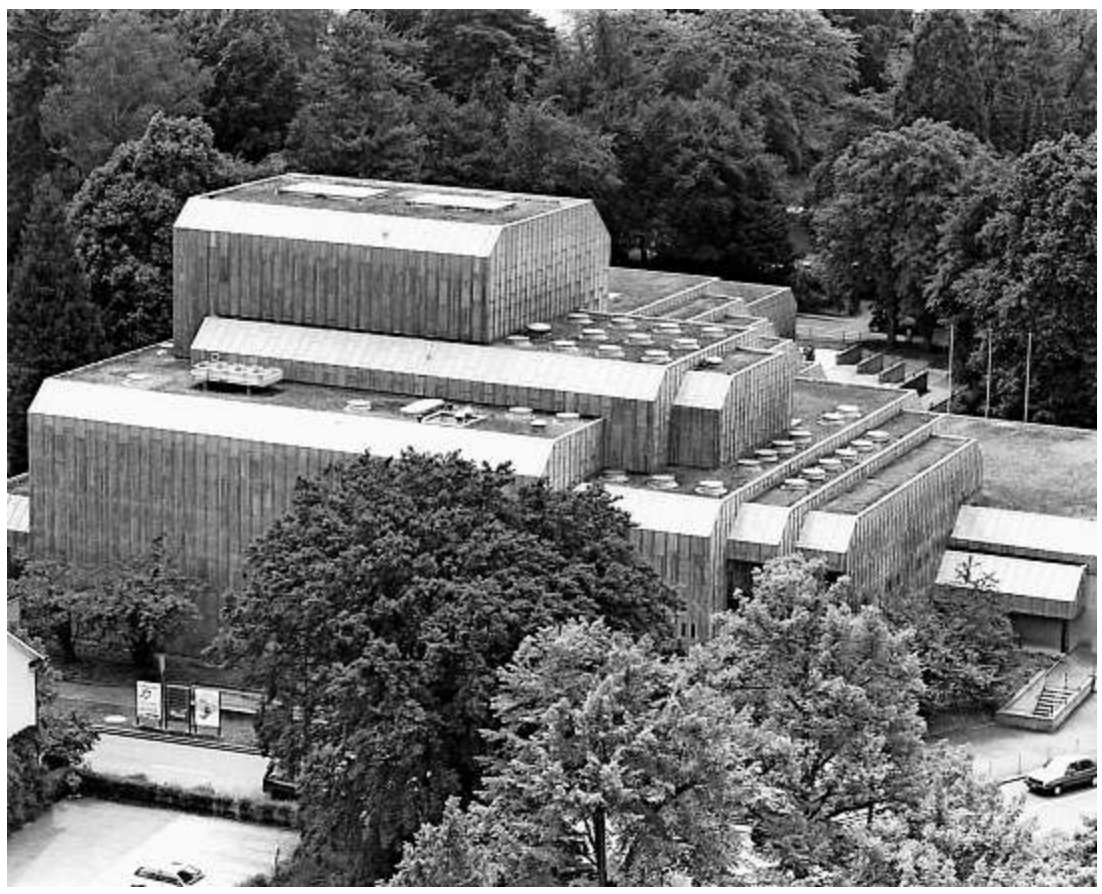
Was ist das Problem?

Das 1979 eröffnete Theater Winterthur ist in die Jahre gekommen und muss modernisiert werden. Die Kosten dafür belaufen sich laut Stadtrat für die nächsten 15 bis 20 Jahre auf 12 bis 20 Millionen Franken, davon fallen 7 bis 10 Millionen Franken in den nächsten zehn Jahren an. Die Eigentümerin des Gebäudes und (noch) Betreiberin des Theaters, die Stadt Winterthur, muss sparen.

Welche Vorschläge stehen im Raum?

«Theaterplus», eine Initiative der Winterthurer Standortförderung, der Handelskammer und von Winterthur Tourismus. Sie will das Theatergebäude abreissen lassen. Stattdessen soll am selben Ort ein von privaten Investoren finanziertes Kongresshotel mit Theaternutzung entstehen. Es soll neben 125 Hotelzimmern, 12 Seminarräumen und Wohnungen auch zwei Säle mit 800 respektive 400 Plätzen umfassen, die für Theateraufführungen und Kongresse genutzt werden können.

Die Kulturschaffenden lehnen diesen Vorschlag vehement ab und fordern den Erhalt des bestehenden Gebäudes. Rund 6600 Personen haben kurz nach Bekanntwerden der Idee eine Petition unterschrieben. Sie möchten das Architekturdenkmal erhalten und fürchten, dass das Theater im Konferenzbetrieb marginalisiert werden könnte. Ausserdem zweifeln sie an der Erreichbarkeit der genannten Renditeziele (4,5 Prozent Bruttorendite).



Eine Entscheidung steht an: Das 1979 in Betrieb genommene Theater ist modernisierungsbedürftig. *mad*

Welche Haltung nimmt der Stadtrat ein?

Winterthur will trotz Sparzwang Kulturstadt bleiben. Der Stadtrat schlägt deshalb vor, den Theaterbetrieb nach dem Vorbild des Opernhauses Zürich in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft zu überführen. Damit könne der Theaterbetrieb sichergestellt werden, egal ob die Aufführungen im bestehenden Gebäude oder in einem Neubau stattfinden. Der Stadtrat ist daran, «Theaterplus» zu prüfen. Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) steht den Plänen offen-wohlwollend gegenüber, auch in seiner Funktion als Präsident der Standortförderung.

Was kostet das Projekt und wer bezahlt?

Die Kosten für «Theaterplus» belaufen sich gemäss der ersten Vorstudie auf rund 130 Millionen Franken. Finanzieren sollen den Neubau private Geldgeber. Während die Initianten zuversichtlich sind, warnen Kritiker davor, das Schicksal des Theaters von den Interessen privater Investoren abhängig zu machen.

Braucht Winterthur ein neues Kongresszentrum?

Eine Studie ortete 2009 einen gewissen Bedarf, dringlicher seien aber Hotelbetten. Diese deckt das neue Projekt mit ab. Kritiker weisen allerdings darauf hin, dass sich die Ausgangslage in der Zwischenzeit massiv verändert habe, am Flughafen und in Zürich-Stettbach werden in unmittelbarer Nähe zu Winterthur gerade zwei modernste Kongresszentren gebaut.

Wie wichtig ist das Gebäude?

Das Baudepartement der Stadt listet das Gebäude im Internet als «Leuchtturm der Architektur».

Kann das Gebäude einfach so abgerissen werden?

Das Gebäude wird im kantonalen Inventar von Schutzobjekten geführt und könnte deshalb erst nach einer Entlassung aus dem Inventar abgerissen werden. Dazu muss die Stadt Winterthur als Eigentümerin nachweisen, dass das öffentliche Interesse an einem Neubau grösser ist als am Erhalt des bestehenden Gebäudes als wertvolles Bauzeugnis. Den abschliessenden Entscheid fällt die kantonale Baudirektion. Das kann ein bis maximal zwei Jahre dauern. Die Eigentümer sowie Beschwerdeberechtigte können Rechtsmittel gegen den Entscheid ergreifen.

Alexandra Stark

PODIUMSDISKUSSION

«Theaterplus» – alles Theater oder nicht?

Es diskutieren nach einer kurzen Einführung durch **Michael Künzle** (Stadtpräsident Winterthur) **Martin Bernhard** (Präsident Theaterverein Winterthur), **Alex Freihart** (Regisseur und Schauspieler, ehemaliger Leiter des Stadttheaters Winterthur), **Christoph Magnusson** (FDP-Gemeinderat Winterthur), **Beat Schwab** (Vorstand Handelskammer und Arbeitgeberverein Winterthur) und **Heiner Zumbrunn** (Architekt). Moderation: **Jakob Bächtold,** stellvertretender Chefredaktor des «Landboten». Organisation: Café des Arts und Standortförderung. *as*

Wann: heute Mittwoch, 11. November, 19 Uhr.
Wo: Alte Kaserne Winterthur, Grosser Saal.

ANZEIGE

«Ruedi Noser setzt sich für eine moderne Landwirtschaft ein und engagiert sich bei der natürli zürioberland AG auch persönlich dafür. Das brauchen wir in Bern: unternehmerische Verantwortung statt Lippenbekenntnisse!»

Beat und Martin Jucker von der Jucker Farm Seegräben

Ernst-Kunstpreis für Parolari

KULTURPREIS Der mit 10 000 Franken dotierte Preis der Carl-Heinrich-Ernst-Stiftung geht dieses Jahr an Reto Parolari. Der Musiker wird für sein Lebenswerk ausgezeichnet.

Wenn es in Winterthur einen musikalischen Tausendsassa gibt, dann Reto Parolari. Was hat der Dirigent und Marimbamusiker, der Arrangeur und Komponist, der Notenarchivar und Bewahrer nicht alles schon angepackt. Seit über 40 Jahren leitet er sein Unterhaltungsorchester, er steht seit über 20 Jahren am Dirigentenpult beim Zirkusfestival von Monte Carlo, er hat das einzigartige Zivilschutzorchester in Winterthur gegründet, und er pflegt eine der umfangreichsten Notenbibliotheken weit und breit. Die Unterhaltungsmusik, die «gepflegte», wie er selber sagt, liegt ihm am Herzen; besonders bewahrt er das Andenken an Artur Beul, den wohl grössten Hitgaranten, den die Schweiz je hatte.

Man darf gespannt sein auf die Laudatio, die Hans-Ulrich Munzinger am 25. November im Kirchgemeindehaus Liebestrasse auf Reto Parolari halten wird. Dort wird ihm der Carl-Heinrich-Ernst-Kunstpreis übergeben «für sein Lebenswerk», wie es heisst.

Die Stiftung vergibt den Preis seit 1951; das Stiftungskapital beträgt 500 000 Franken, aus dessen Ertrag derzeit jährlich 10 000 Franken Preisgeld vergeben werden. Präsident ist seit kurzem der Unternehmer Truls Toggenburger. Zu den bisherigen Preisträgern gehören Ruth und Roger Girod, Peter Stamm, Marcel Gähler und Martin Schwarz. *mgm*

Spitalbüros in London gelobt

KSW Laut Mitteilung aus dem Kantonsspital ist das dortige Bürokonzept «mit dem Codenamen Open Space» mit einem «Building Better Healthcare Award» ausgezeichnet worden. Open Space, so das KSW, sei eine «hybride Bürolandschaft für 30 Oberärztinnen und Oberärzte». Das Konzept mit «kollaborativen Arbeitszonen und Desksharing-Format» sowie einer «Green Wall» sei «in einem Mix aus partizipativem Planungsprozess und evidenzbasiertem Design» entwickelt worden. *mgm*

ANZEIGE

FDP
Die Liberalen
Frauen

Wir unterstützen ihn!

Ruedi Noser in den Ständerat

Warum den Winterthurern das Wasser nicht ausgehen wird

TRINKWASSER Die anhaltende Trockenheit hat in ersten Gemeinden wie Schlatt zu Problemen mit der Wasserversorgung geführt. Damit das in der Stadt nicht passiert, haben die Winterthurer Stadtwerke vorgesorgt – langfristig gibt es aber ein Fragezeichen.

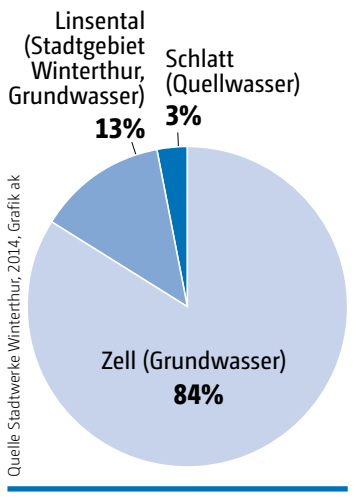
«Die Wasserversorgung von Winterthur ist sicher», sagt Urs Buchs, Leiter Technik Gas und Wasser bei Stadtwerk Winterthur. «97 Prozent des Trinkwassers in der Stadt Winterthur gewinnen wir aus Grundwasser, wir sind deshalb weniger anfällig auf kurzfristige Trockenperioden.» (Siehe Grafik rechts.)

Seine Aussage deckt sich mit einer kantonalen Untersuchung: Über den ganzen Kanton Zürich gesehen sei auch langfristig genügend Trinkwasser vorhanden, hat eine Studie des kantonalen Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) 2013 ergeben. Allerdings hat die Untersuchung auch festgestellt, dass die Versorgungssicherheit in Teilen des Kantons ohne entsprechende Ausbauten nicht mehr gegeben sei, wie das Beispiel Schlatt deutlich gemacht hat. Es sei deshalb wichtig, die Wasserversorgung in einzelnen Regionen beziehungsweise den Austausch zwischen den Regionen zu verbessern.

Bessere Vernetzung zentral

Das geschieht bereits. Seit zwei Jahren sind die Wasserversorgungen der beiden Städte Winterthur und Zürich über den Zweckverband «Gruppenwasserversorgung Vororte und Glattal» (GVG) miteinander verbunden (siehe Karte). Dieser Zweckverband sichert die Wasserversorgung in den Gemeinden des Furt- und Glattals. «Sollten wir in Winterthur also ein Problem mit der Wasserversorgung bekommen, könnten wir Wasser aus dem GVG-Netz beziehen, das auf Zürcher Wasser zurückgreifen kann», sagt Urs Buchs. Umgekehrt könnte Winterthur die GVG alleine versorgen, falls die Wasserversorgung Zürich Probleme hätte.

WOHER DAS TRINKWASSER STAMMT



Quelle Stadtwerke Winterthur, 2014, Grafik ak

Wie sicher ist die Zukunft?

Reicht das als Vorsorge für Winterthur? «Ja», sagt Urs Buchs. Und schiebt nach: «Zumindest bis jetzt.» Denn in der Awel-Studie rechnen die Experten mit einer Zunahme von Hitzeperioden. 2010 hat Stadtwerk Winterthur vorsorglich die Konzession für die Nutzung des Rhein-Grundwasserstroms bei Rheinau um 20 Jahre verlängert. «Wir wollen uns keine strategische Option vergeben», sagt Buchs. «Denn noch wissen wir nicht, ob es sich bei diesen Trockenperioden um zufällige Ausschläge handelt oder um bleibende Auswirkungen des Klimawandels.» So bleibe Stadtwerk Winterthur in der Lage, schnell auf langfristige Engpässe zu reagieren.

Problem Atommüllendlager?

Ein Fragezeichen gibt es dennoch: In unmittelbarer Nähe des Gebietes, wo die Stadt über die Konzession verfügt, könnten Oberflächenanlagen des Atommüllendlagers im Weinland gebaut werden. Zwar betonen das Bundesamt für Energie und die Nagra, so eine Anlage sei sicher. Dazu sagt Buchs: «Wir finden, dass es im Einzugsgebiet strategisch wichtiger Grundwassergebiete gar nichts geben darf, was das Wasser potenziell gefährden kann.»

Diese Position teilt auch der Kanton als oberster Herr über das Wasser. «Eine allfällige Oberflächenanlage muss ausserhalb des Gebiets mit den für die Trinkwasserversorgung wichtigen Grundwasservorkommen liegen», sagt Dominik Bonderer, Sprecher der kantonalen Baudirektion.

2016 bringt erste Erkenntnisse

Die genauen hydrogeologischen Verhältnisse sollen nun mit entsprechenden Abklärungen eruiert werden. Im Zentrum steht dabei die Frage, wo im Gebiet unterirdische Wasserscheiden verlaufen. Die Regionalkonferenz Zürich Nordost, in der die Interessen der Bevölkerung und der Gemeinden gebündelt werden, hat die Nagra mit der Abklärung beauftragt. Wie Philip Birkhäuser, Projektleiter bei der Nagra, sagt, sollen diese Untersuchungen 2016 gestartet werden.

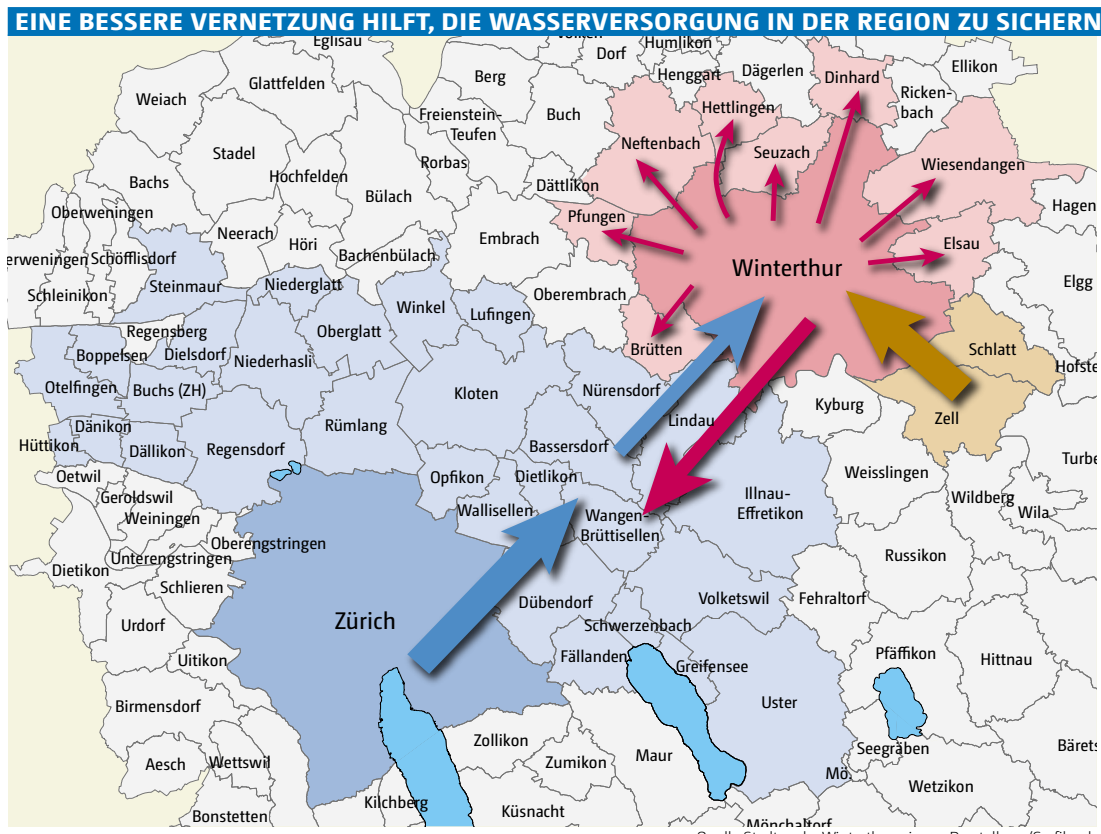
Alexandra Stark

Wasser ist bei uns eine Selbstverständlichkeit. Damit das so bleibt, muss langfristig geplant werden. *jb*

AUCH PRIVATPERSONEN MÜSSEN VORSORGEN

Im Kanton Zürich sind die Gemeinden von Gesetzes wegen verpflichtet, ihr Gebiet mit Trinkwasser zu versorgen, sie müssen deshalb über eine Alternative zur bestehenden Versorgung verfügen. Der Bund nimmt aber auch die Bevölkerung in die Verantwortung: In Notlagen müssen die Einwohner die ersten drei Tage selber überbrücken. Die Gemeinden sind erst ab dem vierten Tag verantwortlich. Der Bund schlägt mindestens neun Liter Notvorrat pro Person vor. *as*

EINE BESSERE VERNETZUNG HILFT, DIE WASSERVERSORGUNG IN DER REGION ZU SICHERN



Quelle Stadtwerke Winterthur, eigene Darstellung/Grafik mb

Die Stadt Winterthur, die 87 Prozent des Wassers aus Zell und Schlatt (oranger Pfeil) bezieht, ist für umliegende Gemeinden der Garant für eine sichere Trinkwasserversorgung. Bis auf die Gemeinden Kyburg, Oberembrach, Rickenbach, Schlatt und Weisslingen kann die Stadt alle Gemeinden mit Wasser versorgen (rote Pfeile). Das tut sie nicht nur im Notfall: 2014 lieferte die Stadt insgesamt 20 Prozent des verkauften Wassers an die angeschlossenen Gemeinden.

Die kleinen Nachbargemeinden sind umgekehrt nicht in der Lage, Winterthur auszuhelfen. Winterthur kann aber durch die Anbindung ans Netz der Furt- und Glatttaler Gemeinden (GVG, blau gekennzeichnet) auf die Wasserversorgung der Stadt Zürich zurückgreifen und so im Notfall bis zu 50 Prozent des Bedarfs (blauer Pfeil) decken. *as*

Verein gegen Radikalisierung

INTEGRATION Blerim Bunjaku (SP) hat einen Verein gegründet, um das Jihad-Problem zu lösen.

Von den Behörden ist er enttäuscht. Nun probiert der Schulpfleger und SP-Politiker, die Radikalisierung junger Muslime auf eigene Faust zu stoppen. Dafür hat er den Verein Fair Winti gegründet. Darin soll eine freiwillige multikonfessionelle Arbeitsgruppe beraten, wie man das Phänomen bekämpfen kann. Zu einem ersten geschlossenen Treffen im Dezember sind Vertreter der lokalen Moscheen eingeladen. «Sie waren bisher zu passiv. Wir wollen wissen, wie sie die Lage beurteilen», sagt Bunjaku. Er sei zuversichtlich, dass man die albanischen und arabischen Gemeinden an einen Tisch bringe. *hit*

Ohne Negermeitli, Ochsli und Eseli

ROSENBERG Auf den Tag genau 55 Jahre nach der Uraufführung im Tösstal wird das Singspiel «D Zäller Wiehnacht» in Veltheim wieder einmal aufgeführt – mit umsichtig modernisiertem Text.

1960 sprachen die Kinder anders als heute – und die Erwachsenen auch. Als Paul Burkhard am 27. November sein Weihnachtsspiel in Zell zum ersten Mal aufführte, liess er die Kinder Sätze wie diese sagen: ««Striite isch gschämig!» oder «Das isch boimig». Er liess ein Öchsli und ein Eseli auftreten, «rabeschwarzi Mohre» mit «Negervater, Negermueter, Negerbueb und Negermeitli». Und bei der Rollenzuteilung hatten forsche Mädchen keine Chance, die Maria zu spielen: «Wüssed ihr nöd, dass d Maria demüetig gsi isch, bescheide, sich nöd vordrängt hät?»

Die «Zäller Wiehnacht» enthält Sätze, Worte und Rollenvorstellungen, die heute nicht mehr passend sind oder nicht mehr so gesagt werden dürfen. «Die ganze Negerfamilie haben wir in dieser Form gestrichen, allzu Moralisierendes haben wir rausgenommen und viel Antiquiertes umgeschrieben», sagt Ruedi Keller, einer der Initianten des Zeller Singspiels. Der andere, der ebenso sicher wie sanft Hand an den Originaltext legte, ist der Theaterpädagoge Stephan Lauffer, Leiter der Theaterchischte Välte.

Vorsichtig zu Werk gegangen

Ruedi Keller war bis vor kurzem Primarlehrer im Schulhaus Tössfeld, und er ist Mitmusiker bei Reto Parolari. Als Pädagoge weiss er, wie Kinder heute ticken und reden – sie sagen «Hey, gaats na?», «Häsch es Problem?», «Fuuli Seck» und «easy». So reden nun auch die Kinder im Singspiel. Und als Musiker weiss Keller andererseits um den Wert des Originals und um die Qualität der Werke von Paul Burkhard. «Es ist immer noch das, was es war», versichert er. «Die Leute, die Burkhards Musik mögen, sollen nicht enttäuscht werden.» Manches wie etwa das Lied «Kei Mueter weiss» sei ja auch heute noch wunderschön.

> «Die Leute, die Burkhards Musik mögen, sollen nicht enttäuscht werden.»
>
> *Ruedi Keller*

Man habe sich vom Verlag, der die Rechte hält, ermächtigen lassen, sorgfältige Änderungen vorzunehmen. Dabei geht es nicht nur um Textliches, sondern auch um Längen im Stück, um Musikalisches und um Tanz. «Wir haben auch mehr Schwung reingebracht und Stellen gestrafft. Heute spielen auch nicht mehr so viele Kinder eine Rolle wie damals in Zell.»

Ouvertüre und Choreografie

75 Kinder machen in der Kirche Rosenberg bei der «Zäller Wiehnacht» total mit: 34 im Chor aus dem Schulhaus Tössfeld, gut 20 Kinder von der Theaterchischte Välte, und 20 sind Tanzschülerinnen von Brigitte Liaskowsy. Getanzt wurde damals in Zell nicht. Reto Parolari, der ein elfköpfiges Orchester leitet, hat mit den bestehenden Melodien eine Ouvertüre geschrieben, zu der Bilder von Burkhard projiziert werden.

Die Premiere in der Kirche Rosenberg ist am Freitag, 27. November, «auf den Tag genau 55 Jahre nach der Uraufführung in Zell», betont Keller. Diese Aufführung wird von Rotary Clubs gut besucht sein, die den Anlass mittragen. Für Familien empfiehlt Keller daher den Samstag (28. November um 19 Uhr) oder den Sonntag (11 und 15 Uhr). Tickets gibts keine, der Eintritt und die Platzwahl sind frei – also Kinder, seid beizeiten dort! Oder wie man heute sagen würde: «Fertig mit Chille! Ab i d Chile.» *mgm*

«Hanfpapst»-Prozess: War es Mord oder Unfall?

WINTERTHUR Weil sie Marihuana besorgen wollten, ohne dafür zu bezahlen, war am Schluss ein anderer tot. Gestern versuchten die Angeklagten vor dem Bezirksgericht Winterthur, sich zu erklären. Heute wird das Strafmass bekannt gegeben.

«Schnell rein, Marihuana aus dem Gefrierfach stehlen, schnell wieder raus»: So beschreibt der Hauptbeschuldigte die ursprüngliche Idee. Doch am Ende war der als «Hanfpapst» bekannte Martin Robert Frommherz tot.

War es Mord, begangen im «Tötungsrausch», wie der Anwalt der Hinterbliebenen sagte? Oder war es ein «unglücklicher Unfall», wie die amtliche Verteidigerin des Hauptangeklagten entgegnete? Was am 6. Mai 2014 genau passiert ist und wer Schuld daran hat, darüber wurde am gestrigen Verhandlungstag am Bezirksgericht Winterthur heftig diskutiert.

Unbestritten ist: Der damals 21-jährige Hauptbeschuldigte B und sein 19 Jahre alter Komplize A wurden von Frommherz in dessen Wohnung in Töss eingelassen, zwei Komplizen standen Wache. A hatte schon öfters beim Kleindealer Frommherz Stoff besorgt und wusste, dass dieser die Türe öffnen würde.

B sprühte Frommherz Pfefferspray in die Augen, um ihn in Schach zu halten. A wusste, wo Frommherz die Drogen lagerte, und konnte unbemerkt 25 Gramm Marihuana aus dem Tiefkühlfach holen. Er verliess sofort die Wohnung.

«Das war nichts anderes als ein perverses Schlachtfest.»

Anwalt der Hinterbliebenen

Warum schlug B zu?

Unbestritten ist auch, dass der Hauptbeschuldigte die Wohnung nicht sofort verliess, sondern Frommherz mit drei Faustschlägen angriff, worauf der Angegriffene stürzte und sich schwere Verletzungen am Hinterkopf zuzog.

Warum der Hauptangeklagte Frommherz mit Faustschlägen traktierte, ist unklar. Zeugen gibt es keine, weil alle drei Komplizen zu dieser Zeit bereits nicht mehr in der Wohnung waren. «Ich hatte auch vom Pfefferspray abbekommen. Es war ein Reflex. Ich fühlte mich von Frommherz bedroht, der plötzlich mit einer Schere vor mir stand», erklärte B. Als Frommherz am Boden lag, versuchte er, seine Kollegen zu überreden, noch einmal hochzukommen. Wie seine Verteidigerin sagte, wollte er seinen Kollegen zeigen, dass er nicht fest zugeschlagen habe. Doch die Kollegen wollten nicht. Also drehte B mit dem Handy ein Video, das er dann auf der Strasse seinen Komplizen zeigte. Auf die Idee, dass der verletzte Mann sterben könnte, seien sie nicht gekommen. Erst 15 Stunden später erlag der «Hanfpapst» den Verletzungen. Wären Rettungskräfte informiert worden, hätte er, so die Anklage, grosse Überlebenschancen gehabt.

«Dieser Sturz auf den Hinterkopf war ein unglücklicher Unfall.»

Amtliche Verteidigerin des Hauptangeklagten

Warum halfen sie nicht?

A wurde deshalb wegen unterlassener Hilfestellung angeklagt, die zwei Aufpasser waren zur Tatzeit minderjährig, weshalb ihre Fälle getrennt geführt werden. Die Verteidigung von A stellte sich gestern auf den Standpunkt, es sei nicht absehbar gewesen, dass Frommherz an diesen Verletzungen sterben würde.

Viel mehr zu reden gab ein weiterer Punkt: Laut Anklageschrift soll B das am Boden liegende, schwer verletzte Opfer noch gewürgt, ihm Rippen gebrochen und mit dem Fuss ins Gesicht getreten haben. B bestreitet dies jedoch vehement und erklärte, es müsse nach ihm noch jemand in der Wohnung gewesen sein.

Das fordert der Staatsanwalt

Der Haupttäter B, der sich am Schluss entschuldigt hat, soll laut Forderung der Staatsanwaltschaft für 11 Jahre hinter Gitter wegen vorsätzlicher Tötung, Nötigung und Raub. Diese Freiheitsstrafe soll aufgeschoben und B in einer geschlossenen Einrichtung platziert werden. Die Verteidigung von B wehrt sich gegen diese als «kleine Verwahrung» bekannte Massnahme, das Gutachten sei mangelhaft. Mit einem Antrag, ein neues Gutachten erstellen zu lassen, war sie allerdings am Morgen gescheitert.

A, der sich ebenfalls entschuldigt hat, ist der Nötigung angeklagt sowie der unterlassenen Nothilfe. Der Staatsanwalt fordert eine Strafe von 30 Monaten, wovon 20 Monate bedingt wären. Dadurch wäre Halbgefangenschaft möglich und A könnte seine Lehre 2016 abschliessen.

Das Urteil wird heute um 15 Uhr bekannt gegeben.

Jigme Garne/Alexandra Stark

Anpreisen, Vorstellen, Rekrutieren: Die 84. Winti-Mäss läuft

WINTI-MÄSS An der gestern eröffneten Messe gibt es nicht nur Bügeleisen und Staubsauger zu kaufen. Es suchen auch Grenzwache und Zoll nach Personal.

«Wir haben perfektes Messewetter», freut sich Andreas Künzli, der Geschäftsführer der Maurer + Salzmann AG, welche die Winti-Mäss organisiert. An solch regnerischen Tagen blieben wenig Alternativen zum Messebesuch übrig. In der Tat wartet gestern eine ganze Menschentraube schon früh geduldig, bis sich um 14 Uhr die Tore öffnen. Begrüsst werden sie vom Maskottchen Willy, der nicht reden darf. «Ich winke nur», sagt er und geht im ersten Ansturm fast unter. Ein paar Jungs geben ihm Highfive.

Im Eingangsbereich gibt es ein Gedränge, an der Garderobe den ersten Streit. Ein Mann fühlt sich übergangen. Man wird in die erste Halle gespült und dort von klassischen Messeverkäufern empfangen. Wer mit den Staubsaugervertretern spricht, fühlt sich unweigerlich an Loriots «Es saugt und bläst der Heinzelmann, wo Mutti sonst nur saugen kann» erinnert. Staubsauger, die gleichzeitig den Boden putzen. Staubsauger, mit denen man Fenster putzen kann.

Walliserdeutsch-Unterricht und Würfelduell

Eine Bügeleisenverkäuferin sagt: «Sie können stolz sein, dass Sie ein Schweizer sind», als sie das Schweizer Produkt vorstellt. Beim ersten Fitnessstand kann man eine persönliche Beratung gewinnen, beim zweiten kann man sich von einer Platte durchschütteln lassen. Diverse Aussteller beweisen, dass auch 2016 das Glücksrad noch der Publikumsmagnet par excellence ist.

Doch unter den 265 Ausstellern an der Messe, die dieses Jahr noch an Ausstellungsfläche zulegen konnte, gibt es auch einige, die etwas überraschender sind. Ein Mitarbeiter der Brühlgut-Stiftung drückt den Besuchern eine Flasche Euel-Bräu in die Hand und wirbt damit für das Projekt Mr. Green, welches Recycling-Gut bei den Haushalten direkt abholt. Eine Spielinstruktorin lädt zum Würfelspielduell. Mit grosser Begeisterung erklärt sie gekonnt die Spielregeln, um das Duell dann für sich zu entscheiden.

Durchgeschüttelt: Junge Besucherin auf Entdeckungstour. *Heinz Diener*

Der Spiel-event «Winti spielt» findet zum ersten Mal im Rahmen der Messe statt. Ein Höhepunkt wird die Spielnacht am Samstagabend sein. An der Spielnacht wird bis um Mitternacht gespielt.

In der Zone der diesjährigen Gastregion Obergoms werden Lektionen in Walliserdeutsch erteilt. Mämmi. «Die Mama?» – «Nei, aber es Mami het es Mämmi», hilft die Frau am Stand mit und macht Schaukelbewegungen mit ihren Armen – ein Mämmi ist ein Baby. Das Obergoms sei eine Region, in der man noch urchige Kultur erleben könne. «Wir wollen die Leute darauf aufmerksam machen, dass wir gar nicht so weit vom Unterland weg sind, wie viele denken.»

Noch nicht gut belegt ist das kleine Kunsteisfeld, das dieses Jahr ebenfalls zum ersten Mal steht. «Es hat einfach zu wenig Junge. Dass die Alten sich Schlittschuhe anziehen, kannst du vergessen», meint der etwas enttäuschte Schlittschuhverleiher.

Polizisten und Grenzwächter werben um Neulinge

An der Messe, die noch bis Sonntag andauert, wird nicht nur gekauft und geworben. So zeigt die Polizei mit ihrem Stand für einmal auf eine etwas andere Art Präsenz. Auch Zoll und Grenzwache Nordostschweiz haben nach längerer Absenz wieder einen Stand. Sie wollen den Messegängern Einblick in ihre Tätigkeiten geben. Ausgestellt sind zum Beispiel gefälschte Uhren und Medikamente. «Natürlich wollen wir mit dieser Aktion auch jungen Menschen unsere Arbeit schmackhaft machen», sagt die Grenzwächterin, die sich den Fragen der Besucher stellt.

Nicolas Hermann

Fielmann feiert Weihnachten – feiern Sie mit.

Leuchtstarke **LED-Taschenlampe*** aus Aluminium mit 9 stromsparenden LEDs. Ideal für Camping, Haus und Auto. Dank Trageschlaufe immer griffbereit. 3 Jahre Garantie.

CHF 3.50

Notiz-Kalender* in eleganter Optik, mit flexiblem Verschlussband, schwarz, Taschenformat 9,5 x 14 cm.

CHF 4.90

Im Taschenformat: **Fernglas Typ 10 x 25*** (Vergrösserung 10-fach), gummiarmiert, mit praktischer Tragetasche. 3 Jahre Garantie.

CHF 8.90

LED-Standlupe* aus hochwertigem Metall, 2-fache Vergrösserung, langlebige Leuchtmittel. Inklusive Batterien. 3 Jahre Garantie.

CHF 17.90

Profi-Ultraschallreiniger* für gründliche Reinigung von Brillen, Schmuck und Metallgegenständen. Mit 600 ml Fassungsvolumen und 50 W Leistung. 3 Jahre Garantie.

CHF 21.90

*Solange der Vorrat reicht.

fielmann
www.fielmann.com

Donnerstag, 3. Dezember 2015 | AZ 8401 Winterthur | 179. Jahrgang, Nr. 281 | Fr. 3.20 | www.landbote.ch

Der Landbote

ZRZ Zürcher Regionalzeitungen

TAGB[illegible]ON WINTERTHUR UND UMGEBUNG

Vormittag 1°

Nachmittag 4°

WETTER SEITE 16

Präziserer Auftrag

Die SIP-Leute sehen aus wie Polizisten, sind aber keine. Ihr Auftrag wird nun klarer umschrieben. SEITE 17

Gefahrenkarte

Je nach Lage der Gemeinde stehen andere Gefahren vor der Tür, die es zu bekämpfen gilt. SEITE 3

Rekordspiel

Marcel Hess bestritt seine 454. NLA-Partie und feierte mit Pfadi einen Kantersieg gegen den RTV Basel. SEITE 27

SVP will Verteilung des Korans verbieten – Juristen winken ab

WINTERTHUR Die SVP fordert ein Verbot von Aktionen mit religiösem Hintergrund auf öffentlichem Grund. Landeskirchen wären ausgenommen. «Fast chancenlos», urteilt ein Experte.

Was in Frankfurt nach einem Antrag aus der CDU diskutiert wird und in einzelnen Bezirken Wiens zum Teil schon umgesetzt ist, will die SVP nun auch in Winterthur durchsetzen: Ein kürzlich im Gemeinderat eingereichtes Postulat der SVP trägt den Titel «Verbot der Benützung des öffentlichen Grundes für Aktionen mit religiösem Hintergrund». Obschon der Vorstoss allgemein formuliert ist, wissen alle sofort, worum es geht: um die Gratis-Korane von «Lies!». Muslime, die möglicherweise von Deutschland aus instruiert werden, bringen auf der Marktgasse und im Untertor kostenlos den Koran unter die Leute. Der Verdacht besteht, dass sie damit gleichzeitig Anhänger anwerben für extremes Gedankengut.

Der Postulant, SVP-Gemeinderat Rolando Keller, macht kein Geheimnis daraus, dass ihm einzig daran gelegen ist, diese Koranverteilaktionen einzustellen. Ein bisschen enttäuscht sei er schon, dass ausser seinen Parteikollegen niemand im Gemeinderat seine Forderung mittrage. Er sehe da «kein Hindernis, denn mein Vorschlag schränkt die Religionsfreiheit in keiner Weise ein».

Warum also unterschrieben die Gemeinderäte aller anderen Parteien die SVP-Forderung nicht? Der FDP-Vertreter und Jurist Felix Helg sagt: «Der Vorstoss steht in Konflikt mit den Grundrechten, ist starr und rigoros formuliert sowie zu wenig differenziert.»

Auch Freikirchen betroffen

Konkret verlangt die SVP nämlich: Der Stadtrat soll die rechtlichen Grundlagen schaffen, damit religiöse Gruppierungen kein Recht mehr haben, auf öffentlichem Grund zu werben, Schriften zu verkaufen oder zu verschenken. Auch alle übrigen Standaktionen mit religiösem Hintergrund sollen verboten sein, ausgenommen wären die Landeskirchen. Was Helg fragen lässt: «Was ist mit Freikirchen, jüdischen Gemeinden, Buddhisten?»

Bedenken hat auch Felix Uhlmann, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich: «Ein solcher Vorstoss ist meiner Meinung nach weitgehend chancenlos.» Was die Koranverteiler machen, sei kaum zu verbieten, weil das Bundesgericht «das Verteilen von Flugblättern ideellen Inhalts als schlichten Gemeingebrauch» erachtet. Das sei bewilligungsfrei zulässig.

Die Stadt Winterthur könnte die «Lies!»-Verteilaktionen laut Uhlmann also nur dann verbieten, wenn nachgewiesen werden kann, dass auf diese Weise rechtswidrige Inhalte unter die Leute kommen. Es müsste der Nachweis erbracht werden, dass beim Verteilen der Korane zu Gewalt aufgerufen oder eine Straftat vorbereitet wird. Weil das sehr schwierig sei, sieht Uhlmann keine rechtliche Handhabe, die Koranaktionen generell zu verbieten. Im Polizeidepartement von Stadträtin Barbara Günthard (FDP) geht man ebenfalls davon aus, dass die Korane der Aktion «Lies!» «jederzeit ohne Erlaubnis auf dem öffentlichen Grund verteilt werden dürfen», so der Departementsjurist Mark Bona. Für Informationsstände auf öffentlichem Grund sei dagegen eine Bewilligung der Stadtpolizei erforderlich.

Martin Gmür, Alexandra Stark

Neustart mit Verzögerung

MARTHALEN Der Bezirksrat Andelfingen hat gestern den Weg frei gemacht, damit die bereits am 21. Oktober neu gewählte Heimkommission des krisengeschüttelten Zentrums für Pflege und Betreuung Weinland ihre Arbeit nun aufnehmen kann. *mab* SEITE 7

Streit ums Geld

RICKENBACH Die Behördenmitglieder der neuen Einheitsgemeinde Rickenbach waren sich nicht einig, wie ihre Entschädigung aussehen soll. An der Gemeindeversammlung vom Dienstagabend löste das Diskussionen und Änderungsanträge aus. *rut* SEITE 7

Als die Welt zu Gast in Winterthur war

Da war das «Wunderkind» noch Kind: Der Eintrag von Stargeigerin Anne-Sophie Mutter im Gästebuch der Winterthurer Familie Ninck. Die Sammlung der Studienbibliothek vereint Winterthurer Gästebücher aller Art, etwa das der ehemaligen Jugendherberge im Schloss Hegi. *Melanie Duchene* SEITE 4

Einbrecher findet zu Gott

WINTERTHUR Er ist der klassische Kriminaltourist: Der Bosnier D. kam nur in die Schweiz, um Einbrüche zu verüben. 68-mal tat er dies in den letzten Jahren, davon rund 20-mal in der Region Winterthur. Gestern wurde er deshalb vom Bezirksgericht Winterthur zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt. D. bereut seine Taten inzwischen sehr, denn er sei in der Haft ein gläubiger Muslim geworden. *tm* SEITE 9

Mehr Geld für die Armee

BERN Auch der Nationalrat steht nun hinter der Armeereform. Mit nur sieben Gegenstimmen genehmigte er gestern die Vorlage, die er vergangenen Sommer noch abgelehnt hatte. Dabei beschloss er, die Armee ganz von den Sparanstrengungen des Bundes auszunehmen. Sie soll 20 Milliarden Franken für vier Jahre erhalten und nicht, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, 18,8 Milliarden. Auch die Grösse der Truppe gab zu reden, der Nationalrat blieb aber bei einem Sollbestand von 100 000 Mann.

Mit der Reform soll die Armee etwas verkleinert, aber besser ausgerüstet und ausgebildet werden. Noch keine Einigkeit besteht zur Anzahl Wiederholungskurse: Der Ständerat will fünf, der Nationalrat sechs WK zu je drei Wochen. *sda* SEITE 22

WAS SIE WO FINDEN

Agenda	10
TV/Radio	15
Börse	24
Sport	27
Todesanzeigen	14
Eulach-/Fahrzeugmarkt	26
Amtliche Anzeigen	26
Veranstaltungen	30

ANZEIGE

Abo-Service: 0800 80 84 80, abo@landbote.ch **Inserate:** Tel. 044 515 44 44, inserate@landbote.ch **Redaktion:** Tel. 052 266 99 00, redaktion@landbote.ch

Sie bringen Winterthur ins Netz

INTERNET Wer heute eine Frage hat, geht zu Google. Sucht man dort nach «Winterthur», erscheinen zwei Fundstellen ganz weit oben: Wikipedia und das Winterthur-Glossar. Das Glossar umfasst 1300 Artikel mit Wissenswertem über Stadt, Gebäude und Menschen, bei Wikipedia sind es je nach Zählweise zwischen 500 und 700. Und täglich kommen neue dazu. Dass dem so ist, ist ehrenamtlichen Autoren geschuldet. Tausende von Stunden haben sie schon damit verbracht, Informationen zusammenzutragen und öffentlich zu machen. Was treibt sie an? Wir haben nachgefragt.

Manuel Sahli: Der 27-jährige Winterthurer ist Autor von mehr als 250 Artikeln bei Wikipedia über Winterthur.
Patrick Gutenberg

Heinz Bächinger: Der 74-Jährige ist Mitbegründer und Autor des Winterthur-Glossars, das 1300 Artikel zählt.
Johanna Bossart

Es fing alles mit Dario Zuffi an. Der damals 16-jährige Manuel Sahli suchte Informationen über den damaligen und heute zumindest wieder interimistischen Trainer des FC Winterthur. «Ich fand nichts. Also habe ich mich als Autor bei der Onlineplattform Wikipedia angemeldet und selber etwas geschrieben», erinnert sich der heute 27-jährige Informatiker und AL-Kantonsrat.

Das war 2005. Zehn Jahre später hat Sahli auf Wikipedia, dem weltweit grössten Onlinelexikon (siehe Box «Was ist was?»), schon über 250 Artikel geschrieben und an rund 50 mitgearbeitet. Mehr als die Hälfte davon über Winterthur. Darunter sind zum Beispiel Artikel über den Stadtgarten, Dättnau und wichtige Winterthurer Ereignisse. «Es gibt immer wieder Leute, die bei einzelnen Themen mitarbeiten, wenn es aber generell um Winterthur geht, bin ich der Einzige.» An jedem dritten Artikel über Winterthur hat er mitgearbeitet. Kein anderer prägt das Bild von Winterthur auf Wikipedia so wie er.

Was treibt ihn an? «Winterthur ist meine Heimatstadt, ich interessiere mich für lokale Geschichte und Sport. Ich mache bei Wikipedia mit, weil im Internet Informationen fehlen, die ich wichtig finde. Und ich will mit meiner Arbeit etwas machen, was auch anderen nützt.» Mit seinem politischen Engagement, Sahli ist Kantonsrat der Alternativen Liste (AL), habe das aber nichts zu tun. «Für Wikipedia schreiben ist ein Hobby», sagt er. Eines, dem er sich ganz unterschiedlich intensiv widmen kann. «Das ist das Schöne an Wikipedia, ich kann etwas machen, muss aber nicht.»

Es ist aber ein etwas einsames Hobby. Zwar gibt es eine Gruppe von Winterthurer Wikipedia-Autoren, doch kaum einer ist mehr aktiv. «Das ist schade», sagt er. Es sei immer schöner, gemeinsam an so etwas zu arbeiten. «Je mehr Leute an einem Thema arbeiten, desto mehr Perspektiven kommen zusammen.» Und auch die Qualität steige, ist er überzeugt: Es gebe mehr Wissen und Quellen. Und Fehler könnten so korrigiert werden. «Alle können helfen, damit die Inhalte besser werden. Das ist faszinierend», sagt er. Gehen ihm nun langsam die Themen aus? «Oh nein!», winkt Sahli ab. «Ganz im Gegenteil: Jedes Thema, das ich anpacke, bringt mich wieder auf zehn neue Ideen.»

Auf Wikipedia finden aber nicht alle seine Themenideen Anklang. «Ich habe zum Beispiel einmal einen Artikel über die Winti-Wurst geschrieben», erinnert sich Sahli. Der Artikel wurde gelöscht, weil er den Relevanzkriterien von Wikipedia nicht entsprach. Das sei zwar schade, sagt Sahli, aber er finde es gut, dass Inhalte auf Wikipedia bestimmte Kriterien erfüllen müssten. «Sonst wäre das Nachschlagewerk bald voll mit unerheblichen Inhalten; bei einigen Themen ist die Hürde aber zu hoch.»

Wird er trotzdem irgendwann einmal fertig mit allen wichtigen Themen zu Winterthur? «Eher nicht», sagt Sahli, denkt kurz nach und lächelt dann: «Und wenn, dann sicher erst in einigen Jahrzehnten!» *Alexandra Stark*

Ich habe einen ziemlichen Sammeltick», sagt Heinz Bächinger und erzählt, wie er jede einzelne Broschüre, die er in seinen 18 Jahren im Gemeinderat bekommen hat, und alle Unterlagen, die je abgegeben wurden, fein säuberlich im Estrich eingelagert hat.

Eines Tages kam ihm in den Sinn: «Was passiert mit dieser Sammlung, wenn ich einmal nicht mehr da bin?», erinnert er sich. Er wollte nicht, dass seine Frau alles die schmale Estrichtreppe runtertragen muss. Sein Sohn, der bei Google arbeitet, schlug vor: Ab damit ins Internet.

Das war vor 10 Jahren. Der Sohn half dem heute 74-Jährigen, die Seite zu lancieren, und betreut sie technisch. Heute umfasst das Winterthur-Glossar 1300 Artikel, die Bandbreite reicht von «Adler-Apotheke» bis zu «Zürcher Kantonalschützenfest von 1902». Bis vor einem Jahr hat der heute 88-jährige ehemalige Stadtpräsident Urs Widmer viel dazu beigetragen (siehe Box «Unsichere Zukunft?»).

Zu Beginn seien sie sehr strukturiert vorgegangen. «Es gibt von früher zwei rote Ordner mit allem Wissenswerten über Winterthur, da sind alle Burgen, Gewässer und so weiter drin. Das haben wir systematisch bearbeitet.» Seither lasse er sich inspirieren. Er lese viel Zeitung, kaufe fast alle Bücher über Winterthur und bei jedem Thema, das er bearbeite, kämen ihm noch zehn weitere in den Sinn.

«Ich hätte nie gedacht, dass das so gross wird», sagt er. Sein Ziel sei es eigentlich, pro Tag einen neuen Artikel aufzuschalten. «Das schaffe ich aber nicht mehr, weil ich sehr viel Zeit brauche, um bestehende Artikel à jour zu halten und zum Beispiel Zahlen zu aktualisieren.» Trotzdem lohne sich der Aufwand. Das Internet sei für die Recherche so viel praktischer als Bücher. «Es gibt Hunderte von tollen Büchern mit Bezug zu Winterthur, die stehen fast alle bei mir im Regal. Aber wenn ich etwas schnell suchen muss, dauert das ewig. Im Internet finde ich das, was ich brauche, mit einem Klick.»

Sein Wissen auf Wikipedia zur Verfügung stellen und damit alle, die wollen, an seinen Texten mitarbeiten lassen will er nicht. «Ich trage die Verantwortung und will deshalb auch, dass ich die Kontrolle habe», sagt er. Und fügt verschmitzt hinzu: «Ausserdem verweist Wikipedia ja oft auf uns.» Natürlich würden ihm Fehler unterlaufen. «Ich bin ja nicht unfehlbar.» Deshalb freue er sich über Hinweise auf Fehler und Verbesserungsvorschläge, die er gerne übernehme.

«Ich bin eben ein Fan von Winterthur», begründet er sein zeitraubendes Engagement, das nichts mit seiner politischen Vergangenheit als SP-Politiker zu tun habe. Drei Stunden am Tag arbeite er am Glossar. Das ist aber nur die Zeit, die er schreibend vor dem Computer verbringt. Auf Nachfrage hin rechnet er noch einmal nach: «Das stimmt, ich bin ja viel unterwegs und rede mit Leuten, um zu Informationen für meine Artikel zu kommen. Und das braucht oft Zeit», sagt er. «Es können sich eben nicht alle kurz fassen!» *Alexandra Stark*

WINTERTHUR IM INTERNET

Dass Winterthur im Netz so gut vertreten ist, ist nicht nur den oben porträtierten Privaten zu verdanken. Auch Institutionen und Organisationen machen Interessantes online zugänglich.

Internet

Für offizielle Informationen
Alle städtischen Institutionen verfügen über einen eigenen Auftritt. Als Einstieg empfehlen wir folgende Seiten:
– **www.stadt.winterthur.ch**
– **www.winterthur.ch**

Für generelle Informationen
Einen guten Überblick bieten die folgenden Seiten:
– **www.winterthur-glossar.ch**
und
– **https://de.wikipedia.org/wiki/Portal:Winterthur**

Für historisch Interessierte
Die Bibliotheken und Archive bauen ihr digitales Angebot laufend aus. Das Stadtarchiv wird im ersten Quartal 2016 eine Onlineabfrage seiner Datenbank ermöglichen:
– **www.bibliotheken.winterthur.ch**
Winterthur im «Historischen Lexikon der Schweiz»:
– **www.hls-dhs-dss.ch/**
Das Archiv des «Landboten» (nur für Abonnenten):
– **http://landbote-prod.1st.ch/meta/pdf-archiv/**

Diese Liste mit den Links finden Sie auch auf:
www.landbote.ch

WAS IST WAS?

Auf den ersten Blick sind die Unterschiede zwischen dem Online-Nachschlagewerk Wikipedia (www.wikipedia.org) und dem Winterthur-Glossar (www.winterthur-glossar.ch) gar nicht so gross. Auf beiden Internetplattformen sammeln Autoren Wissen, bereiten es mit Verweis auf ihre Quellen auf und machen es der breiten Öffentlichkeit zugänglich. Beide Plattformen bieten Suchfunktionen. Beide stellen ihre Inhalte gratis zur Verfügung.

Der Unterschied liegt darin, wie das Wissen zustande kommt: Während beim Winterthur-Glossar eine feste, kleine Autorenschaft am Werk ist (im Moment sogar nur zwei Autoren), können bei Wikipedia alle mitschreiben, die wollen. Jede und jeder kann auch von anderen geschriebene Artikel korrigieren, verändern oder ergänzen. Die Idee dahinter: Weil mehr Menschen mehr wissen als einer allein, werden gemeinsam erstellte Inhalte besser. *as*

UNSICHERE ZUKUNFT?

«Noch mag ich», sagt Heinz Bächinger, der Gründer und Betreiber des Winterthur-Glossars, der im Moment von einem weiteren Autor unterstützt wird. «Ich bin jetzt aber auch schon 74, wer weiss, wie lange ich das noch machen kann.» Zwar sei er im Gespräch mit Interessierten. «Aber die Leute stehen nicht gerade Schlange.»

Wer sich für eine Mitarbeit interessiert, kann sich bei www.winterthur-glossar.ch melden. *as*

Samstag, 12. Dezember 2015 | AZ 8401 Winterthur | 179. Jahrgang, Nr. 289 | Fr. 3.20 | www.landbote.ch

Der Landbote

ZRZ Zürcher Regionalzeitungen

TAGBLATT VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG

Vormittag 1°

Nachmittag 7°

WETTER SEITE 18

Lokal schenken

Wir machen Geschenkvorschläge mit Produkten aus Winterthur, abseits von Schokolade. SEITE 3

Ein Topspiel

Der Handballgipfel in der Eulachhalle: Cupsieger Pfadi Winterthur gegen Meister Kadetten. SEITE 28

Verdienter Sieg

Im vierten Derby setzten sich die Kloten Flyers gegen die ZSC Lions zum dritten Mal durch – 3:1. SEITE 27

Geburtsklinik im Vergleich

WINTERTHUR Ende Jahr lagert die Privatklinik Lindberg ihre Geburtenabteilung nach Zürich ins Hirslanden aus. Ein Vergleich zeigt, wie sich die Klinik für Geburtenhilfe des Kantonsspitals gemäss den Qualitätsindikatoren des Bundesamtes für Gesundheit mit der regionalen Konkurrenz schlägt. Vereinzelt gibt es grosse Unterschiede. Die zahlreichen Online-Vergleichsportale stehen aber in der Kritik. *hit* SEITE 5

Ausverkauf in der Grossdisco

WINTERTHUR Der Club Eighty Four an der Archstrasse schliesst Ende Jahr nach anhaltend schlechtem Geschäftsgang. Über Facebook rief Geschäftsführer Roland Schneider dazu auf, Stücke aus der Einrichtung zu erwerben. Schneider, der zuvor den Garden Club führte, zieht sich zurück. Wer Nachmieter wird, ist noch offen. *mig* SEITE 4

Gespräche für allfällige Fusion

SCHLATT Das gestraffte Budget löste in Schlatt bei weitem nicht so viele Fragen aus wie allfällige Fusionsgespräche mit Elsau. Die Primarschulpflege führt sie bereits, die Kirchenpflege will sie aufnehmen. Der Gemeinderat sieht zurzeit jedoch keinen Anlass. Man stehe alleine auf stabileren Beinen, das hätten Berechnungen ergeben. *nid* SEITE 9

Bundesgericht stützt Winterthurer Kopftuchpolitik

WINTERTHUR Das Bundesgericht hat sich gegen ein Kopftuchverbot in Schulen ausgesprochen. Damit stärkt es die Winterthurer Praxis. Hier steht es muslimischen Mädchen frei, den Unterricht mit Kopftuch zu besuchen. Die SVP warnt trotzdem vor einer Signalwirkung.

Eine Schülerin aus St. Margrethen SG darf den Unterricht mit Kopftuch besuchen. Das Bundesgericht hat ihr gestern recht gegeben. Zwar sei eine gesetzliche Grundlage für ein Verbot vorhanden, weil aber die Glaubens- und Gewissensfreiheit verletzt werde, gelten strengere Auflagen. Die, so das Gericht, seien nicht erfüllt. Insbesondere fehle das öffentliche Interesse.

«Kein Problem»

An Winterthurer Schulen komme es wegen Kopftüchern zu keinen Problemen, sagt Stefan Fritschi, Vorsteher Departement Schule und Sport. «Es gibt, was religiöse Kopfbedeckungen angeht, weder Vorschriften noch Verbote.» Es sei alleine die Verantwortung der Eltern, wie die Kinder gekleidet seien.

Hingegen gebe es immer wieder Dispensgesuche etwa für den Sport- und Schwimmunterricht, sagt Fritschi. Dispensgesuche würden aber immer mit derselben Begründung abgelehnt: «Bildung ist ein Menschenrecht.» Zudem sei der Unterricht so organisiert und angelegt, dass auf die Bedürfnisse muslimischer Mädchen Rücksicht genommen werde.

Lernen, so das Bundesgericht, geht auch mit Kopftuch. Das ist auch in Winterthur so. *Keystone*

Das sieht auch Christoph Baumann so. «Gegenseitiges Verständnis ist die beste Prävention», ist der Co-Präsident der SP Winterthur überzeugt, der als Schulevaluator arbeitet. «Dann ist auch ein Kopftuch kein Problem.» Die Schule spiele bei diesem Thema eine zentrale Rolle und nehme ihre Verantwortung auch wahr. «Das neu eingeführte Fach ‹Religion und Kultur› zum Beispiel behandelt alle Religionen gleichwertig», erklärt er. Deshalb brauche es auch keine Ausnahmen für muslimische Schülerinnen und Schüler.

«Falsche Signalwirkung»

Solange die Stadt in ihrer Haltung so konsequent bleibe, sieht auch Simon Büchi, Präsident der SVP Winterthur, für Winterthur kein Problem. «Schule muss für alle gleich sein», sagt er. Den Entscheid des Bundesgerichts sieht er deshalb kritisch: «Das ist ein Schritt in die falsche Richtung. Der Entscheid birgt die Gefahr, dass extreme Kreise sich in ihrer Position bestärkt fühlen und mehr Ausnahmen einfordern, gerade beim Sport- und Religionsunterricht», sagt Büchi. «Da ist die Stadt gefordert, standhaft zu bleiben.»

Das Urteil hat schweizweit zu widersprüchlichen Reaktionen geführt. Während die Föderation Islamischer Dachorganisationen der Schweiz (FIDS)das Urteil begrüsste, kritisierte die Schulbehörde von St. Margrethen den Entscheid als «Hindernis für eine erfolgreiche Integration». *Alexandra Stark* SEITE 25

Der Fahrplan wechselt

REGION Morgen Sonntag stellt der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) auf den neuen Fahrplan um. Als Erstes sind die S-Bahn und Buslinien des Nachtnetzes ab etwa 1 Uhr morgens betroffen. Diese verkehren laut ZVV bereits zu den neuen Abfahrtszeiten. Die Änderungen sind insgesamt gross. So werden im Kanton drei neue S-Bahn-Linien eingeführt und 150 Buslinien angepasst oder ganz neu geführt. Der Wechsel löst nicht überall nur Freude aus. Einzelne Gemeinden in der Region haben Rekurs eingereicht. Ein erster Entscheid des Regierungsrats fällt nun negativ aus. Auch andere Gemeinden hegen wenig Hoffnung. *red* SEITE 11

Maurer wird Finanzminister

BERN Ueli Maurer wechselt vom Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) ins Finanzdepartement. Das VBS, das Maurer seit seinem Amtsantritt 2009 führt, übernimmt der frisch gewählte Guy Parmelin. Die übrigen Bundesräte behalten ihre Departemente. Darauf hat sich die Landesregierung gestern geeinigt.

Nur Maurer habe den Wunsch nach einem Wechsel geäussert, sagte Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. Am Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) hätten weder Maurer noch Parmelin Interesse gezeigt. *sda* SEITE 23

Gefahr noch nicht gebannt

GENF Die Genfer Polizei fahndete auch gestern nach mehreren Terrorverdächtigen. Sie stoppte am Abend ein verdächtiges Auto in der Nähe des Genferseedorfes Vésenaz. Die Strasse wurde daraufhin gesperrt. Berichte von Westschweizer Medien, wonach zwei syrische Verdächtige festgenommen wurden, bestätigte die Staatsanwaltschaft jedoch nicht. Die erhöhte Alarmstufe galt auch gestern. Solange es eine konkrete Bedrohung gebe, würden auch die verstärkten Sicherheitsmassnahmen aufrechterhalten, sagte der Genfer Sicherheitsdirektor Pierre Maudet (FDP). *sda/red* SEITE 36

Qualität ist gestiegen

ZÜRICH Die Einführung von Mindestfallzahlen bei einer Reihe von Operationen in Zürcher Spitälern hat sowohl die Qualität als auch die Wirtschaftlichkeit verbessert. Es werden weniger Operationen in Spitälern mit wenig Routine durchgeführt.

Die Sterblichkeit ist laut einer Mitteilung der Zürcher Gesundheitsdirektion bei Behandlungen mit Mindestfallzahlen mehr als doppelt so stark gesunken wie bei Behandlungen ohne entsprechende Vorgaben. Nun sollen die Mindestfallzahlen erhöht beziehungsweise neue eingeführt werden. *sda* SEITE 19

ANZEIGE

freie schule winterthur

Fit für die Sek A?

Wir fördern Ihr Kind im Übergangsjahr.

www.freischi.ch, 052 212 61 44

Abo-Service: 0800 80 84 80, abo@landbote.ch | Inserate: Tel. 044 515 44 44, inserate@landbote.ch | Redaktion: Tel. 052 266 99 00, redaktion@landbote.ch

Donnerstag, 17. Dezember 2015 | AZ 8401 Winterthur | 179. Jahrgang, Nr. 293 | Fr. 3.20 | www.landbote.ch

Der Landbote

ZRZ Zürcher Regionalzeitungen

TAGBLATT VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG

Vormittag 5°

Nachmittag 8°

WETTER SEITE 16

Weltraumkampf

Der Chrome Stormtrooper ist im gestern angelaufenen «Star Wars»-Film nur eine der neuen Figuren. SEITE 19

Aus für Rebberg

Wer nach der Rodung des nicht mehr rentablen Rebberges Weiertal künftig weiden darf. SEITE 4

Arunas Vaskevicius

Pfadis Goalie glänzte beim 32:20-Sieg bei den Lakers Stäfa nicht nur mit Paraden, sondern auch als Torschütze. SEITE 29

Abspaltung im Weinland

THALHEIM/OSSINGEN Nur die Thur trennt Thalheim und Ossingen voneinander. Doch ab 2017 kommt es zwischen den beiden Weinländer Gemeinden zu einer weiteren Trennung: Thalheim hat den Spitex-Vertrag mit der Nachbargemeinde gekündigt. Damit ist der kleinste Verbund dieser Art im Weinland bald Geschichte – und die Karten bei der Spitex werden neu gemischt. *mab* SEITE 7

Ein Jahr länger hinter Gitter

ELSAU Von sechseinhalb auf siebeneinhalb Jahre hat das Obergericht die Freiheitsstrafe für einen 27-jährigen Winterthurer erhöht. Dieser hatte in Elsau aus Eifersucht mit einer Pistole zwei Schüsse auf seine Freundin und deren Ehemann abgegeben. Eine Kugel traf das Fensterglas, das zersplitterte und den Ehemann an der Brust verletzte. *red* SEITE 6

Sozialamt will nicht auf tiefere Mieten drängen

WINTERTHUR Wohnungen von Sozialhilfeempfängern könnten billiger werden, weil der Referenzzinssatz gesunken ist. Das Winterthurer Sozialamt verlangt aber nicht systematisch, dass die günstigeren Mieten eingefordert werden. Das, obschon die Erfahrungen in anderen Städten positiv sind.

Einer von drei Sozialhilfefranken in Winterthur wird für Mieten ausgegeben, 2014 waren es rund 26 Millionen Franken. Vor allem in Städten steigen Mieten für günstige Wohnungen, weil die Nachfrage gross ist und auch gross bleiben wird.

Nun werden immer mehr Gemeinden aktiv und verlangen von ihren Sozialhilfebezügern, dass sie Mietzinsreduktionen einfordern, auf die sie durch die Senkung des Referenzzinssatzes von Gesetzes wegen Anrecht haben. In Biel etwa hat die Stadt eigens eine Mietfachstelle eingerichtet, in Bern verlangt das Sozialamt von gewissen Mietern, dass sie aktiv werden, und in Zürich setzt man auf Freiwilligkeit und Unterstützung. Winterthur verzichtet bislang darauf, Mietzinssenkungen systematisch einzufordern. Man unterstütze Sozialhilfeempfänger aber fallweise.

Auf 40 Millionen Franken schweizweit beziffert eine im Auftrag von «10 vor 10» erstellte Studie das Sparpotenzial. Wie gross das Potenzial für Winterthur ist, ist schwierig zu berechnen.

250 000 Fr. weniger pro Jahr

Erste Erfahrungen aus Biel und Zürich sind positiv ausgefallen. «Insgesamt sparen wir rund 65 000 Franken pro Monat, was einem Prozent der Mietausgaben entspricht», sagt Beatrice Henes, Leiterin Kommunikation der Sozialen Dienste der Stadt Zürich. Umgerechnet auf die Mietausgaben von Winterthur, würde dies einer Einsparung von knapp 22 000 Franken pro Monat entsprechen.

Dieter P. Wirth, Leiter der Sozialen Dienste der Stadt Winterthur (Bild oben), warnt vor solchen Milchbüchleinrechnungen. «Den möglichen Einsparungen stehen mittel- und langfristig hohe Kosten entgegen», begründet er das Vorgehen der Stadt.

Dass solche Massnahmen mit grossem Aufwand und entsprechend mit erheblichen Kosten verbunden sind, bestätigen Vertreter der Sozialämter Biel und Zürich, genaue Zahlen können sie noch keine nennen. Unter dem Strich lohne sich das Vorgehen bei ihnen aber.

Der Leiter des Sozialamtes Biel, Thomas Michel, warnt davor, in anderen Städten funktionierende Rezepte einfach so zu übernehmen. In Biel sei es viel einfacher, eine günstige Wohnung zu bekommen. Das führt zu weniger Kosten bei der Betreuung oder vorübergehenden Unterbringung von Wohnungssuchenden.

Aufwand muss sich lohnen

«Wir haben bislang zu wenig systematische Informationen über die Mietverträge unserer Klienten, um das Sparpotenzial berechnen zu können», sagt Wirth. Die Stadt sei aber daran, die für ein differenziertes Vorgehen notwendigen Grundlagen zu erarbeiten. «Nur so können wir sicherstellen, dass Aufwand und Ertrag am Schluss auch wirklich stimmen.» *Alexandra Stark* SEITE 3

Kritik und Bereitschaft

WINTERTHUR Am Montagabend informierten Stadt und Kanton über das Durchgangszentrum in der Zivilschutzanlage Mattenbach. Die Veranstaltung lief geordnet ab, bei einem sichtbar grossen Publikumsinteresse. Die rund 200 Anwohner äusserten Bedenken wie auch ihre Hilfsbereitschaft. Die Sorge, die Einquartierungen unter dem Schulhaus könnten den Schulbetrieb stören oder den Kindern Probleme verursachen, wurde von Eltern wie auch vom Schulpräsidenten geäussert. Sozialvorsteher Nicolas Galladé zeigte Verständnis, hielt die Skeptiker aber zur Geduld und zum Pragmatismus an. Die Betreiberin des Durchgangszentrums, die auf Asylunterkünfte spezialisierte Firma ORS, schilderte den Tagesablauf der rund 100 in der Zivilschutzanlage untergebrachten Asylsuchenden. Erst vor zwei Wochen ist die Anlage kurzfristig in Betrieb genommen worden. Die Stadt und der Kanton rechnen mit einer Betriebsdauer von mindestens sechs Monaten. *nh* SEITE 4

Da lagern die vermissten Krippenfiguren

Moritz Hager

WINTERTHUR Eigentlich sähe dieser Herr hier seine hölzernen Krippenfiguren viel lieber auf der Steinberggasse als versorgt und verborgen in einer Garage. Es ist Peter Keller, der Präsident der Vereinigung zur Förderung der Steinberggasse. Seit zehn Jahren stellen er und andere Gewerbler der Gasse die Heilige Familie in Holz jeweils auf die Bretter, die im Winter die drei Judd-Brunnen bedecken. Weil Stadtwerk diese mittlerweile morschen Latten durch Deckel aus Leichtmetall ersetzt hat, können die Holzfiguren nicht mehr darauf befestigt werden. Trotz einiger Gespräche gelang es Stadtwerk und dem Steinberggasse-Verein nicht, sich auf eine Lösung zu einigen.

Deshalb stapeln sich die Figuren nun in der Garage, statt Kinder und andere Adventsfreunde zu beglücken. Noch herrscht allerdings Hoffnung, dass nächstes Jahr wieder alles so sein wird, wie es einmal war. *mgm* SEITE 5

Mehr Budget für Bauern

BERN Beim Voranschlag 2016 hat der Ständerat dem Antrag der Einigungskonferenz zugestimmt. Dieser sieht die Aufstockung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte gemäss «Schoggigesetz» um 26,7 Millionen Franken vor. Die Direktzahlungen für die Bauern hatten die Räte schon im Lauf der Debatte um 61,1 Millionen Franken erhöht.

Eine Kompensation der Mehrausgaben durch Querschnittkürzungen in der Verwaltung über 125 Millionen Franken lehnte der Ständerat ab. Nun ist der Nationalrat am Zug. *sda* SEITE 21

US-Notenbank hebt Leitzins

WASHINGTON Die US-Notenbank Federal Reserve erhöht nach sieben Jahren extrem billigen Geldes erstmals wieder ihre Leitzinsen. Die kurzfristigen Zinsen steigen um zunächst 0,25 Prozentpunkte auf ein Niveau zwischen 0,25 und 0,5 Prozent. Für die Geldpolitik in Europa werden von der US-Entscheidung aber keine unmittelbaren Konsequenzen erwartet. *sda* SEITE 25

Die Geschichte des Terrors

BRÜSSEL Ist 2015 das Jahr des Terrors? «Charlie Hebdo» und der 13. November: Der islamistische Terror hat in diesem Jahr Paris ins Visier genommen. Ein Langzeitvergleich mit Daten aus den letzten 45 Jahren aber zeigt: Am meisten Todesopfer in Europa forderte der – hausgemachte – Terror von 1970 bis 2014 in Grossbritannien. Am meisten Anschläge in Europa gab es 1979. Eine Datenanalyse mit Fakten und Irrtümern zum Terror in Europa. So gab es auch in der Schweiz Terroranschläge. Und durch diese starben hierzulande mindestens 60 Menschen. *red* SEITE 24

WAS SIE WO FINDEN

Panorama 11
Agenda 12
TV/Radio 15
Börse 27
Sport 29

Todesanzeigen 14
Eulach-/Fahrzeugmarkt 20
Amtliche Anzeigen 20
Veranstaltungen 30

Abo-Service: 0800 80 84 80, abo@landbote.ch **Inserate:** Tel. 044 515 44 44, inserate@landbote.ch **Redaktion:** Tel. 052 266 99 00, redaktion@landbote.ch

9 771424 354000 40051

Billige Sozialwohnungen haben ihren Preis

WINTERTHUR Weil sie sparen müssen, verlangen immer mehr Gemeinden von ihren Sozialhilfeempfängern, dass sie Mietzinsreduktionen einfordern, auf die sie von Gesetzes wegen Anrecht haben. Ein Blick auf andere Städte zeigt: Es lohnt sich. Aber nur, wenn auf die lokalen Gegebenheiten Rücksicht genommen wird.

Mieten ist teuer. Die Neumieten von Wohnungen in der Schweiz haben sich zuletzt konstant verteuert. Wer die Wohnung nicht gewechselt hat, konnte aber sparen: Weil die Mieten in der Schweiz an den vom Bundesamt für Wohnungswesen erhobenen, seit 2009 sinkenden Referenzzinssatz gebunden sind, konnten immer wieder Preisabschläge vom Vermieter verlangt werden.

Daraus ergibt sich auch ein Sparpotenzial bei den Sozialämtern. Wie hoch dieses Potenzial ist, ist allerdings schwierig zu ermitteln (siehe Box rechts).

Im Gegensatz zu immer mehr Gemeinden und Städten in der Schweiz, die ganz unterschiedliche Ansätze verfolgen (siehe unten), nutzt Winterthur dieses Sparpotenzial bislang nicht systematisch: «Wir fordern Mietzinssenkungen noch nicht flächendeckend ein, bieten aber fallweise Unterstützung an», sagt Dieter P. Wirth, Leiter Soziale Dienste.

Er begründet die Haltung so: «Uns fehlen die Grundlagen für ein systematisches Vorgehen bei der grossen Menge von Mietverträgen», sagt Wirth. Die Stadt sei deshalb daran, Informationen über die Mietverträge ihrer Klienten aufzubereiten. «Ausserdem sind solche Massnahmen zeitund personalintensiv und somit teuer», sagt Wirth. «Es ist wichtig, dem Sparpotenzial die Kosten und Risiken gegenüberzustellen und sorgfältig abzuwägen.»

Gute Erfahrungen anderswo

In Biel schätzt man das Potenzial anders ein. Die von grossen Finanzsorgen geplagte Stadt hat eine städtische Mietfachstelle geschaffen. «Wir wollen gegenüber dem Steuerzahler aufzeigen , dass wir alles tun, um die Mieten tief zu halten», sagt Thomas Michel, Leiter der Abteilung Soziales in Biel, auf Anfrage. Die Mietstelle soll die 2500 Mietverträge von Sozialhilfebezügern überprüfen.

«Der Aufwand lohnt sich», sagt Michel. Zwar bestehe die städtische Mietfachstelle erst seit knapp sechs Wochen und erst ein kleiner Teil der rund 2500 Dossiers sei abgearbeitet. Aber er könne trotzdem schon eine erste positive Bilanz ziehen. «Pro Dossier brauchen wir im Durchschnitt rund 15 Minuten, um zu bestimmen, ob sich die Einforderung einer Mietzinssenkung rechnet», erklärt er. Genaue Zahlen kann er noch nicht nennen. In einem Jahr, rechnet er vor, sollte das Team die bestehenden Dossiers durchhaben.

Der Blick nach Biel ist deshalb interessant, weil die Stadt ähnlich grosse Beträge für Wohnen ausgibt wie Winterthur. In Biel zahlt das Sozialamt rund 30 Millionen Franken pro Jahr, in Winterthur waren es 2014 26,16 Millionen. Dennoch warnt Michel davor, das Bieler System anderen Städten einfach überzustülpen.

Rechtliche Grundlage ist klar

Das überrascht, denn rechtlich ist die Situation klar: Die Vermieter sind überall in der Schweiz von Gesetzes wegen verpflichtet, Senkungsbegehren stattzugeben. Trotzdem tun sich Mieter schwer: «Schweizweit werden nur rund ein Dritter aller Mieten reduziert», sagt Felicitas Huggenberger, Geschäftsleiterin des Zürcher Mieterinnen- und Mieterverbands.

Bei Sozialhilfebezügern sei dieser Anteil viel tiefer. «Das hat einen einfachen Grund: Sozialhilfebezüger sind das schwächste Glied in der Kette», sagt Huggenberger. Die meisten hätten lange eine Wohnung gesucht und scheuten negative Konsequenzen.

In Städten, in denen es schwierig ist, eine Wohnung zu finden, machen Sozialämter den wohnungssuchenden Sozialhilfebezügern deshalb keinen Gefallen, wenn sie sie verpflichten, jede mögliche Mietzinssenkung einzufordern, sagt Huggenberger, die beim Mieterverband auch die Rechtsberatung leitet.

Davor, solche Vermieter zu verärgern, warnt auch der Leiter der Winterthurer Sozialen Dienste, Dieter P. Wirth. «Wir sind auf solche Vermieter angewiesen.» Er gibt zu bedenken:

> «Die Nachfrage ist bei günstigen Wohnungen noch immer grösser als das Angebot – und wird es auch bleiben.»
>
> *Mario Steiger, Remax*

«Es gibt Vermieter, die zwar die Senkungen nie weitergegeben haben, deren Mieten aber trotzdem unter dem Marktniveau liegen.» Auch dieser Effekt müsse gegen mögliche Einsparungen aufgerechnet werden.

Dass Behörden gut daran tun, faire Vermieter gut zu behandeln, sagt auch Pavlo Stathakis, Rechtsanwalt beim Hauseigentümerverband Schweiz. «Bei uns melden sich immer wieder Vermieter, die aus Überzeugung Wohnungen günstig anbieten und die frustriert sind, wenn im Gegenzug Senkungen eingefordert werden.»

Der Markt setzt Grenzen

Ein Blick in die Statistik zeigt: Winterthur gehört zu den Städten, in denen es am schwierigsten ist, zu einer günstigen Wohnung zu kommen. «Die Nachfrage ist immer noch grösser als das Angebot, gerade bei den günstigeren Wohnungen», bestätigt Mario Steiger, stellvertretender Geschäftsführer des Immobilienmaklers Remax Winterthur. Zwar stünden in Winterthur wieder mehr Wohnungen leer als auch schon, das seien aber ausschliesslich Wohnungen im höheren Preissegment. Eine Entspannung sei nicht in Sicht: «Ab Anfang Januar müssen die Gemeinden noch einmal mehr Flüchtlinge aufnehmen, auch das wird den Druck auf den günstigen Teil des Mietwohnungsmarktes weiter verstärken.»

Obschon der Wohnungsmarkt in Zürich noch ausgetrockneter ist als in Winterthur, sind die Stadtzürcher Behörden diesen Sommer aktiv geworden. «Die schrittweisen Senkungen des Mindestzinssatzes über mehrere Jahre haben sich so kumuliert, dass es sich aufgedrängt hat, aktiv zu werden», sagt Beatrice Henes, Leiterin Kommunikation der Sozialen Dienste der Stadt Zürich.

Vorab habe die Stadt aber umfassende Vorabklärungen getroffen. So wurden etwa Sozialhilfeempfänger, die in sehr günstigen Wohnungen leben, nicht angeschrieben. Die verbleibenden 4700 Bezüger bekamen Post mit Briefvorlagen und Anleitungen, Sozialarbeiter und Sachbearbeiter halfen, wo nötig.

Die Massnahme war ein Erfolg: 80 Prozent haben mitgemacht. «Insgesamt sparen wir so 65 000 Franken pro Monat, was ein Prozent der Mietausgaben ausmacht», sagt Henes. Diesen Einnahmen stünden natürlich «nicht unerhebliche» Ausgaben für den administrativen und den Betreuungsaufwand gegenüber, die Henes nicht genau beziffern kann. «Aber unter dem Strich hat es sich gelohnt.»

Ohne negative Konsequenzen

Dass in der Zukunft Sozialhilfebezüger auf dem ausgetrockneten Zürcher Wohnungsmarkt noch mehr Mühe haben werden, eine Wohnung zu finden, glaubt Henes nicht. «Um das zu vermeiden, wurden die Mietverhältnisse genau angeschaut und ausgewählt.» Und man dürfe nicht vergessen: «Es ist nicht unattraktiv, Sozialhilfeempfänger als Mieter zu haben. Weil der Staat für die Mieten aufkommt, haben Vermieter mehr Sicherheit.» *Alexandra Stark*

Weil der Staat Sozialhilfebezüger unterstützt, sollten die Mieten so tief wie möglich sein. Wie man zu diesen Mieten kommt, ist umstritten. *key*

WIE HOCH IST DAS SPARPOTENZIAL?

Würden schweizweit alle durch die Senkung des Referenzzinssatzes möglichen Mietpreisreduktionen eingefordert, könnten die Mieten der Sozialhilfeempfänger um 40 Millionen Franken sinken. Das hat eine von «10 vor 10» in Auftrag gegebene Studie herausgefunden. Wie gross das Sparpotenzial für Winterthur ist, kann nicht auf Franken und Rappen beziffert werden.

Auch wenn die Stadt sich noch nicht in der Lage sieht, das Sparpotenzial konkret zu beziffern, können doch Schätzungen gemacht werden:

- Im Juni 2015 sank der Referenzzinssatz letztmals, von 2 auf 1,75 Prozent, was laut Mieterinnen- und Mieterverband einer Mietzinsreduktion von circa 3 Prozent entspricht.
- Rund ein Drittel der Ausgaben für Sozialhilfe in der Stadt Winterthur werden für Mieten ausgegeben, 2014 belief sich dieser Betrag auf 26,2 Millionen Franken.
- Könnte man diese letzte Referenzzinssatz-Senkung vollumfänglich einfordern, könnte die Stadt zumindest theoretisch rund 750 000 Franken sparen.

Diese Schätzung ist konservativ: Denn der Referenzzinssatz ist seit 2009 in sieben Schritten von 3,5 auf 1,75 Prozent gesunken. Wer also schon länger in einer Wohnung wohnt und nie eine Reduktion bekommen hat, könnte weit grössere Reduktionen verlangen.

Eine andere Schätzung kann mit ersten Resultaten aus Zürich gemacht werden. Die Stadt spart laut der Sprecherin des Sozialamtes Beatrice Henes 65 000 Franken pro Monat, was 1 Prozent der Mietausgaben ausmacht. Umgerechnet auf die Mietausgaben von Winterthur würde dies einer Einsparung von knapp 22 000 Franken pro Monat entsprechen. *as*

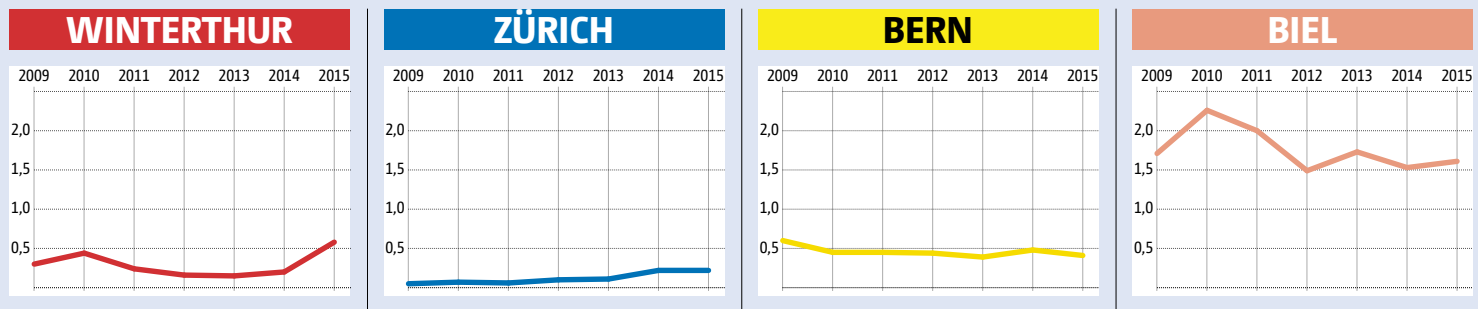
SO KOMMEN AUCH SIE ZU EINER REDUKTION

Anrecht auf einen tieferen Mietzins haben alle Mieterinnen und Mieter – nicht nur, wer Sozialhilfe bezieht. Welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen und wie Sie am besten vorgehen, können Sie hier nachlesen: www.mieterverband.ch/url/mietzinssenkung. *as*

MIETZINSREDUKTIONEN: JE MEHR WOHNUNGEN LEER STEHEN, DESTO GRÖSSER IST DER SPIELRAUM DES SOZIALAMTES

Vier Städte, vier verschiedene Ansätze, zu Mietreduktionen zu kommen. Was auf den ersten Blick wie zufällig erscheint, ist es nicht, sondern Ausdruck verschiedener Ausgangslagen: Je höher der Anteil leer stehender Wohnungen ist (siehe Grafiken rechts), desto mehr Handlungsspielraum haben die Behörden. In Biel, wo die Leerwohnungsquote am höchsten ist, sind die Behörden am strengsten. In Zürich, wo am wenigsten leere Wohnungen vorhanden sind, setzen die Behörden auf Freiwilligkeit, Information und konkrete Anleitung. Winterthur, wo die Situation etwas besser ist als in Zürich, nutzt den Spielraum noch gar nicht. *as*

Situation auf dem Wohnungsmarkt
(Anteil der leer stehenden Wohnungen 2015 in %)
Quelle: BWO



Ansatz, den das Sozialamt wählt:

Dem Bezüger überlassen
In Winterthur werden vom Sozialamt keine flächendeckenden Massnahmen ergriffen. Die Klienten sollten, vom Amt unterstützt, ihre Aufgaben möglichst selbstständig wahrnehmen, damit sie nach Beendigung der Sozialhilfe ihr Leben selber meistern können.

Vom Amt empfohlen
In Zürich hat die Stadt ihre Sozialhilfeempfänger per Post darüber informiert, dass sie selber bei ihren Vermietern Mietzinssenkungen einfordern können. Das Amt unterstützt seine Klienten dabei, indem es Vorlagen und Anleitungen zur Verfügung stellt sowie Beratung bietet.

Vom Amt vorgeschrieben
In Bern verlangt das Sozialamt von neu angemeldeten Sozialhilfeempfängern mit mehr als 1200 Franken Mietkosten, dass sie die Senkungen beim Vermieter einfordern. Die Behörden bieten Hilfe an, denn viele seien nicht in der Lage, Anträge alleine zu stellen.

Vom Amt organisiert
In Biel hat im Oktober eine städtische Mietfachstelle ihren Betrieb aufgenommen, die alle Mietverträge, aber auch Nebenkostenabrechnungen überprüft. Da die Stadt nicht die Mieterin ist, müssen die Bezüger mitziehen. Sonst droht ihnen eine Kürzung der Beiträge.

Vom Fussballer zum Unternehmer – Bengondos Zukunft hat schon begonnen

FUSSBALL «Irgendwann ist Schluss mit Sport», sagt Patrick Bengondo. Seit vier Jahren arbeitet der 34-jährige Captain des FC Winterthur deshalb an seiner zweiten Karriere: Als Unternehmer verkauft er Schienbeinschoner, die mit persönlichen Sujets bedruckt werden können.

Es war vor vier Jahren, an einem Heimspiel. «Wie immer kurz vor dem Match wollte ich meine Schienbeinschoner anziehen», erinnert sich Patrick Bengondo. Da sah er, dass die Namen seiner beiden Kinder Sam und Leti, die er mit Filzstift draufgeschrieben hatte, schon wieder verschmiert waren. «So konnte ich unmöglich aufs Feld!» Weil viele Spieler solche Rituale haben, kam er auf die Idee, Schienbeinschoner mit individuellen Sujets zu bedrucken. Mehrere Tausend Paare hat Bengondo nach eigenen Angaben in den letzten drei Jahren schon verkauft.

«Ich habe einen stark ausgeprägten Überlebensinstinkt.»
Patrick Bengondo

Zwei Grössen, die er selber entworfen hat und produzieren lässt, stehen zur Auswahl. In Winterthur werden die Rohlinge dann nur noch bedruckt und versiegelt. Die meisten Kunden wollen ihre Schoner mit dem Logo eines Vereins oder mit ihrer Nummer verziert haben. «Es gab aber auch schon mal einen, der wollte ein Bild von Jesus, der über das Wasser läuft. Und ein anderer hat sich den Hintern seiner Freundin im knappen Bikini auf die Schoner drucken lassen.»

«Bin sehr zufrieden»

Es sei ein idealer Job, schwärmt Bengondo. «Da ich keinen Laden habe, sondern nur meinen Webshop www.bdiamond.ch, kann ich von überall aus arbeiten, selbst wenn ich in Afrika bin.» Das heisse aber nicht, dass er an seinem baldigen Ausstieg aus dem Profifussball arbeite oder weg aus Winterthur wolle. «Ich fühle mich in Winterthur wohl, als Sportler wie als Unternehmer», sagt er. Dass er sein eigenes Unternehmen aufbaue, habe andere Gründe: «Ich habe einen stark ausgeprägten Überlebensinstinkt. Das liegt wahrscheinlich daran, dass ich mit 17 weg von meiner Familie in Akonolinga in Kamerun bin. Mir war damals schon klar: Ich muss es alleine schaffen oder ich schaff es nicht.»

Das Geschäft laufe gut, sagt Bengondo. «Wenn es so weitergeht, verdiene ich in einem Jahr genug, um davon leben zu können.» Genau in die Karten schauen lässt sich der Unternehmer aber nicht. Nicht beim Geschäft und auch nicht, wenn es darum geht, was seine Schienbeinschoner so speziell macht: «Es ist die Schutzschicht», verrät er. Mehr will er dazu aber nicht sagen: «Das ist wie bei Coca-Cola, dass ist das Rezept auch geheim!», sagt er und lacht.

Immer das Beste geben

Wie auf dem Sportplatz will er auch im Geschäftsleben nur sein Bestes liefern. Deshalb habe er lange getüftelt und an sich selber getestet. «Christian Leite, der damals Torwart war, kaufte mir vor drei Jahren als Erster ein Paar ab», erinnert sich Bengondo. «Dafür bin ich ihm bis heute dankbar.»

Der Schreck war deshalb gross, als Leite eines Tages zu ihm kam und ihm verstohlen einen defekten Schoner zusteckte. «Ich habe schnell gesehen, dass das ein Problem des Schutzüberzugs war. Zum Glück hatte ich erst drei Paare verkauft.» Seither arbeitet Bengondo mit einem Winterthurer Karosseriespezialisten zusammen und habe nie mehr Probleme gehabt. «Sie sind jetzt fast perfekt!» Was denn noch fehlt? «Nichts!», sagt er. «Ich bin einfach nie ganz zufrieden!»

Hin und wieder komme auch Kritik von Kunden, vor allem, dass die Schoner teurer seien als andere. «Das stimmt», gibt Bengondo unumwunden zu. Aber der Kunde müsse betreut werden, das Bedrucken und Versiegeln sei aufwendig. Dafür beschäftige er drei Leute. Er persönlich ist für die Qualitätssicherung zuständig. «Es geht alles durch meine Hände. Immer.»

Aufgeben ist keine Option

Er hat viel gelernt, nicht nur, was das Material angeht. Heute fange er zum Beispiel erst mit der Fertigung an, wenn der Auftrag bezahlt sei. Seine Fehler haben ihn aber nicht nur Zeit und Geld gekostet. Auch sein Glaube an das Gute im Menschen hat einen kleinen Knacks bekommen. «Das Schwierigste ist es, wenn dir nahestehende Leute dich kritisieren, aber nicht um dich weiterzubringen, sondern um dich zu bremsen.» Er könne schon nachvollziehen, dass man die Idee, aus Schienbeinschonern ein Business zu machen, schräg findet. «Aber: Wenn du jemanden nicht unterstützen kannst, brauchst du ihn doch nicht gleich zu entmutigen!»

Aufgeben war trotzdem nie eine Option. Im Gegenteil. Jetzt, wo das Geschäft mit den Schienbeinschonern etabliert ist, will er weiter wachsen. Mit T-Shirts und Kopfhörern. Auch die sind – wen wunderts? – bedruckbar.

Es sei der Instinkt, der ihn antreibe: «Fussballer glauben, sie könnten ein Leben lang Spitzensport betreiben», sagt er. Wer in der Schweiz spiele, verdiene nicht Millionen und habe nicht ausgesorgt. «Die Realität ist: Irgendwann ist es fertig. Wenn du Glück hast, kannst du diesen Zeitpunkt selber bestimmen. Wenn du Pech hast, übernimmt das dein Körper.» Auch ihn werde es treffen. Aber im Gegensatz zu anderen schaut er dieser Zeit entspannt entgegen. Es wird weitergehen. Anders. Aber auch gut. Und vor allem so, wie er will.

Alexandra Stark

Blickt optimistisch in die Zukunft: Der Captain des FC Winterthur ist auch Unternehmer. *Johanna Bossart*

Der Traum vom winterlichen Surfen im Sulzer-Areal wird wahr

SULZER-AREAL Das Geld für die stehende Welle in der Halle 1009 ist zusammengekommen. Ab Februar kann dort gesurft werden.

Die Eventfirma Pointbreak wollte in den letzten 30 Tagen 100 000 Franken für das Projekt «The Wave» sammeln. Am Sonntag ist die Sammelfrist abgelaufen. Lange sah es so aus, als ob die Initianten ihren Traum einer stehenden Welle begraben müssten. Doch in den letzten Tagen ist das Geld zusammengekommen. «Wir haben zwischenzeitlich schon etwas gezittert und freuen uns nun extrem, dass es geklappt hat», sagt Projektleiter Patrick Eichler. Allerdings mussten die Initianten ein bisschen nachhelfen.

Surfen auf einer künstlichen Welle soll in Winterthur bald möglich sein. *pd*

Gürtel enger geschnallt

Die Kosten für die 1,5 Meter hohe Welle, die in einem 30 auf 24 Meter grossen Becken stehen soll, belaufen sich auf rund 200 000 Franken. Die Hälfte decken Sponsoren, den Rest wollte man über die Crowdfunding-Plattform Ibelieveinyou.ch sammeln. Als sich abzeichnete, dass es knapp werden könnte, suchten die Verantwortlichen nochmals das Gespräch mit allen Partnern und so gelang es, die Kosten ein wenig zu senken. In der Folge konnten die Initianten einen Teil der Sponsoring-Gelder auf die Crowdfunding-Plattform übertragen.

«Wir wiesen die Initianten auf das Sulzer-Areal als Standort hin.»
Dave Mischler, Bereichsleiter Sport Stadt Winterthur

Einen Beitrag von 20 000 Franken steuerte zudem das Sportamt der Stadt Winterthur bei. Man habe die Idee von Beginn weg unterstützt: «Als wir hörten, dass die Initianten einen Standort suchten, wiesen wir sie darauf hin, dass es auf dem Sulzer-Areal eine Möglichkeit gäbe», sagt Sportamtschef Dave Mischler. Man habe zudem von Beginn weg signalisiert, dass das Sportamt bis maximal 20 000 Franken aus dem Sportförderungskredit beisteuern könnte. Als Gegenleistung sollen laut Mischler Schulklassen tagsüber kostenlos Surfsessions besuchen können.

Events geplant

Für die Initianten gibt es nun viel zu tun: «Wir sind in Kontakt mit den Baubehörden, um abzuklären, welche baulichen Massnahmen möglich sind. Zudem stellen wir ein Rahmenprogramm zusammen», sagt Eichler. An den Wochenenden sind verschiedene Veranstaltungen geplant. Die Welle wird voraussichtlich ab Mitte Februar für sechs Wochen zur Verfügung stehen. *Mirjam Fonti*

In Kürze

ST. GALLER GESCHNAPPT

Wilde Fahrt durch den halben Kanton

Ein 22-jähriger Kosovare aus dem Kanton St. Gallen hat am Freitagmorgen auf der A1 bei Zürich einen Unfall verursacht. Auch bei Lufingen und Pfungen hat der Mann laut Kantonspolizei trotz Gegenverkehr überholt, wodurch es zu Streifkollisionen kam. Verletzt wurde niemand. Abklärungen zeigten, dass der Mann in Winterthur sein Auto betankt hatte, ohne zu zahlen. Personen, die Angaben machen können, sollen sich bei der Kapo melden unter 052 208 17 00.

FLASCHE AUF DEN KOPF

Ein Trio verprügelt einen 16-Jährigen

Am Sonntag früh um 2 ist laut Stadtpolizei ein Jugendlicher an der Lagerhausstrasse von drei Männern angegriffen worden, einer schlug ihm eine Flasche über den Kopf. Grund war offenbar eine Flasche, die zu Boden fiel und die drei anspritzte. *mgm*

Schnäppchen drücken aufs Geschäft

WINTERTHUR Die Stimmung bei den Winterthurer Detailhändlern ist gedrückt. 2015 war ein schwieriges Jahr. Die Aussichten sind nicht viel besser, denn die Preise bleiben unter Druck. Davon profitieren die Schnäppchenjäger.

«Preisschock!», «Sale!», «Rabatt!», die purzelnden Preise haben gestern Tausende Shopperinnen und Shopper in die Marktgasse gelockt. «Gleich nach Weihnachten ist immer besonders viel los», sagt Judith Allenspach, Verkaufsleiterin beim Schuhgeschäft Peterhans. Auch wenn ihr Laden heute voll ist: 2015 haben ihr der Euroschock und die letzten viel zu warmen Monate einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Schwieriges 2015

Nicht nur ihr: «Ich bin froh, wenn 2015 vorbei ist», sagt Heinz Schudel, Geschäftsführer der Vereinigung Junge Altstadt. Das Jahr habe harzig begonnen, zum Glück sei es gegen Ende besser geworden. Unter dem Strich aber sei es ein schwieriges Jahr gewesen. «Der Euroschock hat nicht nur unsere Preise unattraktiv gemacht, die Leute sind verunsichert, weil sie nicht wissen, was mit ihren Jobs passiert. Da geben sie weniger Geld aus.»

Damit sind die Winterthurer Detailhändler nicht allein. 2015 war schweizweit ein schwieriges Jahr für den Detailhandel. «Für Fashion rechnen wir insgesamt mit einem Minus von drei bis vier Prozent», sagt Sandra Wöhlert, Analystin beim Marktforschungsinstitut GFK. «Die grossen Wachstumsjahre sind vorbei», erklärt sie. «Der Markt ist gesättigt, bei der Bekleidung ist er gar rückläufig.» Um trotzdem Kunden in die Läden zu bekommen, reduzieren Ladenbesitzer ihre Preise immer öfter auch während des Jahres. «Heute will jeder der erste sein mit noch billigeren Angeboten», sagt Heinz Schudel. Das sei ein Rennen, bei dem alle nur verlieren würden.

Kein Wunder also, wünschen immer mehr Detailhändler, dass der Ausverkauf zeitlich eingeschränkt wird. Erst kürzlich forderte Navyboot-Besitzer Philippe Gaydoul, den Ausverkauf auf zwei Phasen zu reduzieren. Dies würde der Regelung entsprechen, wie sie bis 1995 galt. Damals gab es im Januar/Februar sowie im Juli/August maximal drei Wochen Ausverkauf. «Wir von der Jungen Altstadt würden dies sehr begrüssen», sagt Schudel.

Herausforderung Online

Den Detailhändlern macht aber immer mehr auch die Onlinekonkurrenz zu schaffen. Der Anteil beträgt bei Bekleidung schweizweit zwar erst etwa elf Prozent des Umsatzes, er wächst aber schnell und kontinuierlich auf Kosten von Läden mit einem eigenen Lokal. Diese Entwicklung beobachtet auch Schudel mit Sorge. Trotzdem glaubt er an die Zukunft von Geschäften: «Wo sonst bekommen Sie Beratung und guten Service?» Seine Zuversicht teilt auch Sabine Salbrechter, Filialleiterin von Modissa: «Shopping ist viel mehr als Kaufen. Unsere Kunden können die Ware anfassen und anprobieren. Und wir können sie auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten beraten.»

Den Detailhändlern dürfte auch ein weiteres Phänomen helfen, wie das Beispiel des Schnäppchenjägers Vincenzo Guerrisi aus Winterthur zeigt. Vier Jeans, zwei Pullis und ein Paar Schuhe hat er sich gestern geleistet. «Ich habe mich vor Weihnachten extra zurückgehalten und auf den Ausverkauf gewartet», erzählt er und fügt dann lachend dazu: «Jetzt habe ich trotzdem mehr Geld ausgegeben, als ich wollte!»

Alexandra Stark

Grosszügige Rabatte: Des Schnäppchenjägers Freud ist des Ladenbesitzers Leid. *mad*

Datentank für Suchmaschine

RECHENZENTRUM Seit Anfang November betreibt die Walliseller Firma Datahub AG an der Zürcherstrasse in Töss ein Rechenzentrum für kleine, mittlere und grössere Unternehmen. Die auf 1100 Quadratmetern Fläche untergebrachten Server seien auf dem neusten Stand der Technik und optimal gegen Einbruch, Brand und Stromunterbruch gesichert, teilt das Unternehmen mit.

Auf die Computer von Datahub gezügelt wurden kürzlich auch die Daten des Egnacher Unternehmens Hulbee AG. Dieses stellt Software her und betreibt die Suchmaschine Swisscows, mit der sich das Internet nach Begriffen durchsuchen lässt. Im Gegensatz zu Google speichert Swisscows aber keine Daten der Benutzer ab und verkauft die Daten auch nicht weiter. *red*

In Kürze

AUSWEIS EINGEZOGEN

Mit 1,4 Promille unterwegs

Am Samstagabend hat die Stadtpolizei an der Weststrasse einen Autofahrer gestoppt. Ein Atemlufttest ergab, dass der 77-Jährige zu viel Alkohol im Blut hatte. Aufgrund des Resultates von 1,4 Promille ordnete die Polizei eine Blutentnahme an und zog den Fahrausweis ein. *red*

ANZEIGE

SCHON GEWUSST?

Sunrise hat das beste Netz für «mobile Telefonie».

connect
SEHR GUT
Sunrise
Mobilfunknetztest Heft 1/2016
www.connect.de/specials/netztest

Bestnote in der Kategorie «Mobile Telefonie» im Netztest.

Das macht Sinn. Sunrise

Mittwoch, 30. Dezember 2015 | AZ 8401 Winterthur | 179. Jahrgang, Nr. 302 | Fr. 3.20 | www.landbote.ch

Der Landbote

ZRZ Zürcher Regionalzeitungen

DAS WICHTIGSTE VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG

Vormittag 0°

Nachmittag 5°

WETTER SEITE 18

Jubeljahr 2016

Immer in Bewegung: Das Kunstmuseum Winterthur wird 100 Jahre alt. SEITE 4

Bye-bye Kyburg

Übermorgen existiert ihre Gemeinde nicht mehr. Kyburger erzählen, wie sich das anfühlt. SEITE 9

Auftaktspringen

Simon Ammann zeigte bei der Vierschanzentournee als 12. erstmals einen Telemark. SEITE 34

Jäger wollen einen nationalen OL in der Region abschiessen

REGION Im Blauenwald soll nächsten September ein nationaler Orientierungslauf stattfinden. Die lokalen Jäger wehren sich, sie wollen den Grossanlass verhindern.

Die Jäger im Blauenwald wollen keinen Orientierungslauf (OL). Ein solcher soll nächsten September zwischen Pfungen und Embrach stattfinden. Sie befürchten, dass das Wild gestört würde: «Ich bin gegen die Veranstaltung», sagt Kaspar Ganz, Verantwortlicher des Jagdbezirks Unterland. Der Druck auf die Tiere sei zu gross geworden: «In den letzten Jahren kommen zu viele Freizeitnutzer in den Wald, das Wild hat keine Ruhe mehr», so Ganz. Auch Max Keller vom Jagdbezirk Weinland, das mit Pfungen betroffen ist, will den OL nicht: «Wir stellen fest, dass Abkürzungen durchs Dickicht nicht selten sind. Das ist fürs Rehwild und für die Wildschweine schlimm.»

Durchführung ungewiss

Der schweizerische Verband für Orientierungslauf Swiss Orienteering hat den OLC Kapreolo, den grössten Klub des Kantons Zürich, damit beauftragt, einen nationalen Lauf durchzuführen. «Es ist für unseren Sport unabdingbar, dass uns der Zugang zum Wald offen bleibt», sagt Jörg Baumann, Präsident des OLC Kapreolo. Der Anlass konnte wegen des Orkans Lothar 1999 seit langem nicht mehr durchgeführt werden. Ob der Lauf mit erwarteten 1500 Teilnehmern im Blauenwald stattfindet, ist unklar: Läufe mit über 500 Teilnehmern müssen bei der grössten der betroffenen Gemeinden bewilligt werden – in diesem Fall Embrach.

Die Sitzung des Klubs mit Vertretern aus Forst, Jagd und den Gemeinden vom 27. Oktober hat zu keiner Lösung geführt. Ende November hat der OLC Kapreolo ein Gesuch eingereicht. Die Antwort der Gemeinde Embrach wird Mitte Januar erwartet.

Melanie Kollbrunner SEITE 11

top & flop

Von Angela bis Zuckerberg hat die Redaktion in all ihren Ressorts die Auf- und Absteiger des Jahres gekürt. Sie finden sie auf den SEITEN 1, 3, 11, 19, 23, 25, 27, 31 + 36

Man muss nicht mit ihr einiggehen. **Angela Merkels** Flüchtlingspolitik stellt die deutschen Kommunen vor grosse Herausforderungen. Bürgermeister maulen, Wutbürger toben: Wohin mit den Flüchtlingen? Wer bezahlt das alles? Und was geht uns das eigentlich an? Umso drängender ist die Anerkennung für Merkels Mut, am 4. September 2015 die Grenzen geöffnet zu haben. Sie nennt es den «humanitären Imperativ». Die Christdemokratin bewies Moral und Tugend in einer Zeit, in welcher der Rechtspopulismus mit seinen einfachen Lösungen auf dem Vormarsch ist. Merkel sagt: «Wir schaffen das.» Und sie glaubt daran, nachhaltige Lösungen zu finden. Denn sie weiss: Anders geht es nicht. *jig*

tugendsam niederträchtig

Er ist für viele der Inbegriff des Bösen: **Abu Bakr al-Bagdadi,** selbst ernannter Kalif und Chef der Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Auch in diesem Jahr wurde der Schreckensherrscher von der Militärkoalition gegen den IS wieder einmal für tot erklärt. Doch Totgesagte leben offenbar länger: Denn nachdem die Terrormiliz in Syrien und im Irak in den letzten Wochen an Boden verloren hatte, meldete er sich prompt in einer ihm zugeschriebenen Audiobotschaft zu Wort. Darin bekräftigte er seinen Aufruf an alle Muslime, sich am Jihad zu beteiligen, um den «Krieg der Ungläubigen» gegen den Islam zu stoppen. Klar ist: Selbst wenn sich die Aufnahme als echt erweisen sollte – potenzielle Nachfolger dürften wohl schon Schlange stehen. *tm*

Polizei sucht den Verursacher der 550-Meter-Ölspur

Das ist kein roter Teppich, sondern Granulat, mit dem die Ölspur (hier Ecke Stadthausstrasse/Bankstrasse) unschädlich gemacht wurde. *Alexandra Stark*

WINTERTHUR Ein bislang unbekanntes Fahrzeug, wahrscheinlich ein Lastwagen, verlor gestern kurz vor elf Uhr morgens eine erhebliche Menge Öl und hinterliess eine 550 Meter lange Spur – von der Stadthausstrasse Höhe Schmidgasse über die Bankstrasse bis zur Schaffhauserstrasse. Die Feuerwehr verteilte rotes Granulat, um das Öl zu binden. «Es kommt zwar hin und wieder vor, dass Fahrzeuge Öl verlieren, dass sie es über eine so lange Strecke tun, passiert nur sehr selten», sagt Remo Strehler, Einsatzleiter der Stadtpolizei. Einen Unfall habe es im Vorfeld nicht gegeben. Nach dem Fahrzeug wird noch gesucht. Wer Angaben machen kann, wird gebeten, sich bei der Stadtpolizei (052 267 50 80) zu melden. *as*

WAS SIE WO FINDEN

Agenda 15
TV/Radio 17
Sport 31

Todesanzeigen 14, 16
Veranstaltungen 35

Holdener mit Slalom-Exploit

LIENZ Die Skifahrerin Wendy Holdener egalisierte im Slalom von Lienz als Zweite ihr bestes Weltcupergebnis. Die 22-jährige Schwyzerin verpasste ihren ersten Sieg nur um sieben Hundertstel. Der Sieg in Osttirol ging an die Schwedin Frida Hansdotter. Spektakulär war die Männer-Abfahrt in Santa Caterina. Der Sieg ging unerwartet an den Franzosen Adrien Théaux. *si* SEITE 31

«Franz» gerät unter Druck

BERN Der grosse Sprachenkompromiss wankt. 2004 hatte man vereinbart, dass Primarschüler ab der 3. Klasse eine erste Fremdsprache lernen und ab der 5. Klasse eine zweite; eine davon musste eine Landessprache sein. Als erster Kanton verabschiedet sich nun der Thurgau von dieser Übereinkunft. «Franz» wird künftig nur noch auf der Oberstufe unterrichtet. *fab* SEITE 25

Nachtflug für Hüftoperation

ZÜRICH Während seiner Ferien hat sich der ehemalige Emir von Katar das Bein gebrochen. Deshalb ist er am 26. Dezember nach Zürich geflogen worden. Inzwischen sei er an der Schulthess-Klinik an der Hüfte operiert worden, teilt das Spital mit. Der Lufttransport der Königsfamilie sorgt für Kritik, weil dafür das Nachtflugverbot am Flughafen Zürich aufgehoben wurde. *red* SEITE 19

Sperrung gefordert

WINTERTHUR Die seit Jahren andauernde Diskussion rund um verkehrsberuhigende Massnahmen im Westen des Hauptbahnhofs geht in eine neue Runde. In Übereinstimmung mit Anwohnern schlagen Grüne und GLP vor, zwei Schleichrouten nachts und am Wochenende zu sperren. Der Stadtrat hatte dieser Forderung bereits zugesagt, das Projekt dann aber sistiert. *mcl* SEITE 3

ANZEIGE

GUTES NEUES JAHR!

Ihre persönliche Druckerei für Private, Firmen und Vereine.

ROHNER SPILLER
DRUCKEN MIT FORMAT
WWW.ROHNERSPILLER.CH

Abo-Service: 0800 80 84 80, abo@landbote.ch **Inserate:** Tel. 044 515 44 44, inserate@landbote.ch **Redaktion:** Tel. 052 266 99 00, redaktion@landbote.ch

Nur weiterschenken macht noch mehr Freude

WINTERTHUR Was tun mit Geschenken, die man nicht brauchen kann? Zurückgeben geht in den meisten Fällen nicht. Also ab in den Abfall oder in den Estrich? Nein! Schenken Sie sie doch weiter. Wir sagen Ihnen, wo Sie das tun können.

Auch in Winterthur freuen sich gemeinnützige Institutionen über weitergeschenkte Sachen. *Heinz Diener*

Schenken macht Freude. Manchmal aber vor allem dem Schenkenden. Was tun mit noch einem Pyjama? Dem Brettspiel, das man nicht gerne spielt? Der riesigen Pralinéschachtel, wo man doch nichts Süsses essen sollte? Genau: weiterverschenken! Was aber, wenn alle rund um einen herum auch alles schon haben?

Dafür gibt es seit 18 Jahren «2× Weihnachten». In dieser schweizweiten Aktion (siehe Box unten) transportiert die Post Pakete gratis zum Roten Kreuz, von wo die Geschenke dann an Bedürftige im In- und Ausland weitergegeben werden.

Lokal schenken

Auch in der Stadt Winterthur gibt es dankbare Abnehmer für diese Art von Geschenken: «Wir freuen uns sehr über pädagogisch wertvolle Geschenke wie zum Beispiel Gesellschaftsspiele, Lego, Puppen oder Bastelsachen», sagt Silvana Ferrari von Kofa Winterthur. Die Organisation unterstützt Familien und besucht diese zu Hause. «Zu diesen Besuchen bringen wir immer Spielsachen für die Kinder mit.»

Die Organisation «Tischlein deck dich» zum Beispiel setzt sich gegen die Verschwendung von Nahrungsmitteln ein und nimmt Lebensmittel entgegen (für genaue Infos siehe Box). Die Organisation mit Sitz in Winterthur versorgt damit pro Woche schweizweit rund 15 200 Menschen in Not mit Nahrungsmitteln.

Auch die Caritas ist eine dankbare Abnehmerin für Erwachsenen- und Kinderkleider, Taschen, Gürtel, Schuhe, Plüschtiere, Gläser, Geschirr etc. Die gemeinnützige Institution verkauft die Spenden dann zu günstigen Preisen in ihrem Laden an der Steinberggasse weiter.

Schon 20 000 Päckli

Die Post hat alleine für «2× Weihnachten» in diesem Jahr schon gegen 20 000 Pakete transportiert. Das sind etwa so viele wie im vergangenen Jahr. «Es läuft auch dieses Jahr gut», sagt Oliver Flüeler, Mediensprecher der Post. Die Aktion dauert noch bis zum 9. Januar (siehe Box links). Vor einem Jahr kamen während der Aktion insgesamt 76 000 Pakete zusammen.

Alexandra Stark

HIER KÖNNEN SIE IHRE PÄCKLI WEITERGEBEN

TISCHLEIN DECK DICH
Die Organisation nimmt in Winterthur an zwei Orten nicht abgelaufene und originalverpackte Nahrungsmittel entgegen, bei denen die Kühlkette eingehalten worden ist, und gibt sie dann an Menschen in Not weiter:

- Ref. Kirchgemeindehaus Wülflingen. Montags, 16.00–16.45 Uhr
- Chile Grüze, Industriestrasse 1. Freitags, 14.00–14.30 Uhr

Für weitere Informationen: **www.tischlein.ch**

CARITAS
Im Laden an der Steinberggasse 54 können Kleider (auch für Kinder), Stofftiere und Haushaltsgegenstände zu Ladenöffnungszeiten abgegeben werden (Mo–Fr 9–18.30, Sa 9–17 Uhr).

KOFA WINTERTHUR
Die Stelle für Familienbegleitung sucht Spielsachen. Bitte Mail an info@kofa-winterthur.ch.

2× WEIHNACHTEN
Die Post transportiert Pakete gratis, auf Wunsch wird es bei Ihnen abgeholt. Gefragt sind mindestens sechs Monate haltbare Lebensmittel, Toilettenartikel, Schulmaterial, neue Kinderschuhe (www.2xweihnachten.ch).

Welche Winterthurer Institution fehlt auf der Liste?
Schreiben Sie uns an webredaktion@landbote.ch; die aktualisierte Liste finden Sie auf www.landbote.ch. *as*

Stadtverbesserer

Blättern wir ein Jährchen um

Das lokalpolitische Jahr 2015 schliesst nicht auf der versöhnlichsten Note. Kurz vor dem kalendarischen Wechsel hat der ehemalige Stadtpräsident seinem Nachfolger noch das Etikett eines «Jammeri» angehängt. Der amtierende Stadtobere konterte und nannte seinen Vorgänger einen «Brandstifter». Das Echo solcher Nickligkeiten hallt dann in den Leserbriefspalten nach. Von «endlich spricht mal einer wahr» bis «abtreten heisst auch Klappe halten» reicht das Meinungsspektrum.

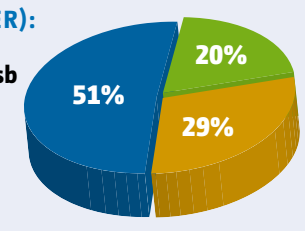
Damit verstärkt der Blick vor die eigene Haustür jenes diffuse Gefühl, das dieses Jahr in vielen wach wurde. Die Welt scheint aus den Fugen geraten. Hatte der Europäer – ob er nun Mitglied im Klub ist (alle anderen) oder nicht (wir) – zu Jahresbeginn noch das Gefühl, die grösste politische Krise sei die griechische Schuldenwirtschaft, klopfte plötzlich das Kriegs- und Flüchtlingselend an die Tür und warf Fragen auf, die man in der Beschaulichkeit der Schweizer Kommune nicht gewohnt war. Die lokalpolitische Problembilanz – etwa dass es nicht gelang, die Parkplatzfrage zu klären, oder dass sich das städtische Finanzproblem wegen steigender Sozialkosten weiter akzentuierte – verblasst vor den neuen, global gefärbten Herausforderungen. Und doch, ob im Kleinen oder im Grossen, fühlte sich das Jahr 2015 an wie eine «trümmlige» Rolle rückwärts.

Das Bild dazu geben die Berge. Dort liegen die Kunstschneepisten wie weisse Teppiche in der Landschaft. Und nicht nur die Touristen, auch mancher Flüchtling wird sich fragen: Sieht so die Alpennation Schweiz aus? Nein, sagt der Stadtverbesserer, der auch rhetorische Fragen beantwortet. Und: Es kommt wieder besser. Zwar wird nicht für jedes Problem eine Lösung flockig vom Himmel fallen. Aber jetzt blättern wir im Kalender um und bleiben optimistisch! *mcl*

Umfrage

FRAGE: Im vergangenen Jahr stand die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) massiv in der Kritik. Nun hat die Behörde der Bezirke Winterthur und Andelfingen reagiert und zieht eine externe Krisenintervention hinzu. Finden Sie dies richtig?

AUSWERTUNG (142 TEILNEHMER):



- **Nein, ich finde weiterhin, die Kesb sollte abgeschafft werden.**
- **Ja, die Behörde beweist damit, dass sie Kritik ernst nimmt.**
- **Das ist ein wichtiger Schritt.**

NEUE FRAGE: Sollen Menschen, die sich dem Islamischen Staat angeschlossen haben und danach in die Schweiz zurückkehren, bestraft werden?

STIMMEN SIE AB AUF: www.landbote.ch

UMFRAGE

Wie rutschen Sie ins Jahr 2016? Und welches war Ihre beste Silvesternacht?

Ashwini Anthony
19-jährig

«Ich gehe mit Freunden nach Zürich in die Rote Fabrik. Dort läuft eine Goa-Party. Eigentlich ist es mir nicht so wichtig, was ich an Silvester mache, sondern dass ich dann mit lieben Menschen zusammen sein kann. Mein schönster Silvester war letztes Jahr: Ich feierte mit meiner Familie in Sri Lanka. Aber wer weiss: Vielleicht kann ja die Goa-Party heute Abend alles toppen!»

Nicole Huijser
48-jährig

«An Silvester sollen vor allem die Jungen richtig feiern. Als wir etwa 20 waren, veranstalteten wir mit 10 anderen Pärchen zusammen eine Riesenparty. Über 60 Leute kamen, das war richtig toll! Heute gehen meine Kinder Party machen. Wir rutschen gemütlicher ins Jahr 2016: Um halb acht gehen wir in den Musik-&-Wort-Gottesdienst in Seen und danach feiern wir im kleinen Rahmen zu Hause.»

Blerim Alili
25-jährig

«Silvester ist für mich wie zweite Weihnachten. Denn da kommt unsere ganze Familie zusammen. Mal in Deutschland, mal in Italien, mal hier. Heute sind wir hier und machen ein Essen im Schloss Berg am Irchel. Mein lustigster Silvester war vor drei Jahren auf Malta: Ich traf dort per Zufall einen guten alten Freund und wir feierten so ausgiebig, dass ich am Morgen gar nicht mehr wusste wie.»

Ursula Eggenberger
81-jährig

«Ich finde den Rutsch in ein neues Jahr schon immer etwas Besonderes, auch wenn ich als 10-Jährige sicher aufgeregter war als heute. Heuer treffe ich mich entweder mit Freunden auf einen guten Schluck oder bleibe alleine, das weiss ich noch nicht. Mein speziellster Silvester war vor langer Zeit: Wir waren damals in Israel und konnten barfuss am Strand den Jahreswechsel miterleben.»

Karin Hartmann
22-jährig

«Ich mag es, mit den Liebsten ins neue Jahr zu starten. Dieses Jahr gehe ich mit Freunden nach Laax. Dort wollen wir zuerst gemütlich essen und auf das kommende Jahr anstossen und dann in einen Club gehen. Den aufregendsten Silvester hatte ich letztes Jahr: Ich war in Australien und konnte bei sommerlichem Klima das Feuerwerk über dem Sydney Opera House bewundern.»

Ivan Caruso
44-jährig

«Silvester ist für mich nicht so etwas Spezielles, es ist ja bloss ein Datumswechsel. Die christlichen Feiertage sind mir wichtiger. Aber ein bisschen feiere ich schon. Zusammen mit der Familie schauen wir immer spontan und machen es uns gemütlich. Eine Ausnahme war der Millenniumssilvester. Das war das einzige Mal, dass ich an einem Jahreswechsel tanzen ging, das war lustig.» *nh*

Wie viel Fluglärm muss sein?

TURBENTHAL Wenn am 12. Januar in Turbenthal Regierungsrätin Carmen Walker Späh und der Flugplatzchef Stefan Conrad sich der Bevölkerung und den Fluglärmgegnern im Tösstal stellen, dürften die Emotionen hochgehen. Hier die wichtigsten Fakten zur Diskussion.

Noch ist den Fluglärmgegnern der Humor nicht abhandengekommen. Als in der Nacht vom 25. auf den 26. Dezember unzählige Menschen durch drei Jumbos des Emirs aus Katar aus dem Schlaf gerissen wurden, kommentierte dies der Bürgerprotest Fluglärm Ost kurz später so: «Mögen in 2016 weder Beine noch Nachtruhe gebrochen werden.»

Die strikte Einhaltung des Nachtflugverbotes dürfte allerdings auch 2016 ein frommer Wunsch bleiben und an der Podiumsdiskussion am nächsten Dienstag (siehe Box) nur eines von vielen heissen Themen sein. Was zu reden geben wird:

Wie viel ist zu viel Lärm?

Weil Lärm die Gesundheit schädigen kann, wurden Grenzwerte festgelegt. Lärm kann aber auch dann belastend sein, wenn keine Grenzwerte überschritten werden. Um die Fluglärmbelastung zu monitorieren, wurde 2007 der Zürcher Fluglärmindex (ZFI) geschaffen. Durch das Monitoring sollen am Tag stark belästigte und in der Nacht stark gestörte Personen quantifiziert werden.

Welche Ausmasse hat die Lärmbelastung?

Lärm ist, wie die Karte rechts zeigt, rund um den Flughafen ein Thema. Seit 2010 übersteigt die Zahl der Lärmgestörten den Maximalwert des Zürcher Fluglärmindex. Im Jahr 2014, dem aktuellsten Berichtsjahr, waren es 61 000 Lärmbetroffene statt des Richtwerts von 47 000. Vor allem nachts waren es 75 Prozent mehr, als der Richtwert vorsieht. Dies ist insbesondere auf die starke Zunahme der Nachtflüge zurückzuführen.

Wie viele Nachtflüge gibt es?

2010 hat die Regierung eine Nachtflugsperre von 23 bis 6 Uhr eingeführt. Von 23 bis 23.30 Uhr können Verspätungen abgebaut werden. Diese Verspätungen sind aber längst keine Ausnahmen mehr, 2014 landeten 2000 Flieger zwischen 23 und 23.30 Uhr. Kritiker monieren, der Flugplan sei so eng, dass Verspätungen unausweichlich seien.

Welche Möglichkeiten gibt es grundsätzlich, die Lärmbelastung zu verringern?

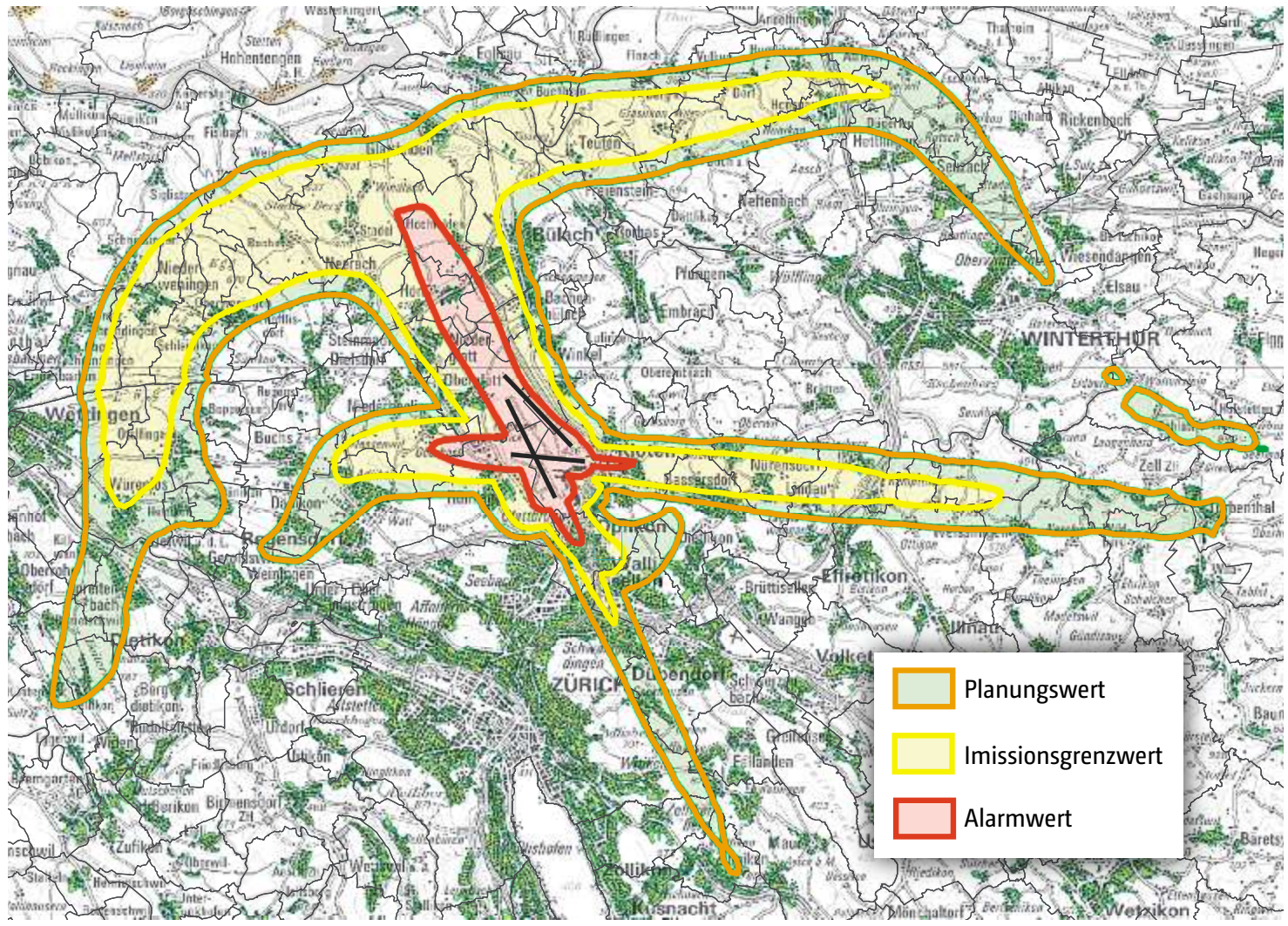
Ideen gibt es verschiedene, nicht alle sind gleich realistisch:

- Flugbewegungen reduzieren (wie z. B. die vom Bürgerprotest Ost geforderte Deckelung bei 250 000 Bewegungen pro Jahr).
- Zahl der Umsteigepassagiere reduzieren.
- Flugbewegungen besser kanalisieren.
- Bevölkerungszahl im Einzugsgebiet stabilisieren (die Bevölkerung wächst immer noch weiter).
- Leisere Flugzeuge einsetzen (wird von der Swiss vorangetrieben).
- Belastung geografisch besser verteilen.
- Wohnbauliche Massnahmen umsetzen (wird vom Kanton vorangetrieben).
- Strikte Einhaltung des Nachtflugverbotes (wird unter anderen auch vom Bürgerprotest Ost gefordert).

Warum ist es so schwierig, eine Lösung zu finden?

Der Konflikt umfasst verschiedenste Konfliktfelder, die eng miteinander verknüpft sind:

- Weiter wachsender Markt: Fliegen wird immer billiger, immer mehr Menschen fliegen. Damit nimmt die Zahl der Flüge weiter zu.
- Zielkonflikt des Kantons: Der Kanton muss von Gesetzes wegen die verkehrs- und volkswirtschaftlichen Interessen des Flughafens schützen, aber auch die Bevölkerung vor Lärm.
- Wirtschaftliche Interessen der Betreiber: Der Flughafen ist als Hub internationaler Konkurrenz ausgesetzt und will ein attraktives Angebot bieten, gerade auch für Anschlussflüge (Direktflüge in Metropolen sind auch ein Auftrag des Bundes).
- Unterschiedliche Interessen der Regionen: Jede Region, jeder Kanton versucht, die Fluglärmbelastung so klein wie möglich zu halten. In der Kritik steht vor allem der Süden des Flughafens, der weitere Überflüge kategorisch ablehnt.
- Rechtlich widersprüchliche Situation: Der Fluglärmindex wird seit 2010 überschritten, von Gesetzes wegen sind Massnahmen aber erst vorgesehen, wenn maximal 320 000 Flugbewegungen pro Jahr überschritten werden. Davon ist man weit entfernt.



Fliegen macht Lärm. Aber lange nicht überall gleich viel, wie diese Lärmbelastungskarte (Stand November 2015) zeigt. Deutlich zu sehen sind die An- und Abflugschneisen, insbesondere auch jene Route, die über das Tösstal führt. *Quelle Empa/Grafik da*

Wie steht es um den Staatsvertrag mit Deutschland?

Im Januar 2012 haben die Schweiz und Deutschland einen Staatsvertrag abgeschlossen, der die Streitigkeiten um Lärm durch Anflüge beilegen sollte. Deutschland hat den Vertrag bis heute nicht ratifiziert, da der Widerstand aus den betroffenen Regionen im Süden Deutschlands riesig ist. Der Vertrag ist auf Eis gelegt, eine Lösung ist nicht in Sicht.

Welches sind die Konsequenzen des fehlenden Vertrags?

Sollte der Vertrag mit Deutschland umgesetzt werden oder andere Beschränkungen der Anflüge aus Norden erfolgen, würden Pistenverlängerungen bei den Pisten 28 und 32 notwendig, um Kapazitätseinbussen zu vermeiden und – so der Flughafen – um die Sicherheit zu erhöhen. Dies würde vor allem für den Osten und den Norden eine zusätzliche Belastung mit sich bringen.

Welche Rolle hat der Bund?

Der Bund befürchtet, dass die Entwicklung des Zürcher Flughafens durch die Fluglärmdebatte blockiert werden könnte.

Im Entwurf des luftfahrtpolitischen Berichts regte der Bund letzten Sommer deshalb eine Kompetenzverschiebung vom Kanton an den Bund an. So sollen Grundsatzentscheide zu den Landesflughäfen mit referendumsfähigen Beschlüssen auf Bundesebene gefällt werden können. Die Bundesversammlung – und bei einem Referendum das Schweizer Stimmvolk – könnte künftig über die Zukunft des Flughafens Zürich entscheiden. Die Zürcher Regierung widersprach umgehend.

Im September hat der Bund zudem einen Entscheid des Zürcher Kantonsparlamentes umgestossen, die politisch umstrittenen Verlängerungen der Pisten 28 und 32 sind doch wieder möglich.

Wie geht es weiter?

Im November hat die Zürcher Regierung die Volksinitiative «Pistenveränderungen vors Volk» unterstützt. Diese verlangt, dass die Stimmberechtigten bei geplanten Änderungen am Pistensystem des Flughafens Kloten das letzte Wort haben sollen. Heute kann nur der Kantonsrat Ausbauten am Flughafen verhindern. Nur wenn er ein Bauvorhaben genehmigen sollte, kann heute das Referendum ergriffen werden. Bislang hat sich das Volk an der Urne immer für die Anliegen des Flughafens ausgesprochen – und damit gegen die der Fluglärmgegner. *Alexandra Stark*

PODIUMSDISKUSSION «MEHR FLUGLÄRM IM OSTEN»

Organisiert wird die Veranstaltung von den Gemeinden Bauma, Turbenthal, Weisslingen, Wila und Zell.

Wann: Dienstag, 12. Januar 2016, 19.30 Uhr
Wo: Grosshalle Turbenthal
Kurzreferate und Podiumsdiskussion mit:

- Carmen Walker Späh, Regierungsrätin Kanton Zürich
- Ralph Wiedenmann, Bürgerprotest Fluglärm Ost
- Stefan Conrad, COO Flughafen Zürich AG

Moderation:
Jakob Bächtold, stv. Chefredaktor «Der Landbote» *as*

Eine Ode an die neuen Einwohner der Stadt

ILLNAU-EFFRETIKON Dem neuen Gemeindeteil von Illnau-Effretikon Kyburg ist das neue Jahrheft gewidmet. Darin begeben sich die beiden Gemeindepräsidenten auf verschlungene Pfade.

Die Suche nach einem Grenzstein endete in der berühmten Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Ueli Müller, Illnau-Effretiker Stadtpräsident, und Kurt Bosshard, ehemaliger Gemeindepräsident von Kyburg, sind die 5,6 Kilometer lange ehemalige Grenze zwischen den beiden Gemeinden abgewandert.

Ausgangspunkt bildete der Dreiländerstein im Gebiet Bannhalden, nördlich von Kemleten, an den auch das Gebiet Winterthur-Töss grenzt. Doch auf Anhieb liess er sich nicht finden. Dank einer genauen Orientierungslaufkarte entdeckte OL-Läufer und Historiker Müller ihn doch noch – mitten im Wald und von Moos überwachsen.

Was die beiden auf ihrem weiteren Marsch sonst noch fanden und mit welchem «Frust» die Grenzbegehung endete, erfährt, wer das aktuelle Jahrheft der Stadt Illnau-Effretikon liest, das soeben erschienen ist. Herausgeber ist der Hotzehuus-Verein.

Es ist dem Thema Kyburg gewidmet, das seit dem 1. Januar als politische Gemeinde nicht mehr existiert, da sie in die Stadt Illnau-Effretikon eingemeindet wurde. Die Kyburger haben das Heft als «Willkommensgeschenk» ausnahmsweise kostenlos erhalten.

Historisches und Handfestes

Die 36-seitige Publikation, die jedes Jahr einem anderen Thema gewidmet ist, greift Historisches, aber auch ganz Handfestes auf. So porträtiert der pensionierte Illnauer Primarlehrer Martin Steinacher (der im Übrigen die meisten der zehn Artikel verfasste) das Ehepaar Rosmarie und Fred Rüst, das in Südafrika Kyburger Wein produziert.

Oder er gewährt einen Einblick in die Spinnerei Hermann Bühler AG, die sich in der nördlichsten Aussenwacht von Kyburg Mülau 200 Jahre lang gehalten hat. Martin Kägi, der das Unternehmen in siebter Generation führt, blickt optimistisch in die Zukunft. Der Eurokurs mache ihnen zwar stark zu schaffen. Dank innovativer Produkte glaubt er aber, weiter bestehen zu können.

David Gerig, ehemaliger Gemeindeschreiber von Kyburg, kommt ebenfalls zu Wort. Der 30-Jährige war im September 2011 angetreten, um mit der Eingemeindung seine eigene Stelle wieder aufzuheben. Gerig befasste sich schon vor Antritt seiner Stelle intensiv mit Gemeindefusionen: Er schrieb eine 127 Seiten lange Bachelorarbeit zum Thema. *Nadja Ehrbar*

Das **neue Jahrheft** kann für 10 Franken im Stadthaus Effretikon, in den Bibliotheken und auf der Post Illnau erworben werden.

In Kürze

WEISSLINGEN

Schutzwürdigkeit wird abgeklärt

Beim alten Sekundarschulhaus in Weisslingen ist eine energetische Hüllensanierung geplant. Vorab lässt der Gemeinderat jedoch die Schutzwürdigkeit des Gebäudes abklären und ein Gutachten erstellen. Dafür wurde ein Kredit von rund 4500 Franken bewilligt.

ZELL

Winterkino im Tösstal

Morgen Samstag zeigt das Schöntalkino in Rikon den Schweizer Filmklassiker «Hinter den sieben Gleisen». Das Freiluft-Filmerlebnis beginnt um 19 Uhr, ab 17 Uhr ist die Bar (mit Essen) geöffnet. Vor der Kälte schützen heisses Badewasser und Kirschsteinsäckli. *red*

www.schoentalkino.ch

25 Prozent weniger für dasselbe Gas

GASPREIS In Wiesendangen kostet Gas ein Viertel weniger als in Winterthur, und das, obschon die Gemeinde ihr Gas bei Stadtwerk Winterthur kauft. Pikant: Der Preisunterschied hat auch mit den leeren Kassen der Stadt zu tun.

Es sieht auf den ersten Blick paradox aus: Während Winterthur per 1. Januar 2016 die Gaspreise für Endkunden erhöht hat, senkt Wiesendangen diese rückwirkend auf den 1. Juli 2015 (siehe Box). Dabei handelt es sich sozusagen um dasselbe Gas, denn die Gemeinde Wiesendangen bezieht ihr Gas von Stadtwerk Winterthur.

Ein Rechenbeispiel illustriert die Dimension des Preisunterschieds: Um ein durchschnittliches Einfamilienhaus mit Gas zu beheizen, braucht man 20 000 Kilowattstunden Energie. In Winterthur zahlt der Hausbesitzer dafür 1680 (ohne Mehrwertsteuer), in Wiesendangen 1240 Franken. Das sind 440 Franken Unterschied. Wie kommt dieser zustande? – Eine Spurensuche.

1. Einkaufspreis

Eine mögliche, aber keine wahrscheinliche Erklärung für den Preisunterschied ist der Bezugspreis. Dass Stadtwerk das Gas an Wiesendangen unter dem Einkaufspreis verkauft, ist unwahrscheinlich. Gewissheit darüber schafft Sprecherin Maddalena Pellegrino allerdings nicht. Zu den Verkaufskonditionen für das Stadtwerk-Gas will sie unter Verweis auf die Konkurrenz am Markt nichts sagen.

2. Abgaben

Auslöser für den Preisanstieg in Winterthur per 1. Januar sei die letzte Erhöhung der CO_2-Abgabe, hatte Stadtwerk kommuniziert. Diese Abgabe müssen allerdings auch die Gaskunden in Wiesendangen bezahlen. Die Abgabe erklärt den Preisunterschied also nicht. Hingegen schlägt eine andere, nur kommunale Abgabe zu

> «Unser Netz muss ständig überwacht und unterhalten werden.»
>
> *Maddalena Pellegrino, Stadtwerk-Sprecherin*

Buche: Stadtwerk muss der Stadt aus dem Gashandel und der Gasverteilung eine finanzielle Vergütung abliefern. Beide Geschäftsfelder tragen demnach dazu bei, die Steuerkasse aufzubessern. 2014 belief sich der Beitrag aus dem Gasgeschäft auf vier Millionen Franken.

Umgerechnet auf die 2014 durchgeleitete Menge von 454,4 Millionen kWh, entspricht diese Abgabe 0.009 Franken pro Kilowattstunde. Für das Einfamilienhaus aus dem Rechenbeispiel summiert sich diese Abgabe auf 176 Franken pro Jahr. 40 Prozent des Preisunterschiedes sind damit erklärt.

3. Infrastruktur und Nutzung

Die restlichen knapp 270 Franken im Rechenbeispiel oder gut 60 Prozent des Preisunterschiedes wären damit den Infrastrukturkosten zuzuschlagen. Ist eine solche Differenz in der Praxis realistisch? «Ja», sagt dazu Simon Pfister, Dossierverantwortlicher Gas beim eidgenössischen Preisüberwacher. Je nach Netz gebe es deutliche Unterschiede bei Abschreibungen und Zinsen für das eingesetzte Kapital. Für ein weitgehend amortisiertes Netz seien die Kapitalkosten tief. Auch die Netztopologie, die durch historische Gegebenheiten nicht immer dem heutigen Optimum entspreche, beeinflusse die Kosten.

Auch Stadtwerk-Sprecherin Pellegrino sagt, das Betreiben eines grossen Netzes könne viel aufwendiger sein als das Betreiben eines kleinen, übersichtlichen Netzes. «Das 225 Kilometer lange Winterthurer Netz muss zum Beispiel ständig überwacht werden, wir brauchen Speicher, und es gibt einen 24-Stunden-Pikettdienst. Das alles ist nicht gratis», sagt sie. Das Winterthurer Netz werde zudem ständig unterhalten und erneuert. «Es ist auf 50 bis 70 Jahre ausgelegt. Es fallen somit auch Kapitalkosten an.»

Wesentlich weniger komplex ist die Situation in Wiesendangen: Die Gasversorgung wurde 1993/1994 erstellt und nur punktuell ausgebaut. Heute umfasst sie 5,8 Kilometer Leitungen, der Verbrauch entspricht dem von 310 Einfamilienhäusern aus dem Rechenbeispiel. Die Gemeinde führt für das Gaswerk eine eigene Betriebsrechnung. «Die Anlage ist vollständig abgeschrieben und das Spezialfinanzierungskonto weist einen Bestand von rund einer Million Franken aus», sagt Hans-Peter Höhener, der Gemeindeschreiber von Wiesendangen.

Eigentlich würden die finanziellen Mittel für einen Ausbau der Gasversorgung zur Verfügung stehen, nur würden heute bei Neubauten wegen des Minergiestandards umweltfreundlichere Energieträger bevorzugt. Es sei deshalb kein weiterer Ausbau auf Gemeindekosten geplant. Da in Wiesendangen nur eine Sorte Gas angeboten und halbjährlich aufgrund von Funkablesung abgerechnet werde, sei auch der administrative Aufwand klein.

Fazit

Der Gaspreis von Wiesendangen ist «ausserordentlich tief», wie Simon Pfister von der Preisüberwachung sagt. Im schweizweiten Vergleich sei aber auch Winterthur eher günstig. «Ein Sonderfall ist also eher Wiesendangen.»

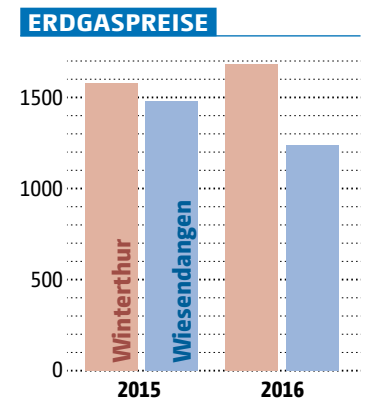
Alexandra Stark

FÜNF SORTEN GAS

In Winterthur können Kunden aus total fünf Gasprodukten wählen. In Wiesendangen hingegen wird nur eine Sorte angeboten, es ist das Gas, das in Winterthur als «e-Gas.Grau» verkauft wird. Das Rechnungsbeispiel im Lauftext bezieht sich deshalb nur auf diese Sorte.

Die letzten Preisänderungen: Mitte Dezember hatte Stadtwerk angekündigt, per 1. Januar die Gaspreise anzuheben. «E-Gas.Grau» kostet für Privatkunden mit einem Bezug zwischen 4500 und 1 Million Kilowattstunden pro Jahr neu 8,4 statt 7,9 Rappen pro Kilowattstunde. Wiesendangen will die Tarife rückwirkend auf den 1. Juli 2015 senken, von 6,5 auf 6,2 Rappen pro Kilowattstunde. Stadtwerk reduzierte letztmals per 1. April 2015 den Einkaufspreis wegen der tiefen Dollar- und Eurokurse. «Wiesendangen wollte die Entwicklung abwarten und gibt nun rückwirkend auf Juli 2015 die günstigeren Konditionen den Bezügern weiter», sagt Hans-Peter Höhener, der Gemeindeschreiber von Wiesendangen. *as*

ERDGASPREISE



So viel kostet es in Winterthur und Wiesendangen, ein Einfamilienhaus ein Jahr lang mit Gas zu beheizen (in Franken).

Grundlage: Erdgas «grau», 20 000 kWh/Jahr, Preise 2015 vor 1. Juli, 2016 ab 1. Januar.

Quelle Stadtwerk Winterthur, Gemeinde Wiesendangen, Grafik ak

«Positives Echo»: IG-Chef Markus Läderach bei der Verteilaktion. *hd*

Umfrage zum Bahnhof

REUTLINGEN Die Ortsvereine Reutlingen und Stadel führen aktuell eine Umfrage zum von der Schliessung bedrohten Bahnhof Reutlingen durch. Am Dienstag und gestern verteilten Vereinsmitglieder einen Fragebogen, auf dem nach der Nutzung der Station gefragt wird. Die Reaktion der Passagiere sei positiv, berichtet Reutlingens Ortsvereinspräsident und IG-Bahnhof-Chef Markus Läderach, der selber bei widriger Witterung an der Verteilaktion teilnahm. Allein vorgestern seien 160 Zettel verteilt worden, viele wurden schon retourniert. Erste Bilanz: «Die meisten fänden eine Schliessung schlimm.» Nach einer Flyeraktion nächste Woche wird die Umfrage ausgewertet.

Winterthurs kleinster Bahnhof (400 Passagiere pro Tag) muss für viel Geld behindertengerecht gemacht werden. Die Stadt, die den Bahnhof besitzt, will nicht zahlen und die Station schliessen. *gu*

Grosses Interesse, nur vereinzelt Sorgen und Skepsis

VELTHEIM Gut 300 Personen haben den Infoabend über die Flüchtlingskirche Rosenberg besucht. Wer wüste Worte der Bevölkerung und offene Ablehnung erwartet hatte, wurde eines Besseren belehrt.

Nachdem der Architekt und Kirchenpfleger Markus Jedele im Detail und im Bild gezeigt hatte, wie aus dem Gotteshaus eine Flüchtlingsunterkunft wird, hatte der erste Fragesteller aus dem Publikum einen eher überraschenden Einwand: «Warum hat man die Häuschen innen weiss ausgestrichen? Naturholz wäre doch viel angenehmer gewesen.»

Und auch in der nächsten Frage ging es um das Wohlbefinden der Flüchtlinge: «Gibt das keine Geruchsemissionen in der Kirche, wenn so viele dort wohnen?» Die Kirche Rosenberg habe eine Lüftung und Frischluftzufuhr, antwortete Jedele. Doch er habe noch nie 50 Personen in einer Kirche untergebracht, ergänzte er. Sollte der Geruch zum Problem werden, werde man gewiss auch dafür eine Lösung finden. Pragmatisch und sachlich verlief der Infoabend am Dienstag, das Interesse der Quartierbevölkerung war riesig, der Saal im Kirchgemeindehaus Veltheim über den letzten Platz hinaus besetzt. Auf der Bühne sassen Stadtrat Nicolas Galladé (SP) und Dieter Wirth, Chef der Sozialen Dienste, Kirchenpfleger Jedele und Kirchenpräsident Ueli Siegrist, Pfarrer Arnold Steiner sowie Stadtpolizist Reto Muggler. Und mittendrin: Moderatorin Karin Landolt.

Applaus für Stadtpolizist

Stadtpolizist Muggler sagte, die ersten Erfahrungen mit der neuen kantonalen Unterkunft unter dem Schulhaus Mattenbach seien gut: «Aus Sicht der Polizei läufts meist ruhig.» Man habe mal zwei «Fremdschläfer» erwischt, die einem anderen Kanton zugeteilt waren, doch sonst seien es die «üblichen Probleme, wenn hundert Männer beisammen sind».

Muggler war es auch, der die einzige Frage, aus der eine wirklich ernsthafte Sorge sprach, solide und sachlich beantwortete. Die Mutter einer 13-Jährigen hatte sich besorgt gezeigt, ihre Tochter alleine durchs Quartier gehen zu lassen, wenn Männer mit zu viel Testosteron in der Kirche Rosenberg wohnen. «Könnte man dort nicht ausschliesslich Familien unterbringen?», fragte sie. Nein, das gehe nicht und das sei auch nicht erwünscht, entgegnete Stadtrat Galladé. Eine Durchmischung sei die bessere Lösung. Und Muggler sagte, er verstehe die Sorge, er habe selber Kinder. Aber es sei festzuhalten: «Flüchtlinge sind nicht per se kriminell.» Dafür gabs Applaus, wie zuvor auch die fragestellende Mutter Zustimmung erhalten hatte.

Zivilschützer sind derzeit noch daran, die Kirche Rosenberg neu einzurichten. In wenigen Tagen soll alles bereit sein für die ersten Flüchtlinge. *Marc Dahinden*

> «Flüchtlingen, die sich vom Stundenschlag gestört fühlen, sage ich: Daran müsst ihr euch gewöhnen, ihr seid hier zu Gast.»
>
> *Ueli Siegrist, Kirchenpräsident*

Wie lange bleiben die Flüchtlinge hier? war eine weitere Frage. «Bis sie eine Wohnung gefunden haben», sagte Stadtrat Galladé, die Integration geschehe übers Wohnen wie auch über die Schule, die Arbeit, die Vereine. Und man gehe davon aus, dass diese Leute sehr lange, wenn nicht für immer in der Schweiz bleiben würden.

Wird die Flüchtlingskirche nach zwei Jahren vom Provisorium zu Providurium? wollte ein Anwohner wissen. Sie sei nun für zwei Jahre der Stadt vermietet, erklärte Kirchenpflegepräsident Ueli Siegrist: «Eine allfällige Verlängerung ist nicht mehr in der Kompetenz der Kirchenpflege, sondern des Kirchenrats.» Doch die Pflege beginne, sich Gedanken zu machen über die künftige Nutzung. Ideen seien noch keine diskutiert, der Stadtverband müsste die nötige Renovation zahlen.

Der Stundenschlag bleibt

Auf eine weitere Frage sagte Siegrist: Das liturgische Geläut sei abgestellt, doch der Viertelstundenschlag tagsüber bleibe. Nachts sei er in Veltheim ohnehin bereits eingestellt. Nachfrage: Und wenn sich Flüchtlinge darüber beklagen? «Dann sage ich ihnen: An das müsst ihr euch gewöhnen, ihr seid hier zu Gast.» *Martin Gmür*

Diesen Samstag, 13.30 bis 15 Uhr, kann die Kirche besichtigt werden.

Von Addis Abeba nach Schlatt

ASYLVERFAHREN Mehr als 2500 Asylsuchende sind in der Region Winterthur untergebracht. Organisiert wird die Verteilung von verschiedenen Behörden. Wer wo wohnt, entscheidet aber trotzdem vor allem der Zufall.

Rund 39 000 Personen haben 2015 in der Schweiz Asyl beantragt. Die Gemeinden des Kantons Zürich müssen insgesamt 8513 Asylsuchenden Obdach bieten. Fünf von ihnen muss zum Beispiel Schlatt aufnehmen, 23 Weisslingen und 746 Winterthur (siehe «Landbote» vom 9. Januar 2016). Wer entscheidet, wer wohin kommt?

Das Schema rechts zeigt grundsätzlich den Weg, den jeder Asylsuchende durchlaufen muss: Asylsuchende müssen ihren Antrag an einem der fünf nationalen Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ) stellen, zum Beispiel in Kreuzlingen. Von dort werden sie einem Kanton zugewiesen, zum Beispiel dem Kanton Zürich. Welcher Kanton wie viele Menschen aufnehmen muss, regelt der Bund.

Umfassende Koordination

Im nationalen Empfangszentrum bekommen die dem Kanton Zürich zugewiesenen Asylsuchenden ein Zugticket nach Zürich ausgestellt. Sie fahren ohne Begleitung im Zug in die Stadt, wo sie sich dann am Schalter des kantonalen Sozialamtes melden müssen.

Von dort werden sie an ein kantonales Durchgangszentrum zugeteilt, in der Region Winterthur also zum Beispiel nach Lindau. Auch diesen Weg machen sie wieder unbegleitet mit dem Zug. «Bei der Zuteilung der Asylsuchenden berücksichtigen wir nach Möglichkeit die besonderen Bedürfnisse von Familien oder weiblichen Einzelpersonen», sagt Jürg Schuler, der Leiter der Asylkoordination des kantonalen Sozialamtes. «Grundsätzlich erfolgt die Zuteilung aber nach Belegungsstand in unseren Unterkünften.»

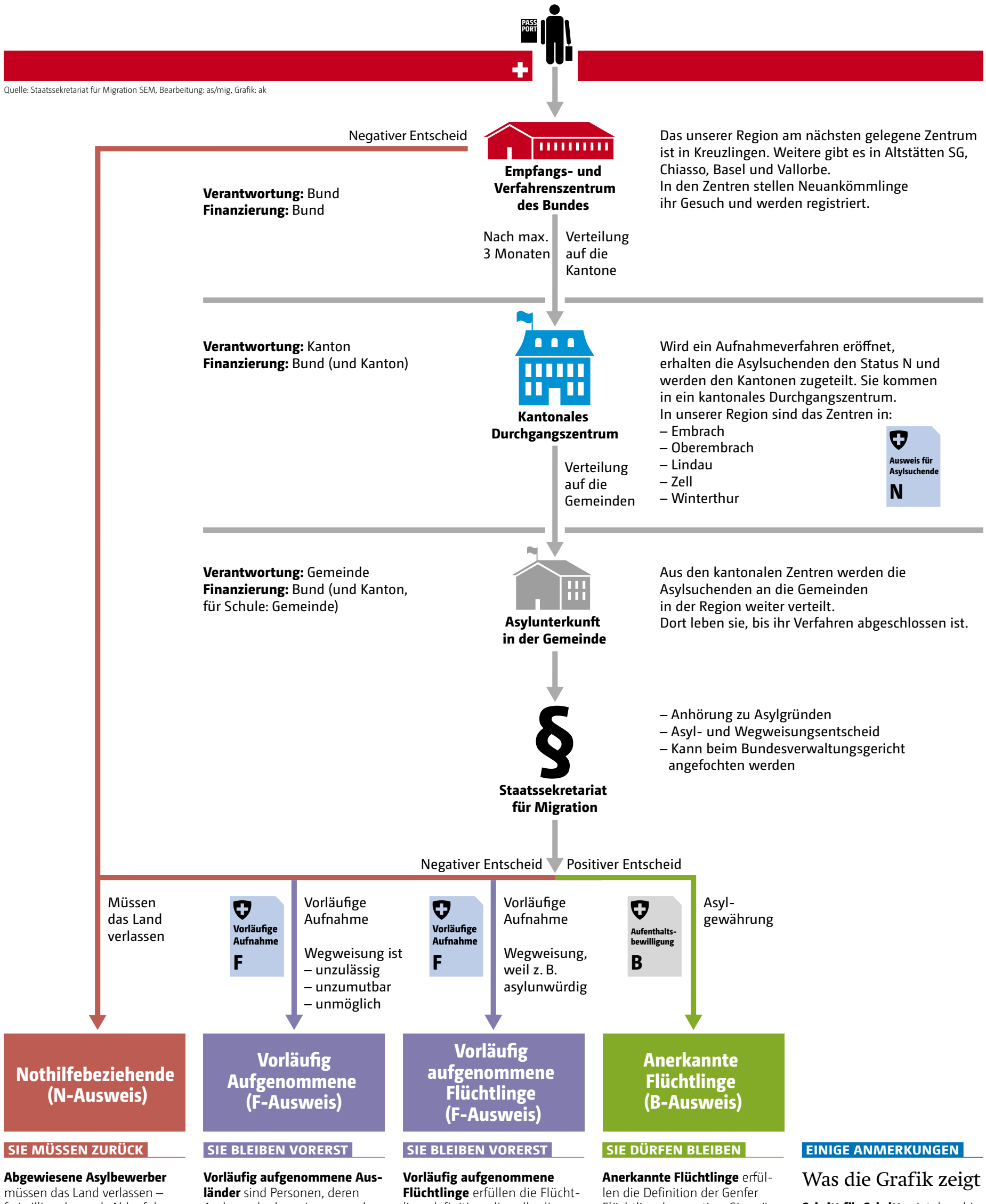
Aber auch die kantonalen Zentren sind für die Asylsuchenden nur eine Durchgangsstation. Von dort werden sie dann wiederum weiter an die Gemeinden vermittelt – zum Beispiel nach Schlatt, Weisslingen oder Winterthur. Auch bei der Verteilung auf die Gemeinden entscheiden freie Plätze sowie besondere Bedürfnisse von Familien und Frauen darüber, wer genau wohin kommt. In den Gemeinden bleiben die Asylsuchenden, bis ihr Verfahren abgeschlossen ist. Im Durchschnitt dauert ein Verfahren rund 260 Tage.

Beschleunigung in Verzug

Dieser Prozess soll durch die vom Parlament ausgearbeitete Reform des Asylprozesses beschleunigt werden. Die Reform sieht im Wesentlichen vor, dass die meisten Asylverfahren nach maximal 140 Tagen abgeschlossen werden können. Während dieser Zeit sollen die Asylsuchenden in Bundeszentren untergebracht werden.

Ob das neue Verfahren überhaupt zur Anwendung kommen wird, wird das Volk entscheiden müssen. Denn am vergangenen Donnerstag hat die SVP bei der Bundeskanzlei nach eigenen Angaben 65 000 Unterschriften gegen die geplante Revision eingereicht. Sie wehrt sich insbesondere gegen eine kostenlose Rechtsvertretung, auf die Asylsuchende in der neuen Regelung ein Anrecht haben sollen. Und sie will nicht, dass der Bund im Asylwesen mehr Kompetenzen erhält.

Alexandra Stark



Mittwoch, 20. Januar 2016 | AZ 8401 Winterthur | 180. Jahrgang, Nr. 15 | Fr. 3.40 | www.landbote.ch

HEUTE: FESPO-Magazin

Der Landbote

ZRZ Zürcher Regionalzeitungen

…ON WINTERTHUR UND UMGEBUNG

Vormittag 0°

Nachmittag 2°

WETTER SEITE 18

Überraschung

Obwohl Rafael Nadal am Australian Open bereits gescheitert ist, bleibt er zuversichtlich. **SEITE 31**

Treppen zur Uni

Das Zürcher Tiefbauamt zeigte Visionen zur Erschliessung des Uniquartiers. **SEITE 21**

Koko La Douce

Sie kommt aus Winterthur – und bringt Glanz in die Welt: in Las Vegas und Zürich. **SEITE 23**

Freiwillige machen Wintersport in der Region erst möglich

REGION Winterliche Temperaturen, Sonne und Schnee. Auch der Region stehen perfekte Tage für Wintersport vor der Tür. Ohne Hunderte von Freiwilligen wäre das aber nicht möglich.

Auch am Tellerlilift gehts nicht ohne die Unterstützung ehrenamtlicher Hände: Erster Skitag 2016 in Wildberg. *Marc Wegmüller*

«Wegen des Geldes muss man das sicher nicht machen», sagt Martin Schoch, Betriebsleiter des Skilifts in Fischenthal. Das sei schon immer so gewesen. 1985 hat seine Familie den damals vom Abriss bedrohten Skilift gekauft. «Ich habe dort Ski fahren gelernt und ich will, dass die Kinder weiterhin hier Ski fahren lernen können», erklärt er seine Motivation. 300 Stunden Fronarbeit steckt er pro Jahr rein, unterstützt von seiner Familie und anderen Freiwilligen. «Wenn der Lift läuft, kann ich den Helfern einen kleinen Lohn zahlen.» Ist der Winter schlecht, muss die Familie auch mal drauflegen. «Die Fixkosten fallen auch dann an, wenn der Lift nicht läuft.»

Riesiges Engagement

Je über ein Dutzend Skigebiete und Langlaufloipen gibt es im Zürcher Oberland. Dass in der Gegend so viel geboten wird, hängt vom Engagement Privater ab. Wie viele Freiwillige den Winter über genau im Einsatz sind, ist nicht bekannt. Eine kleine Umfrage unter Skilift- und Loipenbetreibern zeigt, alle sind auf unentgeltlich helfende Hände angewiesen.

«Mit kleinen Skiliften verdienen Sie kein Geld», sagt Roger Walser, Präsident und Geschäftsführer des Ostschweizer Verbands der Seilbahnunternehmungen. Ohne finanzielle Unterstützung, Freiwilligenarbeit und manchmal auch Querfinanzierung zum Beispiel durch eine Beiz sei es nicht möglich, einen Lift zu betreiben. «Ohne Enthusiasten gäbe es keine kleinen Skilifte.»

Genau gleich tönt es bei den Langläufern: «Ohne Freiwilligenarbeit gäbe es die Hälfte der Loipen in der Schweiz nicht», sagt Mariette Brunner, Präsidentin von Loipe Schweiz. «Bei kleinen Gebieten hängt der Tagesbetrieb oftmals ganz vom Engagement Freiwilliger ab.»

Wohin in den Schnee?

Ein Beispiel ist die Loipe bei Weisslingen. Betrieben wird sie vom Verein «Loipeschliicher Wislig». «Wir haben eine Riesenfreude, auf der eigenen Loipe zu laufen», sagt der Präsident Daniel Ehrensperger. «Geld zu verdienen, ist nicht unser Ziel.» An guten Tagen nutzen bis zu 150 Leute die Loipe, auch Gäste. In einem guten Jahr sei die Piste 80 Tage gespurt. Alleine die tägliche Instandhaltung brauche zwei Stunden. Dafür erhalten die Freiwilligen eine kleine Spesenentschädigung. Der Verein finanziert sich weitgehend über den Verkauf des schweizweit gültigen Langlaufpasses und Spenden.

Je zehn Loipen, zehn Skigebiete, unzählige Schlittelhänge und Winterspazierwege sind gerüstet für die kommenden Tage. In der Nacht auf den Sonntag ist auch noch Vollmond. Nachtskifahren oder eine Schneeschuhwanderung wird so erst recht zum Erlebnis. *Alexandra Stark* **SEITE 3**

Flüchtlinge im Gegenwind

BRÜSSEL Einzelne EU-Länder diskutieren in Anbetracht des Zustroms von Flüchtlingen immer offenere Lösungen, die bisher als tabu galten: geschlossene Grenzen, Internierungslager, schnelle Rückweisungen und Obergrenzen. Die Innenminister von Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei forderten gestern einen besseren Schutz der Aussengrenzen, geschlossene Lager und Möglichkeiten zur schnellen Rückführung. Österreichs Aussenminister Sebastian Kurz empfahl eine Obergrenze für die Zahl der Flüchtlinge. Es sei «klar, dass sich die unhaltbare Situation vom vergangenen Jahr 2016 so nicht wiederholen kann».

In den ersten 17 Tagen des neuen Jahres sind bereits 30 000 Flüchtlinge in Griechenland angekommen. Und die Strategie, die Türkei zur Eindämmung der Zuwanderung einzubeziehen, scheint ins Leere zu laufen. Keine guten Aussichten. *red* **SEITE 29**

Lötschberg ist gähnend leer

LÖTSCHBERG Wo der BLS-Projektleiter Daniel Pixley im Durchzug steht, ist es gähnend leer. Im Lötschberg ist eine 14 km lange zweite Röhre ausgebrochen – aber es gibt keine Gleise. Seit seiner Eröffnung ist der 35 km lange Basistunnel deshalb teilweise einspurig und ein Engpass. Für Pixley ist es ein Schildbürgerstreich, dass man die zweite Röhre nicht vollendet hat. *svb* **SEITE 24**

WAS SIE WO FINDEN

Agenda 14
TV/Radio 17
Sport 31

Todesanzeigen 12, 16
Veranstaltungen 34

ANZEIGE

Horte früher öffnen

WINTERTHUR Eine klare Mehrheit des Winterthurer Gemeinderats fordert ein zusätzliches Betreuungsangebot von der Stadt. Mit einem Postulat verlangen die Grünliberalen, die FDP sowie die Linksparteien, dass die städtischen Horte morgens bereits um sieben Uhr ihre Tore öffnen. Die Linken versprechen sich davon eine Entlastung berufstätiger Eltern, die FDP will mit der Massnahme den Arbeitsmarkt flexibel halten. *mpl* **SEITE 5**

Partnerin beinahe getötet

ANDELFINGEN Das Bezirksgericht Andelfingen hat gestern einen Iraker zu sechs Jahren Haft verurteilt, weil er am 21. Dezember 2014 seine Lebenspartnerin während eines Streits fast tötete. Die Gewalttat spielte sich in der Asylunterkunft in Kleinandelfingen ab. Der Verurteilte wird bereits seit rund einem Jahr in der Psychiatrischen Klinik Rheinau therapiert. *mab* **SEITE 11**

Mehr Theater statt Fernsehen

WINTERTHUR Trotz einer guten Einschaltqoute von über 30 Prozent hat Viktor Giacobbo am Montag das Ende seiner Satiresendung mit Mike Müller verkündet. Statt Fernsehen will er wieder mehr Theater machen. Eine genaue Karriereplanung habe er aber noch nicht gemacht. Über die Nachfolge hält sich Giacobbo bedeckt. «Aus dieser Frage halte ich mich raus.» *red* **SEITE 5**

Fehler in SBB-Mitteilung

ELGG Wie angekündigt beginnen die SBB diesen Monat mit dem Bau zweier Überholgleise bei Elgg. Allerdings hatte sich in dieselbe Meldung auch ein Fehler zum zukünftigen Fahrplan mit Auswirkungen auf Elgg eingeschlichen. Davon liess sich Gemeindepräsident Christoph Ziegler nicht beirren, er äussert aber seinen Unmut über zu wenige Informationen seitens der SBB zu den Ausbauplänen für den Bahnhof Elgg. Diesem und einem neuen Bahntechnikhäuschen wollen sich die SBB in zwei weiteren Etappen widmen. *nid* **SEITE 10**

ANZEIGE

Abo-Service: 0800 80 84 80, abo@landbote.ch **Inserate:** Tel. 044 515 44 44, inserate@landbote.ch **Redaktion:** Tel. 052 266 99 00, redaktion@landbote.ch

Endlich ist der Winter da – was die Region alles zu bieten hat

SKI & CO. Die kommenden Tage bringen auch in der Region perfektes Winterwetter mit sich. Nichts wie weg in den Schnee. Wir haben zusammengetragen, wo Sie in den nächsten zwei Wochen etwas erleben können.

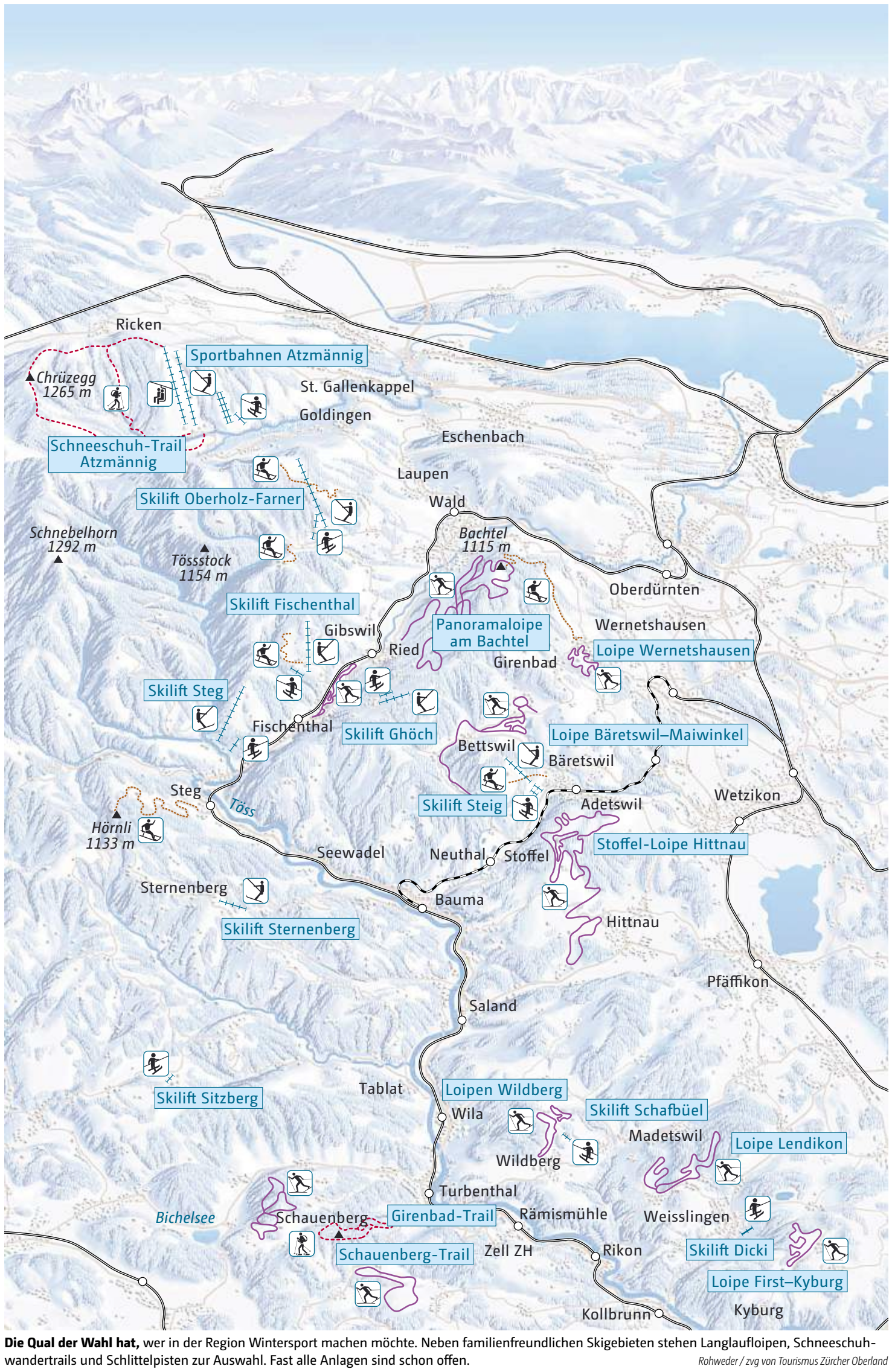
Lange haben wir auf den Winter gewartet. Nun ist er endlich auch bei uns angekommen. Ausserdem verspricht das Wetter am Wochenende wunderbar zu werden – kalt und sonnig. Und als ob das nicht genug wäre: In der Nacht auf Samstag ist auch noch Vollmond.

Die Skigebiet- und Loipenbetreiber der Region haben in den vergangenen Tagen intensiv gearbeitet, um für das kommende Wochenende gute Verhältnisse zu schaffen. Das ist vor allem in den tieferen Lagen nicht ganz einfach. Zwar ist am letzten Wochenende Schnee gefallen, aber er ist pulvrig. Der für den Dienstag angekündigte Schnee war nicht so intensiv wie erhofft. Einige Anbieter wie zum Beispiel Fischenthal haben deshalb mit der Schneekanone nachgeholfen.

Die unten aufgeführten Tipps haben wir gestern Dienstag zusammengetragen. Bevor Sie also am Wochenende losfahren, prüfen Sie bitte die Angaben im Internet noch einmal (siehe Box unten rechts).

Die konkreten Tipps, die Sie nachstehend finden, beziehen sich auf den Zeitraum bis Ende Januar 2016. Eine Umfrage bei den regionalen Skigebieten zeigt, dass einige Veranstaltungen wie zum Beispiel ein Skirennen zwar angedacht, aber im Internet noch nicht aufgeschaltet sind. Diese Liste ist also nicht vollständig. Auch deshalb lohnt es sich, immer wieder auf den Webseiten der einzelnen Skigebiete nachzuschauen.

Alexandra Stark



Die Qual der Wahl hat, wer in der Region Wintersport machen möchte. Neben familienfreundlichen Skigebieten stehen Langlaufloipen, Schneeschuhwandertrails und Schlittelpisten zur Auswahl. Fast alle Anlagen sind schon offen.

Rohweder / zvg von Tourismus Zürcher Oberland

Nachtskifahren

Wo: Skilift Schafbüel
Wann: 22. Januar, 19–21 Uhr, Barbetrieb bis 24 Uhr
Kosten: 5 Franken
Nur bei guten Verhältnissen (www.skifahren-wildberg.ch)

Wo: Atzmännig
Wann: 20.–22. Januar, 19.15 – 22 Uhr
Kosten: 35 Fr. inkl. Fondue
Reservation: 055 284 64 34

Wo: Skilift Dicki, Weisslingen
Wann: 22. Januar, 19.30–22 Uhr
Kosten: 10 Fr. für Erwachsene, 6 Fr. für Kinder

Wo: Skilift Sitzberg
Wann: 22. und 29. Januar, 18.30–21.30 Uhr
Kosten: 7.50 Fr. für Erwachsene, Kinder 5 Fr.

Wo: Skilift Oberholz-Farner, Wald
Wann: 20. und 27. Januar, 18.30–21 Uhr
Kosten: 15 Fr. für Erwachsene, 10 Fr. für Kinder

Plauschskirennen

Wo: entweder beim Skilift Ghöch oder beim Skilift Bäretswil (wird am Mittwoch bestimmt)
Wann: 31. Januar (Verschiebungsdatum noch offen)
Weitere Infos: auf der Webseite www.skiliftbaeretswil.ch

Wo: Skilift Schafbüel
Wann: 31. Januar (Verschiebungsdatum 7. Februar, Details www.skifahren-wildberg.ch)

Schneeschuhwandern bei Vollmond

Wo: Atzmännig
Wann: 23. Januar (Vollmond)
Geführte Schneeschuhwanderung mit anschliessendem Fondue
Preis: 77 Fr. inkl. Schneeschuhmiete, Führer, Apérogetränk und Fondue
Anmeldung obligatorisch: 055 284 64 34
Achtung: beschränkte Platzzahl

Wo: Skilift Bäretswil, Besammlung beim Skibeizli
Wann: 23. Januar (Vollmond), ab 19 Uhr
Geführte Schneeschuhwanderung. Wer keine eigenen Schneeschuhe hat, kann beim Organisator welche mieten, bitte frühzeitig melden.
Anmeldung erwünscht: 079 481 71 02, emil.kaegi@bluewin.ch

Skischule

Die Skigebiete eignen sich hervorragend für den Einstieg. An vielen Orten werden Skikurse angeboten. Die Angebote unterscheiden sich stark. Informationen finden Sie auf den Webseiten der jeweiligen Skigebiete. Was oftmals vergessen geht: Auch kleine Gebiete haben Skischulen. Die folgende Auflistung ist nur eine Schule von vielen.
Wo: Ghöch
Wann: 23./24., 30./31. Januar
Samstag 13.30–15.30 Uhr
Sonntag 10–12, 13.30–15.30 Uhr
Kosten Halbtag: Ski 25 Fr., Snowboard 35 Fr.
Keine Voranmeldung möglich.

Langlauf

Wo: Verschiedene Langlaufloipen stehen in der Region zur Verfügung (siehe Karte links). Noch sind nicht alle im Vollbetrieb. Über den Zustand der Piste geben die einzelnen Betreiber Auskunft, die Nummern sind auf den jeweiligen Webseiten zu finden, sie alle aufzuzählen, ist hier nicht möglich.
Preis: Einige Loipen sind gratis, auf anderen muss ein kleines Entgelt gezahlt werden. Auf allen ist der Schweizer Loipenpass gültig.

Schlittschuhlaufen

Für die natürlichen Eisfelder muss es noch länger kalt sein.

Schlitteln

Wo: Start beim Berggasthaus Hörnli
Wann: keine Öffnungszeiten
Schlitten: Schlitten können im Restaurant gemietet werden.
Infos: www.berggasthaus-hoernli.ch/schlittler.html

Wo: Start beim Bachtel Kulm – Ziel in Wermetshausen
Wann: keine Öffnungszeiten
Schlitten: müssen selber mitgebracht werden.

Wo: Farneralp
Wann: keine Öffnungszeiten
Schlitten: können im Bergrestaurant ausgeliehen werden
Infos: www.farneralp.ch

WINTERSPORT IN WINTERTHUR

Wintersport Auch die Stadt hat einiges an Wintersport im Schnee zu bieten – wenn er denn liegt. Im Moment ist die Schneedecke allerdings noch zu dünn, um die Langlaufloipe auf dem Eschenberg zu spuren. Auch schlitteln kann man dort noch nicht.

Langlaufinteressierte können sich beim städtischen SMS-Dienst anmelden und erhalten aktuelle News zu den Pistenverhältnissen. Senden Sie dazu eine E-Mail mit dem Betreff «Start» und Ihrer Handynummer an sportamt@win.ch.

Auch die Schlittenfans, die in der Stadt die Hänge runterfetzen wollen, müssen sich noch ein bisschen gedulden. Man kann an vereinzelten Orten schon schlitteln, die Verhältnisse sind aber noch nicht optimal.

Auf der Seite des städtischen Sportamtes (bit.ly/1Po5oDf) zeigt eine Karte, wo es sich in Winterthur lohnt, schlitteln zu gehen. Insgesamt sind 13 Schlittelhänge in der Karte eingetragen. Praktisch ist: Man kann sich anzeigen lassen, wie man mit ÖV und Auto hinkommt. *as*

WEITERFÜHRENDE LINKS

Die Schneeverhältnisse in der Region Winterthur können sich schnell ändern. Aktuelle Informationen zur Qualität der Pisten, zu den Öffnungszeiten und ihren Angeboten stellen die Skigebiete und Loipenbetreiber im Internet zur Verfügung. Auf folgenden Seiten finden Sie nützliche Informationen:

Interaktive Karte mit allen Wintersportangeboten der Region:
bit.ly/1Qbxrcd
Schneebericht und Zustand der Anlagen im Zürcher Oberland:
bit.ly/1JWjsI1
Information über Schneesport im Zürcher Oberland:
bit.ly/1RxY5PL
Linkliste mit den Skiliften der Region:
bit.ly/1SuimGb
Linkliste mit Loipen der Region:
bit.ly/1QbJOVO
Wintersport in der Stadt Winterthur:
bit.ly/1Po5oDf
Links zu den Tourismusorganisationen der Region:
www.zuerioberland-tourismus.ch
www.winterthur-tourismus.ch

Der Landbote
Donnerstag, 21. Januar 2016

«Ein Zentrum für alle Fragen zur Natur»

WINTERTHUR Das Naturmuseum bekommt eine neue Direktorin. Daniela Zingg-Fraefel, bisher Stellvertreterin, übernimmt am 1. März die Geschicke des Hauses. Ihr Ziel ist es, Natur für möglichst viele erlebbar zu machen.

Im Internet finde ich heute doch alles. Warum soll ich überhaupt noch ins Museum?
Daniela Zingg-Fraefel: Bei uns können Sie alles eins zu eins anschauen. Sie können zwar nicht alles anfassen, aber Sie können es aus allen Perspektiven betrachten. Im Internet gibt es zwar viele Informationen, aber die Auseinandersetzung, die stattfindet, wenn man gemeinsam ins Museum geht und mit einer Fachperson über etwas diskutieren kann, wird das Internet nie ersetzen können.

Früher ging man ins Museum, um etwas von der Welt zu erfahren. Heute reisen die Menschen selber. Ist das Interesse dadurch kleiner geworden?
Nein, ganz im Gegenteil! Viele kommen mit Fragen, zum Beispiel zur Tierwelt, zurück, die ihnen vor Ort nicht beantwortet werden konnten. Das übernehmen dann wir.

Das Museum ist 100 Jahre alt …
Das Museumsgebäude ist 100 Jahre alt. Die Sammlungen gibt es schon länger, die ältesten stammen aus dem 17. Jahrhundert. Bis 1916 gehörten sie aber zur Bibliothek. Eines der ältesten Objekte ist das Krokodil, das auch ausgestellt ist.

Wie kam das denn hierher?
Es waren Händler, die Souvenirs mitbrachten. Weil diese Objekte so eng mit der Winterthurer Geschichte verknüpft sind, haben sie für uns einen hohen lokalhistorischen Wert. Das sind Zeitzeugen. Ein Papagei ist also nicht einfach ein präpariertes Tier, er hat eine Geschichte. Und diese Geschichte möchten wir erzählen.

Heute wäre es wohl gar nicht mehr möglich, alle diese Exponate einzuführen.
Das stimmt. Gerade deshalb ist es wichtig, diese Objekte gut zu erhalten. Unsere Sammlung umfasst rund 120 000 Objekte, vom Minischneckenhäuschen bis zum präparierten Elch.

Warum ist es wichtig, all diese Objekte zu erhalten?
Weil sie uns helfen können. In den 1980er-Jahren wollte man in den Alpen Bartgeier wieder ansiedeln. Da sie aber ausgestorben waren, wusste man nicht, welche Unterart des Bartgeiers überhaupt in den Alpen gelebt hat. Durch DNA-Proben von präparierten Tieren konnte man das dann herausfinden und nach möglichst ähnlichen Unterarten suchen. Wir sammeln heute kaum mehr Tiere.

Warum nicht?

> «Das Internet wird das Erlebnis im Museum nie ersetzen können.»
> *Daniela Zingg-Fraefel, designierte Direktorin Naturmuseum Winterthur*

Viele Tiere, wie zum Beispiel Schmetterlinge, sind vom Aussterben bedroht, da ist es nicht in Ordnung, sie zu sammeln. Es ist sinnvoller, Sammlungen zu erhalten, die vor Jahrzehnten gemacht worden sind. Sie führen uns übrigens auch vor Augen, wie viele Tierarten verschwunden sind.

Sie arbeiten seit zwanzig Jahren für das Naturmuseum. Was hat sich verändert?
Die Besucher. Die Menschen sind sich immer weniger daran gewöhnt, lange Texte zu lesen. Sie wechseln viel schneller von einem Objekt zum anderen. Deshalb fokussieren wir viel mehr und setzen vermehrt die Objekte ins Zentrum. Die sollen ihre Geschichte erzählen können.

Was wird sich in den nächsten 20 Jahren ändern?
Unsere Dauerausstellung ist zehn Jahre alt. Wir werden sie sicher ersetzen, das wird aber noch einige Jahre dauern. Erste Ideen haben wir aber schon.

Was wollen Sie von Ihrem Vorgänger beibehalten?
Ich möchte weiterhin viele verschiedene Zielgruppen ansprechen. Ein Highlight sind die Führungen für Demente.

Was werden Sie anders machen als Ihr Vorgänger?
Ich bin Zoologin und Geobotanikerin, deshalb möchte ich den Schwerpunkt mehr auf Pflanzen und Tiere setzen, ohne aber die Bemühungen, ein breites Publikum anzusprechen, zu vernachlässigen.

Viele Museen haben sich in den letzten Jahren neu erfunden. Im Berner Naturhistorischen Museum zum Beispiel gibt es die «Bar der toten Tiere».
Ich bin offen für neue Ideen. Mir ist der Austausch mit den Besuchern sehr wichtig. Die Menschen sollen ihre Erlebnisse und Fragen einbringen und mit uns diskutieren können. Ich möchte, dass das Museum ein Besucherzentrum für alle Fragen rund um Natur wird.

Ist das vor 100 Jahren gebaute Museumsgebäude für neue Ideen nicht ein Hindernis?
Nein, gar nicht. Ich finde es toll, mit dem Kunstmuseum unter einem Dach zu sein. Wir haben auch schon zusammen Ausstellungen gemacht. So können wir auch Türöffner werden für andere kulturelle Institutionen.

Was darf man im Museum auf keinen Fall verpassen?
Die Fischsaurier im Untergeschoss! So schöne Exemplare wie bei uns gibt es nur an ganz wenigen Orten.

Interview: Alexandra Stark

Teilt ihre Begeisterung für die Natur gerne: Daniela Zingg-Fraefel, neue Leiterin des Naturmuseums. *Nathalie Guinand*

ZUR PERSON

Daniela Zingg-Fraefel ist stellvertretende Leiterin des Naturmuseums Winterthur. Die 46-Jährige hat an der Universität Zürich Biologie studiert und sich in Betriebswirtschaft und museologischen Fächern weitergebildet.

Seit 1996 arbeitet sie im Museum, erst als Vermittlerin, dann als Museumspädagogin und Kuratorin. Seit 2009 ist sie Stellvertreterin von Hans-Konrad Schmutz, der im Frühling in den Ruhestand tritt. *as*

Obergericht verwahrt Kindsmörder aus Altersgründen nicht

ZÜRICH Die Frage war, ob Kindsmörder G. sich ein drittes Mal in die Lage bringen könnte, sein Kind töten zu wollen. Weil er bei seiner Entlassung wohl zu alt sei, um noch eine Familie zu gründen, entschied sich das Obergericht gestern gegen seine Verwahrung.

Das Zürcher Obergericht entschied gestern, dass Kindsmörder G. nicht verwahrt wird. Das Urteil des Winterthurer Bezirksgerichts wurde jedoch vollumfänglich bestätigt: Der heute 66-jährige, mehrfach vorbestrafte Vater und Kaufmann muss für den Mord an seinem fünfjährigen Sohn Florian 18 Jahre ins Gefängnis. Die vom Obergericht zu beantwortende Frage war nur noch, ob G., der 2010 im Winterthurer Hotel Krone seinen Sohn Florian umbrachte, therapieunfähig ist und deshalb nicht gleich lebenslang verwahrt werden müsste.

Die Staatsanwaltschaft hatte Letzteres gefordert, weil G. vor dem Mord an Florian bei der Scheidung seiner ersten Ehe Anfang 90er-Jahre schon einmal versucht hatte, einen Sohn umzubringen, und sich deshalb bei frühzeitiger Haftentlassung und trotz fortgeschrittenen Alters ein drittes Mal in die Lage bringen könnte, dem Mitglied einer weiteren Familie Gewalt anzutun.

Therapeutisch unerreichbar

Um einen klaren Beschluss fällen und begründen zu können, musste das Obergericht das Urteil um beinahe ein Jahr vertagen. Im März 2015 hatten sich der Gerichts- und ein privater Gutachter bezüglich der Therapiefähigkeit von G. noch widersprochen. Zwar attestierten beide Seiten dem zweifachen Familienvater eine «schwere paranoide Persönlichkeitsstörung mit narzisstischen Zügen». Der von G. engagierte Privatgutachter hielt zusätzlich aber auch eine autistische Persönlichkeitsstruktur für möglich, aufgrund der das Gericht eine Minderung der Schuldfähigkeit hätte in Betracht ziehen können. Zudem behauptete G. vor Bezirks- wie vor Obergericht selber, er sei therapiefähig und wolle seinen Autismus gemäss dem Privatgutachten therapieren lassen.

Laut dem Gerichtspräsidenten Daniel Bussmann geht nun aber aus dem amtlichen Gutachten hervor, dass G. therapeutisch nicht erreichbar ist. «Er hat nur Interesse an einer Autismusdiagnose, nicht aber an seiner Tat.» Auch habe G. bis heute kein klares Geständnis abgelegt. Vielmehr sehe er sich zwar in der Verantwortung für Florians Tod, wolle sich aber nicht daran erinnern, die ihm vorgeworfene Tat begangen zu haben.

Dass er diese begangen hat, bestritt nicht einmal sein Verteidiger. Gemäss Obergericht kann heute auch einwandfrei bewiesen werden, dass G. seinen Sohn nach dessen Betäubung mit Schlafmitteln mit einem Kissen erstickt hat und dass er seine Tat wohlüberlegt durchführte, um die Mutter dafür zu bestrafen, dass sie ihn verlassen hatte und im Sorgerechtsstreit ihre berechtigten Ansprüche geltend machte.

> «Er hat nur Interesse an einer Autismusdiagnose, aber nicht an seiner Tat.»
> *Daniel Bussmann, Oberrichter*

Alter als massgeblicher Faktor

Sämtliche Gutachter kamen zum Schluss, dass bei G. ein erhebliches Risiko besteht, erneut einen Kindsmord zu begehen, würde er wieder in eine Trennungssituation geraten. Das Obergericht erachtet es aber als wenig wahrscheinlich, dass er nach seiner allfälligen Entlassung im Alter von mindestens 75 Jahren nochmals eine Familie gründet, und entschied sich deshalb dagegen, ihn lebenslang zu verwahren. «Das Alter ist in diesem Fall der massgebliche prognostische Faktor», so Bussmann. Bei der Verhandlung 2015 hatten die Ankläger noch ins Feld geführt, bei Menschen wie G. nehme «der Starrsinn», also auch die Rückfallgefahr, mit dem Alter zu. Entsprechend wollte die Staatsanwaltschaft gestern noch nicht entscheiden, ob sie die Forderung nach G.s Verwahrung ans Bundesgericht weiterzieht.

Thomas Möckli

Neue Motortechnologie aus Winterthur startklar

INDUSTRIE Ein in Winterthur entwickelter Schiffsmotor, der mit Gas, wenig Diesel und fast ohne Schwefelausstoss funktioniert, ist einsatzbereit.

Laut Mitteilung von Winterthur Gas & Diesel (WinGD) hat der erste hier entwickelte Diesel-Gas-Motor, der mit einem Niederdruck-Gaseinblassystem ausgerüstet ist, die Typenprüfung in China bestanden. Damit sei diese Duel-Fuel-Technologie «uneingeschränkt für die kommerzielle Anwendung als Schiffsantrieb einsatzbereit». Effektiv arbeitet der Motor mit Gas, ganz wenig Diesel brauchts nur, um das Gasgemisch zu zünden. Weil Gas keinen Schwefel enthält, ist der Schwefelausstoss sehr gering.

Nach der Typenprüfung sollen erste Motoren dieser Art schon diesen Monat in China ausgeliefert und in Tanker einer dänischen Reederei eingebaut werden. Diese verkehren laut Mitteilung hauptsächlich in nordeuropäischen Gewässern, wo die Schwefelemissionen stark limitiert sind. WinGD war früher Wärtsilä, noch früher Sulzer Diesel und ist heute chinesisch. *mgm*

Winterthurer Technologie auf dem Prüfstand in China: Test bestanden. *pd*

«Werden das intern nochmals prüfen»

SOZIALPOLITIK Die Stadt zahlt einer eritreischen Flüchtlingsfamilie einen Teil an ihre Reise in den Sudan. Der Leiter der Sozialdienste erklärt, wie dies die Integration fördern soll.

Herr Wirth, wie die «Weltwoche» schreibt, finanziert das Departement Soziales einer eritreischen Flüchtlingsfamilie eine Reise in den Sudan mit, an die Grenzen ihrer Heimat. Warum?

Dieter P. Wirth: Erlauben Sie, wenn ich hier etwas aushole. Die Familie bezieht Sozialhilfe und geniesst als anerkannte Flüchtlinge den Status B. Als Sozialbehörde haben wir einen gesetzlichen Integrationsauftrag zu erfüllen. Schweizer und ausländische Klienten behandeln wir dabei gleich und orientieren uns an den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos), die ebenfalls verbindlich sind. Anerkannte Flüchtlinge geniessen grundsätzlich Reisefreiheit, ausser sie reisen in ihr Herkunftsland. Unterstützte Ferien- und Erholungsaufenthalte sind möglich, sofern sie der Integration dienen.

Sie sprechen hier die sogenannten «situationsbedingten Leistungen» an. Im Fall der eritreischen Familie sollten die Kinder ihre Familie im Sudan treffen. Inwiefern soll das die Integration fördern?

Wenn ein Kind nach mehreren Jahren in der Schweiz erstmals seine Grosseltern trifft, die im Ausland leben, kann das seine Entwicklung und Identitätsbildung sehr wohl positiv beeinflussen. Wir wägen das jeweils im Einzelfall sorgfältig ab. Viele Faktoren spielen dabei eine Rolle: unter anderem die soziale Situation der Familie, der Stand der Integration, die Integrationsbemühungen, die Entwicklung der Kinder und so weiter. Hier sind wir sehr restriktiv.

Es sind Fälle von Eritreern bekannt, die illegal ihr Heimatland besucht haben. Wie können Sie das bei einer Familie ausschliessen, die ins Nachbarland Sudan reisen will?

Ausschliessen können wir nichts. Aber wir können die Glaubwürdigkeit abschätzen, mit der jemand seine Reise plant. Die Kontrolle obliegt dem kantonalen Migrationsamt. Klar ist: Wer illegal in sein Heimatland einreist, verwirkt sein Aufenthaltsrecht.

Klar ist auch, dass es angesichts steigender Kosten im Asyl- und Sozialwesen politisch heikel ist, solchen Luxus zu finanzieren.

In diesem Fall kamen wir zum Schluss, dass die Zusammenführung der Familie durchaus Sinn macht. Wir finanzieren bei dieser Reise nur einen Teil für die Kinder, insgesamt 400 Franken. Diese liegen innerhalb des Budgets für Freizeitaktivitäten und machen nur einen Teil der gesamten Reisekosten von 3400 Franken aus. Ausserdem unterstützen wir die Familie, indem wir Gesuche bei privaten Organisationen stellen, um den Rest zu finanzieren. Bei den fünf Gesuchen, die wir im letzten Jahr gestellt haben, hat die Stadt insgesamt 1700 Franken in Aussicht gestellt. Zum Vergleich: Wir betreuen insgesamt 3500 Sozialhilfefälle, die jährlichen Gesamtkosten belaufen sich netto auf 51 Millionen Franken.

Es ist ein Einzelfall, die Signalwirkung aber bleibt: Winterthur muss sparen und finanziert seinen Sozialhilfeempfängern die Ferien.

Das ist die Interpretation der «Weltwoche». Von «Finanzieren von Ferien» kann nicht die Rede sein, wir ermöglichen die Reise lediglich. Unsere internen Umsetzungsrichtlinien sind strenger, als es die Skos-Richtlinien erlauben würden. Beiträge an Reisen im Rahmen der situationsbedingten Leistungen (siehe Kasten) zahlen wir ausschliesslich an Kinder. Im Fall der Familie sind es 400 Franken, die wir an die Gesamtreisekosten von 3400 Franken beisteuern. 2014 haben wir knapp 5,7 Millionen Franken für situationsbezogene Beiträge ausgegeben. Das Spektrum dafür ist äusserst breit. Beispiele sind krankheits- und behinderungsbedingte Ausgaben, Sprachkurse, aber auch die Mitgliedschaft in einem Sportverein können wir unterstützen.

> «Von Finanzieren der Ferien kann nicht die Rede sein.»
>
> *Dieter P. Wirth, Leiter Soziale Dienste*

Den Grossteil der Reisekosten sollen Stiftungen und karitative Organisationen zahlen.

Ja. Im letzten Jahr waren es insgesamt rund 8500 Franken, und dafür sind wir unseren Partnern sehr dankbar. Schauen Sie, Ziel der Sozialhilfe und der situationsbedingten Leistungen ist es, dass wir Kinder so fördern, dass sie aus der Sozialhilfe herauswachsen. Langfristig gesehen hilft das, die Kosten insgesamt zu senken oder immerhin zu erreichen, dass sie weniger stark steigen.

In Eritrea muss eine staatlich und privat finanzierte Reise einladend wirken. So etwas spricht sich herum. Wägt ein Sozialarbeiter solche Fragen ab?

Die Grosswetterlage abzuschätzen ist eine politische Überlegung, die allenfalls in die Gesetzgebung einfliessen muss. Aber die Sozialarbeitenden haben im Rahmen der Richtlinien jeden Fall einzeln abzuwägen.

Was heisst das konkret?

Wir werden das Thema aufnehmen und intern nochmals genauer überprüfen, wann Erholungsreisen Sinn machen und was angesichts politischer Überlegungen zu heikel ist.

Wird die eritreische Familie letztlich in den Sudan reisen?

Wir haben die Bewilligung erteilt, die restliche Finanzierung ist jedoch noch offen.

Interview: Till Hirsekorn

«Wir orientieren uns an den gesetzlichen Richtlinien.» Dieter P. Wirth, der Leiter Soziale Dienste, zum Reisegeld für eine Flüchtlingsfamilie. *mdu*

SKOS-RICHTLINIEN

Wer soll reisen?

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) gibt mit ihren Richtlinien Empfehlungen an Bund, Kantone, Gemeinden und Privatorganisationen ab, wie diese ihre Sozialhilfeleistungen bemessen sollen. Mitunter geht es um den Grundbedarf für den Lebensunterhalt, Massnahmen zur sozialen, beruflichen Integration und eben «situationsbedingte Leistungen», auf die sich die Sozialen Dienste im Fall der eritreischen Flüchtlingsfamilie berufen.

Seit 2016 gelten neue Richtlinien, die im Kanton Zürich nach wie vor verbindlich sind. Bei den situationsbedingten Leistungen gilt unverändert: «Urlaubs- oder Erholungsaufenthalte sollen langfristig unterstützten Personen ermöglicht werden, die nach Kräften erwerbstätig sind, Betreuungsaufgaben wahrnehmen oder vergleichbare Eigenleistungen erbringen. Für die Finanzierung können Fonds und Stiftungen beigezogen werden.» Die Stadt Winterthur unterstützt bei Reisen lediglich Kinder mit maximal 400 Franken pro Jahr. *hit*

In Kürze

NGW-VORTRAG

Therapie der Alzheimer-Demenz

Roger Nitsch von der Uni Zürich gehört zu den weltweit führenden Alzheimer-Wissenschaftlern. Zusammen mit Christoph Hock forscht er an einer Möglichkeit, die Krankheit zu therapieren. Auf Einladung der Naturwissenschaftlichen Gesellschaft wird Nitsch heute Abend um 20 Uhr einen Einblick in den Stand der Forschung geben: ZHAW, Laborgebäude, Hörsaal 201. *kir*

THIERRY PERRIARD

Atelierstipendium Genua vergeben

Die Stadt Winterthur hat im Rahmen der Kulturförderung das Stipendium für den Atelieraufenthalt in Genua an Thierry Perriard vergeben. Der Künstler, dessen Arbeit sich laut Medienmitteilung zwischen Malerei, Druckgrafik und Skulptur bewegt, wird von Dezember 2016 bis Februar 2017 in dem Atelier bleiben, das der Städtekonferenz Kultur gehört. *kir*

Der KMU-Oscar geht in die erste Runde

KMU-MAX Das Rennen um den Titel des KMU des Jahres ist lanciert. Die Organisatoren haben gestern den Startschuss für die Nomination gegeben.

Das neue Jahr ist noch jung, bereits aber geht die Suche nach dem besten KMU der Stadt von vorne los. Zum achten Mal hat der KMU-Verband Winterthur und Umgebung gestern offiziell den Gewerbe-Oscar KMU-Max ausgelobt. Bis Ende März läuft nun die öffentliche Nominationsphase. Jeder und jede kann seinen Favoriten auf der Homepage www.kmu-max.ch für den Preis vorschlagen.

Aufs richtige Pferd setzen

Zulässig sind Firmen mit 1 bis 250 Mitarbeitern, die ihren Sitz im Bezirk Winterthur haben. Und natürlich gibt es wieder etwas zu gewinnen: Dem Siegerunternehmen winken 3000 Franken Preisgeld, die in seinem Namen an eine gemeinnützige Institution gespendet werden. Wer den Preisträger als Erster oder Erste vorgeschlagen hat, gewinnt einen Theaterabend mit Dinner im Casinotheater für vier Personen.

Der Modus bleibt derselbe wie in den vorangegangenen Jahren: Aus allen nominierten Firmen ermittelt eine siebenköpfige Jury, in der unter anderem KMU-Verbandspräsident Christof Hasler und der stellvertretende Chefredaktor des «Landboten» Jakob Bächtold sitzen, eine Shortlist mit sieben Unternehmen. Per Internet-Voting wird diese Auswahl dann auf drei Finalisten reduziert. Ein kurzes Porträt derselben werden Sie danach im «Landboten» finden. Die Gala mit der Siegerehrung ist für den 18. Mai angesetzt.

Wie immer sollen nicht die Geschäftszahlen, sondern der Service, die Leidenschaft und der sympathische Auftritt den Ausschlag für den Titel geben. Bei der allerersten Verleihung waren es der Rosenverkäufer Sazo Ferati und sein Blumenhandel, die den KMU-Max gewinnen konnten. Letztes Jahr war es die Hofmann Gartenbau AG. Wer soll es 2016 sein? *mcl*

Gefälschte Message sorgt für Unruhe

WINTERTHUR An der Wirtschaftsschule KV Winterthur hat ein schlechter Scherz Schüler verunsichert. Einer der beiden Jihad-Reisenden soll in die Schule zurückkehren, heisst es in einer Chat-Nachricht. Sie ist gefälscht.

«Sicherlich habt ihr von diesen zwei Jugendlichen gehört, die auf Syrien gingen», heisst es in der Nachricht, die am Mittwoch kurz vor Mitternacht in der Whatsapp-Gruppe einer Klasse auftauchte. «Da sie beide jetzt zurück sind, wird einer von denen beiden bei Euch in die Klasse kommen.»

«Schlechter Scherz»

Als Absender am Schluss der Nachricht steht der Name der Prorektorin Daniela Näf Bürgi. «Es handelt sich bei dieser Nachricht um einen schlechten Scherz», sagt Rektor Christian Beck auf Nachfrage. Eine der Schülerinnen am KV habe sich das mit ihrem Bruder zusammen ausgedacht. «Sie haben nicht damit gerechnet, dass das so weite Kreise ziehen würde», sagt Beck. Die Meldung wurde an andere Gruppen weitergeleitet. Einige Schülerinnen und Schüler dachten, die Meldung sei wahr. «Das hat an der Schule zu grosser Verunsicherung geführt.»

Selber gemeldet

Dass das keine gute Idee war, wurde auch der Urheberin des Scherzes klar. Sie meldete sich gestern Morgen deshalb von sich aus bei der Schulleitung. «Sie hat nie damit gerechnet, das so etwas passieren könnte. Wir haben den Fall mit ihr aufgearbeitet», sagt Beck.

Um wieder Ruhe in den Schulbetrieb zu bringen, verfasste die Schülerin zusammen mit zwei Kolleginnen einen Text. Diesen Text lasen sie dann über die schulinterne Lautsprecheranlage selber vor. Er sei froh, dass der Fall damit abgeschlossen sei, sagt Rektor Christian Beck. «Ich glaube, wir haben alle sehr viel gelernt.» *Alexandra Stark*

Angebot für Traumatisierte

ERÖFFNUNG Die Integrierte Psychiatrie Winterthur (IPW) hat am 15. Januar an der Technikumstrasse 81 ein neues Ambulatorium für Menschen mit Traumafolgestörungen eröffnet. Im Gebäude, das bis im vergangenen Sommer durch die Stadtverwaltung belegt war, können Traumapatienten vor oder nach einem klinischen Aufenthalt betreut werden. Das Angebot sei eine Ergänzung zu der im Jahr 2011 eröffneten Spezialstation für Traumafolgestörungen in der Klinik Schlosstal, schreibt die IPW in einer Mitteilung. Auch am Standort Schlosstal in Wülflingen gibt es eine Neuerung. Dort gibt es ab Sommer 2016 eine zweite Akutstation für Jugendliche mit zehn Betten. Diese wird im selben Gebäude untergebracht sein wie die bereits bestehende Abteilung. Die neue Station wird offen geführt, wobei der Behandlungsschwerpunkt auf der psychotherapeutischen Arbeit liegt. Laut der IPW sollen mit den neuen Angeboten Versorgungslücken im Jugend- und Traumabereich geschlossen werden. *red*

Wenn Heimbewohner in ihren Zimmern sterben wollen

STERBEN Alters- und Pflegeheime in der Region müssen sich zunehmend mit Sterbehilfe beschäftigen. Das Personal und die Heimleitung stellt das vor schwierige Fragen.

Im Alters- und Pflegeheim Stammertal wird regelmässig ein runder Tisch einberufen. Bewohner können dort ansprechen, was sie beschäftigt. Vor einiger Zeit griff die Runde das Thema Freitod auf. Diskutiert wurde die Frage, wie das Heim damit umgehen soll, wenn ein Bewohner in seinem Zimmer sterben will. Und zwar, indem er ein Mittel einnimmt, das er von einer Sterbehilfeorganisation erhalten hat. Der Tenor der Bewohner sei klar gewesen, sagt Heimleiter Urs Friedrich: «Wer hier wohnt, soll auch selbstbestimmt hier sterben können.» Die Heimleitung habe das Thema aufgenommen und mit der Zentrumskommission besprochen.

Das Resultat dieses Prozesses ist ähnlich ausgefallen wie in anderen Alters- und oder Pflegeheimen in der Region auch: Beihilfe zu Suizid soll grundsätzlich erlaubt sein, aber nur unter klar definierten Auflagen. Wichtig sind etwa Gespräche mit Angehörigen, Ärzten oder dem Pflegepersonal. Und vor allem die klare Abgrenzung des Personals beim Vollzug.

Monatlich mehr Heime

Seit der Zürcher Stadtrat Sterbehilfe im Jahr 2001 in städtischen Heimen erlaubt hat, sind diverse Heime im Kanton diesem Beispiel gefolgt (Text rechts). Sterbehilfe in Alters- und Pflegeheimen bleibt zwar nach wie vor die Ausnahme. Seit einiger Zeit zeigt die Tendenz allerdings steil nach oben: Während die Sterbehilfsorganisation Exit in der Deutschschweiz 2007 noch zehn Personen in Heimen in den Tod begleitete, waren es 2014 bereits 60. «Monatlich kommen Heime hinzu, die Sterbehilfe erlauben», sagt Bernhard Sutter von Exit. Inzwischen sei Sterbehilfe in mehr als der Hälfte der Heime zugelassen. Gespräche mit Exit-Mitarbeitenden könnten in nahezu allen Altersheimen stattfinden. Sutter begrüsst diese Entwicklung. Es sei unmenschlich, wenn zum Beispiel jemand, der schwer erkrankt sei oder starke Schmerzen habe, mit der Ambulanz an einen anderen Ort gebracht werden müsse, um dann in fremder Umgebung sterben zu müssen. Zudem seien die Befürchtungen nach dem Zürcher Stadtratsbeschluss, dass die Fallzahlen in einzelnen Heimen stark ansteigen könnten, nicht eingetroffen. Trotzdem: Sterbehilfe wird in Altersheimen vermehrt zum Thema. Nur schon aufgrund einer generellen Entwicklung: Laut Sutter hat Exit in der Deutschschweiz im Jahr 2007 insgesamt 179 Personen in den Tod begleitet, 2014 waren es 583.

Der Ethiker und Theologe Heinz Rüegger erkärt sich diese Zahlen mit einem generellen Wandel in der Gesellschaft. «Man will heute alles unter Kontrolle haben.» Selbstbestimmtes Sterben sei aufgrund der modernen Medizin zum Normalfall geworden. Nur ein kleiner Teil davon betreffe Suizidbeihilfe. Die Kehrseite dieser neuen Freiheiten sei, dass ein subtiler Druck auf Leute entstehen könnte, die das Gefühl haben, anderen zur Last zu fallen. «Das darf nicht passieren.» Er spricht sich daher dagegen aus, dass die Schwellen weiter gesenkt werden. Auch so geht er davon aus, dass selbstbestimmtes Sterben öfter vorkommen wird.

Einzelne Fälle in Winterthur

Diese Entwicklung wirkt sich auch auf Altersheime in der Region aus. Franziska Mattes, Bereichsleiterin Alter und Pflege in Winterthur, stellt ebenfalls fest, dass Sterbehilfe vermehrt thematisiert wird. Der Vollzug habe jedoch nicht zugenommen. In Winterthur gebe es seit längerer Zeit rund ein bis zwei Fälle pro Jahr. Entscheidend sei, wie man mit diesen umgehe. Für die Heime in Winterthur hat eine Ethikfachgruppe einen Leitfaden ausgearbeitet, der immer wieder neu reflektiert werde. Bei Bedarf könnten die Heime mit einer externen Ethikfachperson Rücksprache nehmen. «Der Wille und die Selbstbestimmung der Bewohner muss respektiert werden», sagt Mattes. Genauso wichtig seien aber Gespräche mit Betroffenen und genaue Abklärungen: Ist die Person zum Beispiel urteilsfähig oder besteht Druck von aussen? Nur schon das Wissen um die Möglichkeit, Sterbehilfe in Anspruch nehmen zu können, könne für einzelne Bewohner ein Strohhalm und damit erleichternd sein.

Ähnlich argumentiert Josef Kühne, der seit 1993 das Alterswohnheim Flaachtal leitet. «Wir machen die Erfahrung, dass die Möglichkeit, Sterbehilfe in Anspruch zu nehmen, der inneren Sicherheit dienen kann.» Seit er im Flaachtal arbeite, habe aber noch nie jemand Sterbehilfe genutzt. In Einzelfällen hätten Einwohner aber Kontakte zu Exit gehabt. «Darüber zu sprechen, kann helfen und Vertrauen bilden.» Eine Verteufelung von Sterbehilfe hält er für wenig konstruktiv.

> «Darüber sprechen kann helfen und Vertrauen bilden.»
>
> *Josef Kühne, Leiter Alterswohnheim Flaachtal*

Eher skeptisch gegenüber Sterbehilfe ist Johannes Baumann, Geschäftsleiter des Pflegezentrums Eulachtal. «Wir wollen uns diesem Thema stellen, tun uns aber schwer damit», sagt er. «Mir persönlich ist es unwohl dabei.» Ein begleiteter Suizid könne für das Umfeld belastend sein, insbesondere für das Personal und für Patienten. Mitarbeitende von Exit seien auch schon im Heim gewesen. Komme diese Frage auf, müsse man das ernst nehmen und darüber reden. Häufig habe der Wunsch nach Sterbehilfe mit Ängsten vor dem Tod zu tun. «Viele Leute hangen am Leben, auch ältere.» Oft spüre er grosse Lebensfreude. Im Pflegezentrum Eulachtal soll Sterbehilfe deshalb nicht durchgeführt werden.

Rafael Rohner

Die Heime im Kanton Zürich können selber bestimmen, ob sie Sterbehilfe in ihren Räumen zulassen wollen. *Gaetan Bally/Keystone*

Zürich als Pionier

POLITIK Der Zürcher Gemeinderat hat 2001 nach einer denkwürdigen Debatte beschlossen, dass Sterbehilfe erlaubt bleiben soll. Ein Entscheid, der bis heute Signalwirkung hat.

Der Zürcher Stadtrat Robert Neukomm musste sich 2001 viel Kritik anhören. Diverse Institutionen befürchteten einen Tabubruch, als er den Beschluss des Stadtrats vorlegte, wonach Bewohner und Bewohnerinnen von städtischen Altersheimen mithilfe einer Sterbehilfeorganisation Suizid begehen können. Zuvor mussten sie das Heim dafür verlassen. Der Zürcher Gemeinderat debattierte das Thema damals ausgiebig und über zwei Abende lang. «Noch selten hat ein Stadtratsbeschluss derartige Emotionen, Missverständnisse und Ängste ausgelöst», kommentierte der «Tages-Anzeiger». Die «Neue Zürcher Zeitung» berichtete von «harten, aber fairen Auseinandersetzungen». Schliesslich wurde der Beschluss gutgeheissen.

Heute haben diverse Altersheime in der Region die Zürcher Praxis grundsätzlich übernommen, wie eine kleine Umfrage in mehreren Heimen bestätigt. Im Mai 2011 hat sich das Stimmvolk im Kanton Zürich zudem gegen ein Verbot von Sterbehilfe ausgesprochen und zwei entsprechende EDU-Initiativen abgelehnt.

Andernorts ein Thema

Ausführlich diskutiert wird das Thema derzeit in anderen Kantonen. Der Grosse Rat in Basel-Stadt hatte im Sommer 2015 eine Motion gutgeheissen, die verlangte, dass sämtliche Basler Pflegeheime und auch Spitäler ihren Bewohnern Zugang zur Sterbehilfe ermöglichen. Der Regierungsrat stellte sich aber gegen diesen Entscheid. In einer zweiten Abstimmung wurde die Motion dann äusserst knapp abgelehnt. Zu einem Meinungsumschwung hat laut «Basler Zeitung» bei vielen im Rat die Haltung der Pflegeheime geführt. Diese hätten wissen lassen, dass sie einen Zwang ablehnten und einen solchen zum Teil auch ihrem Personal nicht zumuten wollten.

Die Berner Regierung hat im vergangenen Herbst mitgeteilt, dass sie darauf verzichten will, eine gesetzliche Regelung zum begleiteten Suizid in Heimen vorzuschlagen. Laut einer Umfrage lassen im Kanton Bern knapp 80 der rund 300 Alters- und Pflegeheime begleiteten Suizid zu, wie der «Bund» berichtet. *roh*

«Die Heime müssen klar Stellung beziehen»

LEBENSENDE Begleitet aus dem Leben scheiden, kann eine Lösung sein. Der Gerontologe Markus Leser plädiert für einen besonnenen Umgang mit Sterbehilfe.

Herr Leser, Sie sind Gerontologe und beschäftigen sich beim Verband Curaviva von Berufs wegen mit dem Sterben. Schweizweit wählen immer mehr Bewohner von Alters- und Pflegeheimen den begleiteten Freitod. Warum?

Markus Leser: Vor zehn Jahren war der begleitete Freitod kaum ein Thema. Heute schon. Es wird aber viel mehr darüber gesprochen, als es dann tatsächlich getan wird. Die Zahlen wachsen in der gesamten Gesellschaft, aber auf sehr tiefem Niveau.

Warum wird so viel mehr darüber gesprochen als früher?

Bis vor zehn Jahren waren Sterben und Tod Privatsache. Seit man darüber öffentlich redet, ist Bewegung ins Thema gekommen. Das Sterben ist enttabuisiert worden. Das ist gut so. Das Ausmass von begleitetem Suizid ist aber nicht so riesig, wie von den Medien suggeriert wird.

Von wie vielen reden wir?

Nur jeder zehnte über 65-Jährige lebt in einem Heim. Rund 60 Prozent der Heimbewohner leiden an Demenz und dürfen deshalb keinen begleiteten Freitod machen. Dieser wird nur Menschen bewilligt, die auch urteilsfähig sind. Es sind gesamthaft weniger als ein Prozent, die so sterben wollen.

Aber Sterbehilfeorganisationen haben doch viel Zulauf!

Das stimmt. Aber nur weil jemand Mitglied wird, heisst das noch nicht, dass er es auch tun wird. Das ist ein Fehlschluss. Viele treten bei, um die Möglichkeit zu haben. Nur wenige tun es wirklich. In der Medienberichterstattung gehen zudem die Alternativen vergessen.

Die da wären?

Es gibt eine breite Palette an Möglichkeiten, die «ein gutes Leben bis zuletzt» ermöglichen sollen. Medizin und Pflege haben bei der Begleitung von Schwerkranken grosse Fortschritte gemacht. Psychologische Betreuung kann eine grosse Rolle spielen und das vor sieben Jahren lancierte nationale Projekt zum Thema Palliative Care. Palliative Care setzt sich zum Ziel, unheilbar kranken Menschen bis zum Schluss eine höchst mögliche Lebensqualität zu ermöglichen. Diese im Vergleich zum begleiteten Suizid unspektakulärere Begleitung im Stillen wird in der Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen. Das ist schade.

Früher hiess es «nur sterben muss man», heute kann ich sogar das entscheiden. Ganz schön kompliziert …

Ja. Die Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, wird uns auch im Alter nicht genommen. Jeder muss selber genau schauen, was für ihn passt, und dann entscheiden. Und dasselbe müssen auch die Heime machen. Sie müssen die Fragen beantworten: Was lassen wir zu? Was nicht? Da braucht es eine Offenheit von allen Seiten. Denn in dieser Frage gibt es kein abschliessendes Richtig oder Falsch. Das muss jede Person und jede Institution für sich selber entscheiden.

Welche Rolle kommt den Alters- und Pflegeheimen zu?

Sie müssen sich klar positionieren. Es ist wichtig, dass Heime Neueintretenden von Anfang an ihre Position mitteilen.

Haben Sie einen Überblick, wie die Heime sich entscheiden?

Genaue Zahlen haben wir nicht. Aber es gibt Häuser, die etwa aufgrund einer religiösen Trägerschaft das nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Andere sagen, wir lassen begleiteten Suizid zu, weil das Heim die Heimat der Person ist. Und da solle sie frei sein, selber zu entscheiden, wenn sie die Bedingungen erfüllt.

Wie ist das Pflegepersonal betroffen?

Pflegende sind mit dem Sterben und Tod dauernd konfrontiert, sie sind dafür auch speziell geschult. Das Lebensende ist immer belastend. Im Einzelfall kann man nicht ausschliessen, dass das sehr schwierig sein kann.

Wie gross ist das Risiko, dass ich irgendwann als alter Mensch das Gefühl habe, nur noch eine Last zu sein und zu kosten?

Das darf nicht passieren, das wäre eine sehr gefährliche Entwicklung. Deshalb ist es wichtig, auch die Alternativen aufzuzeigen, zum Beispiel mit Palliative Care.

Interview: Alexandra Stark

Markus Leser, Gerontologe. *pd*